Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 82 | Frühjahr 2009 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Führungskrise und Finanzdebakel

Die NPD kämpft gegen sich selbst

NS-Szene

»Autonome Nationalisten«

Gesellschaft

Auf ewig unverstanden – die »Böhsen Onkelz«

Udo Voigt

Sascha Roßmüller



Inhalt

AIB 82 1 · 2009

Rubriken







Titel

NS-Szene

Antifa

Diskussion

Gesellschaft

Geschichte

Braunzone

Repression

International

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Das Titelthema dieser Ausgabe lautet »Führungskrise und Finanzdebakel«. Die Situation in der NPD-Führungsebene ist angespannt wie lange nicht mehr. Die Partei wird von einem politischen Richtungsstreit, von persönlichen Feindschaften, von Machtkämpfen und der Angst vor der finanziellen Pleite kräftig durchgeschüttelt. Im Moment überschlagen sich täglich Meldungen, Gerüchte und Unterstellungen bezüglich eines neuen Parteivorstandes. Mit Stand Februar 2009 fassen wir in dem Text »NPD gegen NPD« die aktuellen Konfliktlinien zusammen. Bereits in den letzten Ausgaben haben wir über das Klima von Intrigantentum, Vetternwirtschaft, Putschismus und persönlichen Angriffen in der NPD-Führung berichtet. Die diversen Auseinandersetzungen und Konflikte innerhalb der NPD sind nun in einen offenen Machtkampf übergegangen, dessen vorläufiger Höhepunkt der nächste Bundesparteitag sein dürfte. Obwohl dieser erst nach Redaktionsschluss stattfindet, analysieren wir schon jetzt die Entwicklung des Projektes Volksfront/Deutschlandpakt und berichten über den Führungswechsel bei der DVU. Da der Ausgang der Wahlen im Jahr 2009 entscheidend für die Zukunft der NPD sein wird, schauen wir uns die regionalen Strukturen der NPD in Thüringen und Sachsen-Anhalt genauer an. Zwei Bundesländer die, neben Brandenburg, als Regionen mit hohem extrem rechten Wählerpotential bekannt sind. Im Anschluss liefern wir in dem Text »Der Flickenteppich franst aus« eine ausführliche Darstellung und Bewertung des medial gehypten Phänomens »Autonome Nationalisten«.

Im Ressort Gesellschaft besprechen wir den Stauffenberg-Film »Operation Walküre« und seine Wirkung in der deutschen geschichtspolitischen Landschaft. Dass der Film wie ein Remake einer deutschen Heldensage im Feuilleton besprochen wurde, liegt weniger an der mäßigen Tom-Cruise-Inszenierung, als vielmehr dem deutschen Bedürfnis nach nationaler Vergewisserung. Dazu übernahmen wir einen Text aus der aufschlussreichen Broschüre »Fragwürdige Traditionslinien« der Gruppe ...nevergoinghome, die wir zur Lektüre empfehlen möchten.

Die tödliche Welle der rechten Gewalt in Russland und Osteuropa reisst nicht ab. Am Morgen des 23. Februar 2009 ermordeten mutmaßlich Rassisten den 27jährigen Rom Robert Csorba und dessen vierjährigen Sohn in einem Dorf nahe Budapest, als diese sich aus ihrem brennenden Haus auf die Straße retteten. Die Tat ist ein erschütternder Ausdruck des politischen Klimas in Ungarn, wo die Minderheit der Roma massive Diskriminierung und Ausgrenzung erfährt und neofaschistische Gruppen wie die Ungarische Garde starken Aufwind haben.

Wir trauern auch um Anastasia Baburova und Stanislav Markelov. Die 25jährige Journalistin und Antifaschistin und der 34jährige Rechtsanwalt und Menschenrechtsaktivist wurden wegen ihres Engagements am 19. Januar 2009 in Moskau von Unbekannten auf offener Straße erschossen. Die nach wie vor lebensgefährliche Situation für AntifaschistInnen und MigrantInnen schildert der in Moskau lebende Journalist Ulrich Heyden in dieser Ausgabe. Die russischen Antifas brauchen Unterstützung. Spendet an:
A. Hoffmann, Kto.-Nr. 408352201, Postbank Hamburg, BLZ 20010020, Stichwort: Enough/Russland (unbedingt angeben!)


Anastasia Baburova


Stanislav Markelov

Berichtigungen:
Im AIB 81 (4.2008) haben wir auf Seite 16 berichtet, dass das Kleidungsgeschäft »Narvik« eine Filiale der Mediatex GmbH sei, die bundesweit die Marke Thor Steinar vertreiben würde. Richtig ist, dass noch 2007 für den Laden die »Uwe Meusel Factory« (Inhaber Uwe Meusel aus Königs Wusterhausen-Ortsteil Zeesen) auftrat. Eine solche Firma ist heute nicht mehr verzeichnet. Autor einer entsprechenden Pressemeldung der »Uwe Meusel Factory« war Rainer Schmidt. Ende 2008 gab allerdings ebenfalls Rainer Schmidt für die Firma Mediatex GmbH von Uwe Meusel unter der selben Anschrift wie die »Uwe Meusel Factory« eine Pressemitteilung heraus, in der er für den selben Laden auftrat.
Auf Seite 44 war zu lesen, dass die »Junge Landsmannschaft Ostpreußen« den Neonaziaufmarsch am 13. Februar in Dresden organisiert. Der Personenkreis um die Demonstrationsorganisatoren musste sich jedoch in »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« umbenennen.
Auf Seite 31 lautet das Brecht-Zitat vollständig: »Kurz: ich bin gegen alle Bemühungen, den Sport zu einem Kulturgut zu machen, schon darum, weil ich weiß, was diese Gesellschaft mit Kulturgütern alles treibt, und der Sport dazu wirklich zu schade ist. Ich bin für den Sport, weil und solange er riskant (ungesund), unkultiviert (also nicht gesellschaftsfähig) und Selbstzweck ist.«

Alljährlicher Großaufmarsch in Dresden

Anlässlich des Jahrestages der alliierten Bombardierung Dresdens fanden am 13. und 14. Februar 2009 zwei Neonazi-Großaufmärsche in Dresden statt. Wie schon im Vorjahr führte am Abend des 13. ein »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« (AgV) einen »Gedenkmarsch« durch, der unter dem Motto stand »Nicht den Tätern ‚geh-denken', sondern den Opfern!«. Die etwa 1.100 Teilnehmer setzten sich fast ausschließlich aus Anhängern der »Freien Kräfte« und »Autonomen Nationalisten« zusammen. Sie stammten aus dem gesamten Bundesgebiet und mehreren europäischen Ländern, wie Tschechien, Spanien und Schweden. Das »Aktionsbündnis« besteht vorrangig aus parteiungebundenen »Freien Kräften« um den Dresdner Maik Müller. Müller selbst war auch der Anmelder des Marsches.
Am folgenden Samstag waren es etwa 6.500 Neonazis, die sich zum »Trauermarsch« der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland (JLO) zusammen fanden. Mehrere Hundert Teilnehmer stammten aus Tschechien und der Slowakei, auch aus anderen Ländern waren Vertreter gekommen. Im Vorfeld wurde aus dem Spektrum der »Freien Kräfte« immer wieder der Vorwurf laut, der JLO-Aufmarsch sei NPD-dominiert.
Und tatsächlich waren im Gegensatz zum Freitag, wo Parteifahnen strikt unerwünscht waren, am Samstag jede Menge NPD-Transparente zu sehen. Hinter einem liefen gemeinsam die derzeitigen NPD-Kontrahenten Udo Voigt und Andreas Molau. Als Redner traten der sächsische JLO-Landesvorsitzende und Anmelder Kai Pfürstinger auf, für die NPD sprach Holger Apfel, weiter richteten Hajo Herrmann und Matthias Faust, der neue DVU-Vorsitzende, sowie Enrique Valls (Alianza Nacional-Spanien) und Michael La ák (Slovenská Pospolitost – Slowakei) Grußworte an die Anwesenden. Durch das massive Polizeiaufgebot, das sich weitgehend gegen eine zeitgleich stattfindende Demonstration von etwa 4.000 AntifaschistInnen richtete, konnte der Neonaziaufmarsch ungestört durchgeführt werden. ■



Anklage gegen Berliner Neonaziband »D.S.T.«



[1]

[1] Der D.S.T.-Sänger Peter Brammann wurde mit »Combat 18«-T-Shirt auf einer neonazistischen Homepage gezeigt. (Bild dokumentiert von der Homepage der neonazistischen Kameradschaft Spreewacht Berlin)

Am 2. Februar 2009 begann in Berlin der Prozess gegen drei Mitglieder der Neonazi-Band »Deutsch Stolz Treu« (»D.S.T.« bzw. X.x.X.) wegen Volksverhetzung und dem Verwenden von verfassungswidrigen Kennzeichen. Auf der Anklagebank sitzen noch bis Ende März der Sänger Peter Brammann und die beiden Gitarristen Alexander Hogh und Alexander Brammann (Spitzname »der Neffe«). Letztgenannter ist angestellt im Bezirksamt Berlin-Mitte in der Seestraße, laut Medienberichten sogar als Beamter.
Vorgeworfen wird ihnen, zusammen mit den anderen Bandmitgliedern Alexander Willibald Bahls und Alexander Bejach in der ersten Jahreshälfte 2002 mindestens 460 CDs mit dem Titel »Ave et Vistoria« produziert zu haben. Neben den größtenteils volksverhetzenden und antisemitischen Liedtexten sind, sowohl auf dem Cover als auch auf der CD, Hakenkreuze und Sig-Runen abgebildet. Produziert wurden die Tonträger im europäischen Ausland, den Vertrieb übernahm laut Anklage das »Hammerskin«-Netzwerk.
Die Produktion der CD war dem Berliner LKA im Jahre 2002 erst durch einen Hinweis vom Verfassungsschutz bekannt geworden. Dieser erhielt seine Erkenntnisse durch den Brandenburger VS-Spitzel Toni Stadler (Vgl. AIB # 57). Stadler war zu der Zeit mit seinem Laden »TopOne« in Guben selbst im Rechtsrock-Geschäft involviert und konnte gegen Informationen ungestört seiner Tätigkeit nachgehen. Anfang 2002 hatte er über die Neonazi-Aktivisten Bernd Bahlke und Sven Bressin mehrere Exemplare von »Ave et Victoria« bei Peter Brammann bestellt. Als dieser die Ware am 23. April 2002 übergeben wollte, war er bei einer zufälligen Verkehrskontrolle mit den CDs im Auto erwischt worden. Daraufhin nahm die Polizei noch am selben Tag die fünf Bandmitglieder und sieben weitere Personen aus dem Umfeld vorläufig fest. Zudem wurden zwei Pakete abgefangen in denen sich eine erhebliche Anzahl CDs befanden, die nach Sachsen und an den Hammerskin und Betreiber des Internet-Versands »Gjallarhorn Klangschmiede« Malte Redecker in Ludwigshafen gehen sollten. ■

Neonazi Peter Borchert sticht Rocker nieder – Freispruch

Völlig unerwartet wurde am 19. Februar 2009 beim Landgericht Kiel der Kieler Neonazi und ehemaliges Mitglied des Landesvorstandes der Schleswig-Holsteiner NPD Peter Borchert vom Vorwurf der gefährlichen Körperverletzung freigesprochen. Er war angeklagt, vor dem Kieler Amtsgericht Ende August 2008 zwei Mitglieder der Hells Angels Kiel niedergestochen und einen hierdurch lebensgefährlich verletzt zu haben. Hintergrund dieser Tat ist eine bereits länger andauernde Streitigkeit zwischen Borchert und den Hells Angels Kiel. Borchert scheint mit seiner Gruppe von autonomen Nationalisten im Interessenbereich der Rocker gewildert zu haben. Darüber hinaus dürfte Borchert den Hells Angels verübeln, dass sie dem ehemaligen Neonazi Klemens Otto (Combat 18 Pinneberg) eine Ausstiegsalternative in einem Neumünsteraner Tattoostudio bieten. Neonazis aus Borcherts Umgebung vermuten, dass Otto belastende Aussagen zum Nachteil Borcherts gemacht hatte. Ende August 2008 sollte am Amtsgericht Kiel eine gefährliche Körperverletzung zum Nachteil des Betreibers des Neumünsteraner »Tattoo Point« und Hells-Angels-Mitglied verhandelt werden. Dieser war in einer Kieler Diskothek niedergestochen worden, nachdem er sich mit zwei Brüdern aus der örtlichen Neonaziszene geschlagen hatte. Diese baten Borchert um Hilfe, der seine »Aktionsgruppe Kiel« zum Prozess in schwarzer Kleidung, mit Mütze und Sonnenbrille erscheinen ließ. Bei der folgenden Schlägerei wurden zwei Hells Angels von Borchert mit Messerstichen lebensgefährlich verletzt. Seine spätere Nothilfebehauptung war zwar stark widersprüchlich, weil er angab, er hätte gerade Stichbewegungen gemacht, sich aus seiner Schilderung allerdings ergab, dass er sich den Opfern nur von hinten hatte nähern können. Aus dieser Position hätte er ihnen die Stichverletzungen allerdings nur mit einer weiten Drehbewegung beifügen können. Daneben lag eine Aussage eines Gerichtsangestellten vor, der beschrieb, dass die Auseinandersetzung von einer Person aus der Gruppe der Neonazis begonnen wurde, der auf die Hells Angels zutrat und zwei gerade Bewegungen gegen diese ausgeführt hätte. Die Ermittlungen gegen Borchert wurden von Anfang an lediglich wegen gefährlicher Körperverletzung und nicht wegen versuchten Totschlags geführt. Borchert wurde in der Vergangenheit mehrfach wegen gefährlicher Körperverletzung unter Einsatz eines Messers verurteilt. Die Ermittlungen gegen seine Begleiter, größtenteils Neonazis von denen mehrere bei der letzten Kommunalwahl für die NPD angetreten waren, wurden eingestellt. Gegen die beteiligten Hells Angels wird bis heute ermittelt. Obwohl einer der beteiligten Neonazis angab, aus dem Umfeld Borcherts bedroht worden zu sein, er solle für diesen aussagen, wurden in diese Richtung keine Ermittlungen unternommen. Die beiden Verteidiger Borcherts, der Kieler Rechtsanwalt Christian Bangert, stellvertretender Vorsitzender des NPD-Kreisverbandes Kiel-Plön sowie der Kölner Rechtsanwalt Horst Terjung waren nicht in der Lage, Zweifel an der Anklage zu erwecken. Der trotzdem erfolgte und kaum zu begründende Freispruch weckt bei einzelnen Beobachtern den Verdacht, staatliche Stellen würden ihre schützende Hand über Borchert halten. Da die Staatsanwaltschaft wider Erwarten Revision gegen den Freispruch eingelegt hat, wird die Geschichte unter Umständen ein Nachspiel haben. ■



Foto: mup

[1] Der Kieler Neonazi Peter Borchert kam erstaunlicherweise mit einem Freispruch davon.

Thor-Steinar-Geschäftsmann hatte Neonazi-Kontakte

Wie die Zeitschrift Stern im Dezember 2008 veröffentlichte, soll der Thor-Steinar-Geschäftsmann Uwe Meusel in einer Adressen- und Kundenkartei der »Nationalistischen Front« (NF) aufgetaucht sein. Die militante Neonazigruppe wurde 1992 verboten. Zu dem Satz »Meusels Mitgliedschaft ist lange her, [...].« teilte Uwe Meusel in einer Gegendarstellung mit, dass er nicht Mitglied der »Nationalistischen Front« gewesen sei. Im Oktober 1995 war das Parteiarchiv der NF in der Öffentlichkeit aufgetaucht (Vgl. AIB #31). Hierunter befand sich auch die Kundendatei des neonazistischen Klartext-Verlages. Hier wurden 7.600 Personen geführt. Darunter Kader, Mitglieder und Sympathisanten der NF und des »Förderkreises Junges Deutschland«. Auch wenn Meusel nicht Mitglied der NF war, ein früherer persönlicher Kontakt zum organisierten Neonazismus lässt sich nun kaum noch glaubhaft bestreiten. Die Geschäfte Meusels laufen gut. Die Thor-Steinar-Firma Mediatex GmbH (Geschäftsführer 2007 Uwe Meusel) hatte im Geschäftsjahr 2007 eine Bilanzsumme von 3.287.830,60 Euro zu verzeichnen. Die Thor-Steinar-Firma Protex GmbH (Geschäftsführer 2007 Uwe Meusel) hatte im Geschäftsjahr 2007 eine Bilanzsumme von 380.078,60 Euro. Die Thor-Steinar-Outlet-Firma Skytec Outlets GmbH (Geschäftsführer 2007 Michael Meißner) hatte im Geschäftsjahr 2007 eine Bilanzsumme von 796.778,06 Euro zu verzeichnen. Am 28. Februar 2009 eröffnete »Thor Steinar« einen weiteren Laden namens »Tromsø« in Berlin-Friedrichshain. ■

Liebesheirat? – »Volksfront von rechts«

Vor mehr als vier Jahren begann das pathetisch als »Volksfront von Rechts« bezeichnete Bündnis zwischen neonazistischen Kameradschaften und den Parteien Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) und Deutsche Volksunion (DVU).



[1] Hauptberufliche NPD-Funktionäre bei einer NPD-Veranstaltung im Rathaus Berlin-Treptow am 18. August 2008.

Im Bild v.l.n.r.: Peter Marx (NPD-Generalsekretär), Udo Voigt (NPD-Bundesvorsitzender und Abgeordneter im Bezirksparlament Treptow-Köpenick) und Eckart Bräuniger (NPD-Abgeordneter im Bezirksparlament Treptow-Köpenick und Mitglied im NPD-Bundesvorstand).

Mitte September 2004 verkündeten die Führungskader der »Freien Kameradschaften« Thomas Wulff (»Steiner«), Thorsten Heise und Ralph Tegethoff mit einer öffentlichen Erklärung an ihre Anhängerschaft den Eintritt in die NPD. Kurz zuvor hatten sie sich anlässlich ihrer Wahlkampfunterstützung der NPD in Sachsen zum wiederholten Male mit dem NPD-Chef Udo Voigt und seinem Vize Holger Apfel zu »klärenden und vertrauensbildenden Gesprächen« getroffen. »Wir mußten feststellen, dass die Parteiführung aus dem gescheiterten Verbotsverfahren wesentlich gereifter herauskam als wir zunächst erwarten konnten. Es war der Wille zu spüren, die einmal gemachten Fehler nicht zu wiederholen und sich als Partei deutlich in das Gesamtgefüge einer Bewegung des Widerstandes einzufügen«, wussten die drei zu berichten. Auf dieser Grundlage wurde inmitten der Sachsen-Wahl ein Neubeginn in der Zusammenarbeit mit der Partei beschlossen und beworben. Der »Kampfplatz auf parlamentarischer Ebene« sei als ebenso wichtig anzusehen wie der parallel dazu verlaufende »Kampf auf der Straße«. Kurzfristig ging man daher auf die Bitte des NPD-Parteivorsitzenden ein und unterstützte die NPD personell. Man wollte nun »das Sprachrohr und der Ansprechpartner« für alle neonazistischen Kameradschaften bzw. der »Freien Nationalisten« in der NPD sein. Das Parteipräsidium der NPD trat einige Tage später mit der Erklärung »Volksfront statt Gruppenegoismus« an die Öffentlichkeit. »Entscheidender Fehler in der Konstruktion der nationalen Nachkriegsbewegung war der Umstand, dass sich nationale Parteien zu stark am Parlamentarismus orientiert und die außerparlamentarische Opposition vernachlässigt haben« wurde konstatiert.

Aber nun habe die NPD-Führung doch noch die Zeichen der Zeit erkannt und sei gewillt, »endgültig den Weg zu einer wirklichen Volksbewegung einzuschlagen, bei der die Organisationsform in der Frage nationaler Fundamentalopposition eine untergeordnete Rolle spielt.« Für die gemeinsame Arbeit sei nicht mal der Name einer Partei entscheidend, sondern nur noch der Wille »für die Lebensinteressen unseres Volkes zu kämpfen«. Parteien seien hierbei, ebenso wie Kameradschaften und andere Gruppen, ein Mittel zum Zweck.

Man versprach von nun an nach Möglichkeit auch Projekte außerhalb von Parteistrukturen zu unterstützen. Im November 2004 verfasste Thomas


[1] Einige Führungskader der »Freien Kameradschaften« auf dem NPD-Präsidium beim 32. Ordentlichen Bundesparteitag der NPD in Bamberg.

Im Bild v.l.n.r.: Thomas Wulff, Jürgen Rieger und Thorsten Heise.

Wulff unter dem Titel »Die Partei geht auf Kurs« eine Nachlese zum Bundesparteitag der NPD Ende Oktober 2004. Die große Mehrheit der Parteibasis hätte die umfangreiche Zusammenarbeit aller Nationalisten nicht nur befürwortet, sondern ausdrücklich gefordert. »Der neue Vorstand ist in seiner Zusammensetzung durchaus eine von Kampfeswillen geprägte Riege. Die Partei geht auf ›Kurs Sieg‹!« berichtete er voller Elan. Er selbst und Thorsten Heise waren als Wahlkandidaten zum NPD-Bundesvorstand aufgestellt gewesen. Wulff stellte sich dann jedoch plötzlich nicht mehr für eine Wahl zum Bundesvorstand zur Verfügung. Das Klima des Vertrauens sollte durch diese »Geste der Zurückhaltung« noch vertieft werden, lautete die unterwürfige Erklärung zu diesem Schritt. Die Wahl »eines bekannten nationalen Sozialisten, wie dem Kameraden Thorsten Heise« in den Bundesvorstand sei als ausreichend positives Zeichen von Seiten der Partei zu verstehen.

Zweckehe: »Deutschlandpakt«

Im Januar 2005 wurde die rechtsextreme Altherren-Partei DVU im Zuge eines »Deutschlandpaktes« zwischen NPD und DVU in das Volksfront-Konstrukt mit eingebaut. Am 15. Januar 2005 unterzeichneten am Rande eines DVU-Bundesparteitages in München die Vorsitzenden der DVU, Gerhard Frey, und der NPD, Udo Voigt, den sogenannten »Deutschlandpakt« zwischen ihren beiden Parteien. In der Präambel heißt es: »(...) NPD und DVU bleiben eigenständige Parteien gemäß ihren Satzungen und Programmen. Durch die Kooperation der zwei in Landtagen vertretenen nationalen Parteien in Deutschland sollen die Kräfte gebündelt (...) werden (...) Der Bruderkampf ist eingestellt; es wird nun ausschließlich gegen die wirklichen Gegner gefochten«. Konkret sah der »Deutschlandpakt« zwischen NPD und DVU vor, dass bis Ende 2009 bei Bundestags-, Europa- und Landtagswahlen nicht gegeneinander angetreten wird. Die NPD kandidiert zur Bundestagswahl 2009. Dabei sollen auch 15 Kandidaten, die der DVU angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden. Die DVU kandidiert dafür zur nächsten Europawahl. Dabei sollen auch sechs bis sieben Kandidaten, die der NPD angehören oder ihr nahe stehen, aufgestellt werden. Auch die Landtagswahlen wurden aufgeteilt. Die NPD bekam Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen. Die DVU kandidiert in Sachsen-Anhalt, Bremen, Hamburg, Thüringen und Brandenburg. Bei allen anderen Landtagswahlen bis einschließlich 2009 kandidiert die DVU jedenfalls dann nicht, wenn die NPD kandidiert. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, Berlin und Thüringen sowie bei einer weiteren Landtagswahl sollen auch Exponenten der jeweils anderen Partei auf der Liste der antretenden Partei kandidieren. Im Verlauf des Jahres 2005 trat die politisch wenig relevante extrem rechte Deutsche Partei dem »Deutschlandpakt« bei. Im Mai 2005 veröffentlichte ein anonymer »freier Verfasser« auf der Volksfront-Homepage »Eine Bewegung werden« einen Text mit dem Titel »Ein Jahr im Zeichen der Volksfront«. Im Laufe des Textes kann man erahnen, dass dieser von Heise oder Wulff stammen dürfte. Der Verfasser schreibt immerhin von der »uns selbst gestellten Aufgabe als Vertreter freier Nationalisten im Bundesvorstand der NPD«. In Bezugnahme auf die jährliche neonazistische Demonstration zum 13. Februar in Dresden schwärmt er: »(...) und es ist heute durchaus möglich, was noch vor einem Jahr gänzlich ausgeschlossen schien – der Vorsitzende der DVU, Dr. Frey, und seine engsten Berater marschieren in einer Demonstration mit so bekannten Kameraden wie Heise, Tegethoff und Steiner, Schulter an Schulter.«

»Volksfront« im Frust

Doch bald verflogen die großen Träume von der ultimativen neuen Kraft. Der zweite Testfall für die gemeinsame Wahlkampfarbeit von NPD und »Freien Kameradschaften« bei der Landtagswahl in Schleswig-Holstein im März 2005 brachte nicht das erhoffte Wahlergebnis. Die als gemeinsames, machtvolles Zeichen geplante Großdemonstration am 8. Mai in Berlin wurde erfolgreich blockiert. Die für das Jahr 2005 geplante letzte gemeinsame große Wahlschlacht von NPD und »Freien Kameradschaften« in NRW brachte auch keinen mit Sachsen 2004 vergleichbaren Sieg. Doch das Bündnis hielt vorerst. Beim NPD-Bundesparteitag im November 2006 in Berlin durften Thomas →

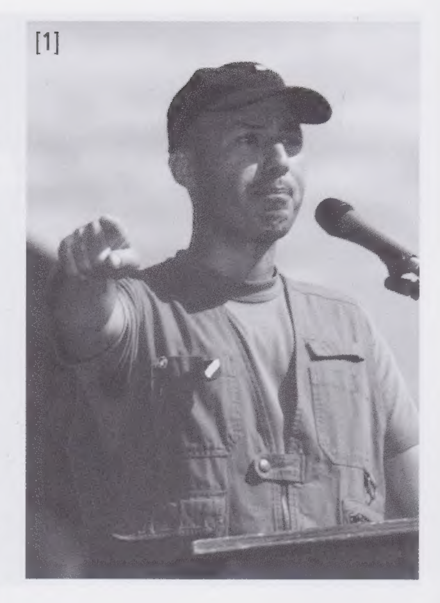
→

[1] Ralph Tegethoff war einer der Vertreter der sog. Freien Kameradschaften in der NPD. Hier als Redner bei einer Neonazidemonstration unter dem Motto: »Meinungsfreiheit – Entweder ganz oder gar nicht« in Jena.

Wulff und Lutz Giesen als Berichterstatter ihre Erklärungen bzw. Initiativanträge zur Volksfront einbringen, welche durch die Delegierten angenommen wurden. Das NPD-Referat »Kooperation Freie Kräfte« landete bei Thorsten Heise und Thomas Wulff war für »Verteidigungspolitik« zuständig. Zeitweilig galt er jedoch als der »Koordinator der Freien Kräfte beim Parteivorsitzenden der NPD«. Der NPD-Funktionär Claus Cremer (NRW) soll nach Berichten der NPD-Basis in den Jahren 2005 und 2007 vergeblich versucht haben, den NPD-Parteivorstand von einer eigenen Arbeitsgruppe zu überzeugen, der alle Verbindungsleute der NPD-Landesverbände zu den »Freien Kameradschaften« angehören. Das bestehende überregionale Amt für die Verbindung zu den »Freien Kräften« erschien ihm nicht ausreichend, da von ihm eigentlich nichts in die NPD-Verbände hineinkäme. Die »Volksfront« und die Zusammenarbeit mit »Freien Kräften« sei schließlich ein heikles Thema, welches nicht im gesamten Deutschland gleich behandelt werden könne. Die »Freien Kameradschaften« seien demnach der NPD voraus, da sie sich in unregelmäßigen Abständen zusammensetzen würden. Auf einer NPD-Präsidiumssitzung im April 2007 war die konkrete NPD-Amtsbezeichnung von Thomas Wulff bereits ein äußerst strittiges Thema, wie dem AIB aus NPD-Kreisen berichtet wurde. Auf einem Einladungsflugblatt eines Landesverbandes der NPD-Jugendorganisation »Junge Nationaldemokraten« (JN) war Wulff als »Koordinator Freier Kräfte in der NPD« bezeichnet worden. Einen »Koordinator Freier Kräfte in der NPD« könne es nach Auffasung von Udo Voigt jedoch nicht geben, da es mit der Mitgliedschaft in der NPD auch keine »Freien Kräfte« mehr gäbe. Offenbar war der »Volksfront«-Spirit in der NPD-Führungsebene bereits verflogen. Wulff sei demnach aufgefordert worden, darauf zu achten, dass er künftig nur noch als »Koordinator Freier Kräfte mit der NPD« bezeichnet wird. Anfang 2009 gab es dann nur noch das Referat »Verbindung zu freien Kräften«, welches Thorsten Heise übertragen bekommen hatte.

»Volksfront« in der Krise

Die »Volksfront« sorgte spätestens ab 2007 im NPD-Vorstand regelmäßig für Streit. Als die NPD, beispielsweise im September 2007, eine Wahlkampfauftaktveranstaltung für Niedersachsen in Hannover organisierte, war das Klima längst vergiftet. Dies wurde bei der Auswahl der Redner deutlich. Der NPD-Organisationsleiter Jens Pühse und Andreas Molau (NPD Amt Bildung) hatten nach Insiderberichten Dieter Riefling und Christian Worch von den »Freien« auf die Rednerliste gesetzt, da diese schließlich in den Niedersachsen-Wahlkampf eingebunden gewesen seien. Nach Informationen von NPD-Insidern soll sich Holger Apfel (Stellvertretender Parteivorsitzender) daraufhin gegen diese zwei Redner ausgesprochen und die »Freien« parteiintern als »bezahlte Wahlkampfsöldner« abgetan haben. Als »harmlosesten« Freien-Vertreter hätte er ursprünglich Ralph Tegethoff favorisiert. Riefling soll er gar als »unerträgliche Type« bezeichnet haben, deren NPD-Wahlkandidatur »beschämend« sei. Den damaligen DVU-Chef Gerhard Frey für eine Rede anzufragen wurde aufgrund der Auftritte von Riefling und Worch als aussichtslos aufgegeben. Er habe bereits früher eine Rede auf einer geplanten NPD-Veranstaltung in Rostock abgelehnt, da dort auch der »Freie« Thorsten Heise auftreten sollte. Für die 1.-Mai-Demo der NPD 2008 in Nürnberg soll Pühse nach diesem Hick-Hack Gerhard Frey als Redner favorisiert und eine »zwanghafte« Einbeziehung der »Freien« abgelehnt haben. Als Ende 2007 in Thüringen eine DVU-feindliche Grafik auf der Altenburg-Seite »Freies Netz« auftauchte, gab es den nächsten Streit. Das Motiv mit dem Inhalt »Parteien


[1]

gibt es viele, Alternativen aber nur EINE! NPD – Die freien Kräfte unterstützen im Wahljahr 2009 nur die NPD! NUR DIE NPD!!« stellte einen entsprechenden Wahlzettel (Kreuz bei der NPD, kein Kreuz bei der DVU) dar. Wegen diesem kaum beachteten Bildchen lagen die Nerven im Parteivorstand blank. Immerhin war zu diesem Zeitpunkt der Wahlantritt der DVU in Thüringen und der »Deutschlandpakt« ein wichtiges Thema. Parteichef Udo Voigt persönlich soll an Frank Schwerdt (NPD Amt Recht und Landesvorsitzender Thüringen) herangetreten sein. Er soll nach Informationen von NPD-Insidern über »Verlogenheit« geschimpft und eine umgehende Distanzierung des NPD-Landesverbandes Thüringen von diesem Aufkleber gefordert haben. In einer Erklärung sollte der Landesverband klarstellen, dass Thüringen hinter dem »Deutschlandpakt« steht. In Thüringer NPD-Kreisen kursierte eine Mitteilung Voigts, nach der er geäußert haben soll: »Die Interessen des Landesverbandes Thüringen kann ich so als Parteivorsitzender gegenüber unserem Bündnispartner nicht mehr glaubhaft vertreten, Ihr entzieht mir so jegliche Verhandlungsmöglichkeit (...) Verarschen lasse ich mich nicht.« Dem AIB wurde ein diesbezügliches Schreiben von Frank Schwerdt an den »Vertreter der freien Kräfte Al-

tenburg Thomas Gerlach« lanciert, welches in der NPD die Runde machte.

Demnach soll er zum »Deutschlandpakt« zwischen NPD und DVU in Thüringen geäußert haben: »Die NPD in Thüringen hält an diesem Pakt fest. Gerade politische Vereinbarungen müssen aber damit leben, daß sich die Voraussetzungen ändern können. In einem solchen Fall ist es wichtig, dass sich beide Vertragspartner auf mögliche Veränderungen einigen (...) Im übrigen weise ich darauf hin, daß es nicht nur den Deutschlandpakt mit der DVU gibt, der einzuhalten ist. Es gibt den Schulterschluß mit freien Kräften, der einzuhalten ist. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass dort die politische Zukunft eher bei der NPD als bei der DVU gesehen wird.«

»Volksfront« geschieden?

Das einseitige »Ende der Volksfront 2008« rief zumindest Thomas Wulff Anfang 2009 öffentlich in einer entsprechenden Erklärung aus. Stellungnahmen der NPD-Führung oder von Wulffs Weggefährten, Tegethoff und Heise, blieben aus. Laut Wulff hatte man Ende 2008 auf einem freien Koordinierungstreffen auf Bundesebene eine ernüchternde Aussprache über die Entwicklung des Verhältnisses der »Freien Kräfte« zur NPD gehabt.

»In der Rückschau meiner Erlebnisse im und mit dem Bundesvorstand dieser Partei wurde deutlich, wie sehr führende Parteifunktionäre eine sich ständig verschärfende Abkehr vom gemeinsamen Volksfrontgedanken vertraten«, berichtete Wulff, um herauszustellen: »Diese Parteiführung ist einer Zusammenarbeit auf Bundesebene nicht mehr willens und in der Lage!«

Seit dem NPD-Bundesparteitag 2008 hätte man von der NPD-Führungsriege um Holger Apfel, Peter Marx (NPD-Generalsekretär), Sascha Rossmüller (Stellvertretender NPD-Parteivorsitzender) Jens Pühse (NPD-Amt Organisation) und auch Udo Voigt »mit Methode betriebene Abgrenzung, Verleumdung und offene Hetze« zu spüren bekommen. Ein Abtreten Voigts könnte an dem »System Voigt-Apfel« nichts ändern. Der zeitweilig als zukünftiger NPD-Chef gehandelte Andreas Molau sei auch nur »ein lohnabhängiger, williger, Marionettenvorsitzender aus dem Hause Apfel/Pastörs« (Udo Pastörs ist Beisitzer im NPD-Parteivorstand). Wulff fordert daher »erhebliche personelle Konsequenzen an der Spitze dieser Partei«, da die »Anbiederung einiger dieser überbezahlten Parlamentsvertreter und ihrer Angestellten, an dieses System« immer unerträglichere Formen annehmen würde.

Volksfront« – Freunde bleiben?

Doch während Wulff das Ende der »Volksfront« mit der NPD ausrief, hatte er sich selbst in beratender Funktion in den Landesvorstand der NPD Schleswig-Holstein berufen lassen. In einer Stellungnahme hierzu räumte er ein, dass mit seiner Erklärung mit dem Titel »2008 – Das Ende der Volksfront« nun doch nicht ein »generelles Ende der Bemühungen um eine gemeinsame Front« gemeint war. Diese »Volksfront« sei halt nur mit dem zur Zeit bestehenden NPD-Vorstand und auf Bundesebene nicht mehr möglich. Und so kam es, dass Ende Januar 2009 auf dem Landesparteitag der NPD Schleswig-Holstein ausgerechnet Thomas Wulff gleich nach dem regionalen NPD Vorsitzenden und seinem Stellvertreter auf Platz Drei der Liste zur Bundestagswahl gewählt wurde. Andere Strategen bemühen sich derweil um einen neuen kleinen gemeinsamen Nenner zwischen NPD und den »Freien«. Andreas Molau von der NPD wirbt in seinem Thesenpapier »Die Ausbildung eines nationalen Milieus – Vierzehn Thesen« für die »Erringung der politischen Macht von der Kommune an«. Hier würden sich auch die natürlichen Koalitionsebenen zwischen »Freien Kräften« und NPD ergeben. »Es gibt keine Volksfront, aber wir können an einer ›Graswurzelrevolution‹ arbeiten, um ein nationales Milieu zu schaffen. »Jede Region muß ihre eigenen Formen der Zusammenarbeit finden« verkündet Andreas Molau zum Thema »Volksfront«. Christian Worch von den »Freien Kameradschaften« spricht sich für eine konkrete, Projekt bezogene Zusammenarbeit mit klaren Absprachen und einem ausgewogenen Verhältnis von Leistung und Gegenleistung aus: »Wer in seiner Region oder mit seinen parteilichen Bezugspersonen also weiterhin Gründe sieht, mit der NPD zusammenzuarbeiten oder sie zu unterstützen, soll das ruhig tun. Entscheidend ist meiner Meinung nach nur, sich dabei nicht ausnutzen zu lassen.«

Rück- und Ausblick

Mit dem Konflikt ist die NPD bzw. die »Volksfront« auch über einen Fallstrick gestolpert, den das AIB bereits mehrfach aufzeigte: Der Entfremdung zwischen »systemoppositioneller« NPD-Basis und »revolutionärem« NPD-Umfeld und der in den Landtagen mitarbeitenden und vom »System bezahlten« Parteiführung. Auch das der neonazistischen Gruppen immanente Konkurrenz-, Elite- und Machtdenken dürfte einen dauerhaften solidarischen, rücksichtsvollen und fairen Umgang miteinander erschweren. Der Udo Voigt von Christian Worch (selbsternannter Stratege der »Freien Kameradschaften«) nachgesagte Ausspruch »Bündnisse schließt man, wenn man schwach ist« charakterisiert diese Denkweise. Rechtsextreme Parteien und neonazistische Gruppierungen existieren daher kontinuierlich in einem ambivalentem Verhältnis zwischen Bündnispartner und Gegnerschaft. Dementsprechend ist auch zukünftig ein phasenweises Annähern, Zusammengehen, Abgrenzen und Befeinden zu erwarten. Je nachdem wie sich die jeweiligen politischen und strukturellen Kräfteverhältnisse im Kontext gesellschaftlicher Situationen und persönlicher Befindlichkeiten für die jeweiligen Strukturen gestalten. ■

Der Patriarch geht – Erneuerung der DVU?

Felix Krebs

Mit 37 Jahren wurde Matthias Faust aus Hamburg am 11. Januar 2009 zum neuen Bundesvorsitzenden der neonazistischen DVU (7.000 Mitglieder) gewählt. Dr. Gerhard Frey, der kurz vor seinem 76. Geburtstag stand, trat aus Altersgründen zurück. Stellvertretende Bundesvorsitzende wurden der Rechtsanwalt Ingmar Knop, Dr. Thomas Mehnert und der altgediente Hans Weidenbach. Gerhard Frey hatte die DVU ursprünglich als überparteiliche Sammlungsbewegung 1971 gegründet und 1987 in eine Partei überführt. Der Multimillionär, geschätztes Vermögen angeblich 250 Millionen Euro, führte die Partei wie ein Privatunternehmen. Die DVU war bisher eine Phantompartei mit einem sehr kleinen Funktionärsanteil und bestand im Wesentlichen aus den Leser_innen der altbackenen »Nationalzeitung«. Sie ist in Brandenburg seit mittlerweile zwei Legislaturperioden als Fraktion im Landtag vertreten und ist dort, wie in anderen Parlamenten zuvor, weitgehend farblos.

Bemerkenswert ist, dass Patriarch Frey keinen alten Weggefährten wie Sven Eggers, Hans Weidenbach, Bruno Wetzel oder Ingmar Knop inthronisierte, sondern auf den Newcomer Faust zurückgriff.

Eine wechselhafte Karriere

Faust besuchte ein Gymnasium in Hamburg, als Zeitsoldat Unteroffiziersschulen der Luftwaffe in Schleswig-Holstein und 1997–2001 die Universität Hamburg. Ab 2005 besuchte der Kaufmann die Fachhochschule für Ökonomie und Management in Hamburg und trat eine Stelle bei einem großen Versicherungskonzern an.

Ursprünglich war Matthias Faust 15 Jahre lang Mitglied der CDU gewesen und hatte noch 2005 Frey und die DVU heftig kritisiert. 2006 war er dann »Aufbaubeauftragter« eines neu zu gründenden Landesverbandes der Republikaner (REP) in Hamburg, scheiterte hier jedoch schnell. Der alte Verband hatte sich Anfang 2005 in die NPD aufgelöst. Als die Bremer REPs im Herbst 2006 zu einer Antifa-Demo aufriefen, wechselte Faust nun ebenfalls zur NPD. Da er hier aber die ehemalige NPD-Landesvorsitzende Anja Zysk gegen den Flügel um den jetzigen Landeschef Jürgen Rieger unterstützte, musste er im Frühjahr 2007 austreten.

Im Herbst 2007 wurde Faust zunächst Pressesprecher der Hamburger DVU, dann zusätzlich Spitzenkandidat zur Bürgerschaftswahl 2008. Im Frühjahr 2008 stieg Faust zum Bundesorganisationsleiter von Freys Truppe auf und inzwischen ist er auch Landesvorsitzender in Hamburg.

Steiler Aufstieg bei der DVU

In gut einem Jahr machte Faust also eine steile Karriere in der DVU. Schon im Bürgerschaftswahlkampf hatte er weitgehend freie Hand in der sonst streng geführten Frey-Partei. Er führte einen stark auf seine Person konzentrierten Wahlkampf und warb mit einer professionell gemachten Homepage, auf die er eigenständig Beiträge stellen durfte – eine Seltenheit bei der DVU. Der hauptsächlich antiislamisch geführte Wahlkampf, wie auch sein Werbevideo, wurden bundesweit, sogar von DVU-Kritikern, in der Neonaziszene gelobt. Nur die Hamburger NPD hielt, aufgrund der Zysk-Affäre, Distanz zu Faust und seiner Partei, Mitglieder der NPD kandidierten nicht auf der Liste. Das Aktionsbüro Norddeutschland hingegen rief offen zum Boykott der Partei auf. Dafür unterstützten, gegen Bezahlung, NPD'ler aus anderen Bundesländern und Christian Worch den Wahlkampf.

Trotz eines kosten- und materialintensiven Wahlkampfes gelang es Faust nicht die Partei über die wichtige Ein-Prozent Hürde zu bringen. Der Wahlkampf war jedoch deutlich professioneller als frühere Versuche in der Hansestadt und wäre mit dem übrigen örtlichen DVU-Personal so nicht möglich gewesen. Somit ist erklärlich, dass Faust schon bald als Bundesorganisationsleiter auch in Brandenburg, wiederum mit Unterstützung von Worch, einen Wahlkampf begleiten durfte.

Das Verhältnis zur NPD und Freien Nationalisten

Seit der Bürgerschaftswahl hat sich das Verhältnis von Matthias Faust zur NPD und zu den »Freien Nationalisten« wieder deutlich entspannt. Über Thorsten de Vries, einem militanten Neonazi mit dem er damals Streit hatte, schreibt er z.B.: »Friese ist ein



[1] Der DVU-Bundesvorsitzende Gerhard Frey und der Spitzenkandidat der DVU Hamburg Matthias Faust bei einer Wahlkampfveranstaltung im Congress Centrum Hamburg am 17. Februar 2008

guter und ehrlicher Kamerad, auf den man sich verlassen kann.« Der örtliche NPD Landesverband, aus dem Faust 2007 gedrängt wurde, gratulierte und erhofft sich eine Fusion beider Parteien. Jürgen Rieger behauptet sogar, 2005 Pate des »Deutschland-Paktes« zwischen NPD und DVU gewesen zu sein. Auch sonst wurde Faust von vielen Neonazis aus NPD und Kameradschaften beglückwünscht.

Faust scheute bisher keine Kontakte zu radikalen Kräften. Der neue DVU-Chef sprach im letzten Jahr beim Bundesparteitag der NPD und nahm am militanten Neonaziaufmarsch am 1. Mai in Hamburg und auch jüngst an dem in Dresden teil. In seiner Heimatstadt versuchte er, weitgehend erfolglos, den Landesverband mittels regelmäßiger Veranstaltungen zu reorganisieren. Dazu kamen nicht nur DVU-Funktionäre, sondern mit Karl-Heinrich Göbel und Kay Ölke auch NPD-Kader aus Hamburg und Schleswig-Holstein als Redner.

Ein Wandel bei der DVU?

Es ist sicherlich schwierig jetzt schon sichere Prognosen über die Zukunft von Faust und der DVU abzugeben. Viele Beobachter und auch viele Neonazis glauben aber, dass unter Faust eine Annäherung an die NPD und die Kameradschaftsszene stattfindet. Was sind also die Ausgangsbedingungen?

1. Die DVU war bei Gerhard Frey immer hoch verschuldet – dies erhielt die Abhängigkeit von seiner Person.
2. Die DVU ist eine Phantompartei ohne aktive Mitglieder und mit sehr wenigen Funktionären. Es gibt keine Schulungen, kein Parteileben, kein offizielles Parteiorgan – die »Nationalzeitung« gehört weiterhin Frey.
3. Bis zur Bundestagswahl im September ist die DVU im »Deutschland-Pakt« mit der NPD verbunden. Die Wahlabsprachen dürften bleiben – nur in Thüringen tritt nun die NPD statt der DVU an.
4. Das Funktionärspersonal bleibt auch nach dem Parteitag dasselbe wie unter Frey. Die, im Vergleich zur NPD, biedere und auf ein konservatives Image bedachte Basis auch.

Matthias Faust muss also sehen wie er zu Geld kommt. Kann er keine neuen Ressourcen erschließen, dann bleibt die DVU eine Phantompartei. Wahrscheinlich wird sie dann sogar schnell weiter Mitglieder_innen verlieren – sie ist jetzt schon stark überaltert. Bekommt die DVU weiterhin Geld von Frey oder dessen Erben, so bleibt die Abhängigkeit. Ein Bündnis unter Einschluss der radikalen Kräfte aus den Kameradschaften ist dann unwahrscheinlich. Auch Faust distanziert sich inzwischen vorsichtig von »neonazistischen Agitatoren«, tritt vordergründig für das Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit ein und lehne »die politische Ideologie des Nationalsozialismus mit allem Nachdruck« ab.

Es bleibt die weitere Annäherung an die NPD, wohlmöglich sogar mittelfristig eine Fusion beider Parteien, ohne die extreme NS-Szene. Unter dem jetzigen NPD-Vorsitzenden Udo Voigt wäre dies ebenso möglich, wie auch unter einem neuen - ob nun Molau oder Pastörs. Faust selbst hält eine gemeinsame Partei für »sinnvoll und möglich.« Denkbar wäre aber auch, dass Faust und Frey die DVU fortführen, um bei einem NPD-Debakel im Superwahljahr als Auffangbecken für frustrierte Neonazis zu dienen. Das Verhältnis von DVU und NPD, wie auch ihre gemeinsame Beziehung zu den »Freien Kameradschaften«, wird entscheidend davon geprägt werden, wie die beiden Parteien im Superwahljahr bei der Europawahl (DVU), Bundestagswahl (NPD) und verschiedenen Landtagswahlen (beide) abschneiden.

Die schlimmste Variante wäre sicherlich, wenn NPD und DVU eine gemeinsame Partei bilden und ein Teil des Freyschen Vermögens zur Finanzierung dienen würde. Selbst wenn dann einige neonazistische Kameradschaften die »Volksfront« aufkündigen würden, bekäme die neofaschistische Formierung damit eine neue Qualität. ■

»Nichts eint so sehr wie Erfolg.«

Geht es nach dem NPD-Landesvorsitzenden Frank Schwerdt, sollen die anstehenden Wahlen in Thüringen die Partei aus der Krise retten.

Max Bauer

Während es auf Bundesebene in der NPD kräftig brodelt, scheinen die heftigsten Auseinandersetzungen in Thüringen beigelegt. Die »Putschisten« um Bundesvorstandsmitglied Thorsten Heise und den Erfurter Kreisverband scheinen kurz vor dem Auftakt des Wahlkampfes zu den Kommunal-, Landtags-, Bundestags- und Europawahlen in Thüringen zurückgedrängt bzw. unterworfen. Tatsächlich haben es die ehrgeizigen Kader um den Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke geschafft, in der Partei eine Normalität zu schaffen. Auch die Querelen mit der DVU um den neuverhandelten »Deutschland-Pakt« sind beiseite gelegt. Die Stimmung ist dennoch äußerst angespannt. Auf dem Listenparteitag am 7. Februar in Kirchheim (Ilmkreis) wählten die Neonazis ihre Kandidaten.

[1] Bildmitte: Der Bundesgeschäftsführer der NPD und thüringische Landesvorsitzende Frank Schwerdt bei einer Neonazidemonstration in Dresden am 14. Februar 2009.



Bezeichnender konnten die Rahmenbedingungen nicht sein: Der Wirt der »Erlebnisscheune Puszta« bei Arnstadt befindet sich im Streit mit der Gemeinde und den NachbarInnen, weshalb es ihm auch nichts ausmachte, seine Räumlichkeiten der NPD zur Verfügung zu stellen. Wie die Scheune so das Vieh – anders lässt sich das für den Wahlkampf geschmiedete Zweckbündnis nicht beschreiben. Denn trotz erheblicher Antipathien, Vorbehalte und Streitigkeiten zwischen den rechten Lagern wurde über Landtags- und Bundestagswahllisten ohne sonderliche Überraschungen abgestimmt.

Mit dem Lauschaer Stadtrat Uwe Bäz-Dölle auf Platz Zwei, sowie dem Landesvorsitzenden Walter Beck auf Platz Zwölf wurden zwei DVU-Mitglieder zum Wahlantritt auf der Liste der NPD bestimmt, die insgesamt 18 einschlägig bekannte extreme Rechte zählt. Dabei schien bis vor kurzem der Wahlantritt der DVU formal garantiert: Als die Wahlabsprachen der Partei 2004 unter dem Label »Deutschland-Pakt« beim Bundesparteitag im thüringischen Leinefelde getroffen wurden, galt der Freistaat als DVU-Land. Diese ist im Bundesland jedoch seit langem inaktiv und nicht wahrnehmbar, SzenekennerInnen sprechen von nur ungefähr 50 Mitgliedern. Wesentlich besser aufgestellt ist – auch durch ihre Nähe zu den freien Kameradschaften – die NPD. Eigenen Angaben zufolge hat diese über 500 Mitglieder. Auf Grund der Lagerbildung um Thorsten Heise auf der einen und Landesgeschäftsführer Patrick Wieschke auf der anderen Seite, sowie der Abspaltung des früheren Kreisverbandes Erfurt um Kai-Uwe Trinkaus zu »Pro Erfurt«, dürften die Mitgliederzahlen tatsächlich darunter liegen. Auch wurde bekannt, dass mindestens im Kreis Weimar die Mitgliederzahlen bewusst nach oben geschummelt wurden.

Nichtsdestotrotz sind die Chancen für einen Einzug der NPD in den Landtag nach den Wahlen im August 2009 nicht die schlechtesten: Über 4 Prozent der Wählerstimmen kriegt die Partei in aktuellen Umfragen. Seit Udo Voigt auf dem Bundesparteitag in Bamberg im Mai 2008 den Wahlantritt seiner Partei in Thüringen ankündigte, drehen sich die Personalräder. So wie sich Voigt auf Bundesebene für den NPD-Antritt in Thüringen einsetzte, bezieht der Landesverband angesichts der zeitweiligen Gegenkandidatur von Andreas Molau um den Bundesvorsitz der Partei Stellung für den aktuellen Inhaber des Postens: Auf die Stimmen Thüringer Delegierter kann Voigt beim Bundesparteitag, der Ende März in der Landeshauptstadt Erfurt stattfinden soll, zählen.

Für nachhaltigen Zündstoff sorgte der Lagerkonflikt zwischen den Kadern Heise und Wieschke dennoch.

Wieschke, der die Politik der Partei in Thüringen entscheidend prägt und professionalisierte, hat vor allem bei den »Freien Kameradschaften« Sympathien eingebüßt. Hatte der Anführer des »Freien Netzes«, Thomas Gerlach aus Altenburg, auf dem Landesparteitag 2008 in Fröbitz noch stellvertretend für die »Freien Kameradschaften« erklärt, diese würden ausschließlich einen Wahlantritt der NPD unterstützen, waren nun in Kirchheim die Parteimitglieder nahezu unter sich. Stellungnahmen der kaum vertretenen Kameradschaftsszene gab es nicht. Dem ging ein interner Konflikt zwischen dem Landesverband und Thomas Gerlach, Andrè Kapke und Ralf Wohlleben (beide NPD Jena) voraus: Aus Protest gegen die Aufstellung von Sympathisanten der Heise-Fraktion drohten die Ostthüringer Kader, den NPD-Wahlkampf zu boykottieren. Diesem Druck hat der Landesvorstand schließlich nachgegeben. Auf der nun beschlossenen Landtagswahlliste stehen ausschließlich linientreue Multifunktionäre. Bundesvorstandsmitglied und »Putschist« Thorsten Heise aus Fretterode wurde mit einem symbolischen dritten Listenplatz für die Bundestagswahl abgespeist.



[1] Peter Nürnberger und Patrick Wieschke (Bildmitte) während einer NPD-»Kaffeefahrt« 2008 in Westthüringen

Vor dem erfahrenen Kommunalpolitiker Bäz-Dölle steht der Landesvorsitzende Frank Schwerdt auf Platz Eins der Liste. Schwerdt ist Mitglied des Bundesvorstandes mit dem Arbeitsschwerpunkt Recht und außerdem Vorsitzender des neu konstituierten Kreisverbandes Erfurt.

Aus den Reihen der NPD folgen ihm die Kreisvorsitzenden: der Student Sebastian Reiche aus Gotha, der Zahntechniker Jan Morgenroth aus Weimar, der Selbständige Peter Nürnberger aus Greiz (Kreis Altenburg) und der Unternehmer Boris Maier aus Heiligenstadt (Kreis Eichsfeld). Die Bad Salzunger Studenten Tobias Kammler und Hendrik Heller (Kreisvorsitzender Wartburgkreis) besetzen die Plätze Sieben und Acht. Ihnen folgen der 21jährige Elektroniker Matthias Fiedler (Heiligenstadt), Karsten Höhn (Eisenach) und Benjamin Klötzing (Neustadt/Orla). Dem DVU-Landesvorsitzenden Beck (Oldisleben) folgt der Rentner Winfried Uhlhorn (Leinefelde), sowie die parteilosen Heinz-Otto Schmidt (Greußen) und Mike Steiner (Ernsthal). Listenplatz 16 und 17 belegen Steffen und Mandy Schneider (Greiz). Der letzte Listenplatz ist durch den Liedermacher »Torstein« alias Torsten Hering aus Sondershausen besetzt. Zur Bundestagswahl nominiert der NPD-Landesverband neben Peter Nürnberger, Patrick Wieschke und Thorsten Heise auch den Kreisvorsitzenden des Kyffhäuserkreises, Landesschatzmeister und Betreiber des »Germania-Versand« Patrick Weber sowie Hendrik Heller.

Noch offen sind die NPD-Kandidaten zu den Kommunalwahlen. Nachdem in Thüringen die 5-Prozent-Hürde für die Regionalwahlen abgeschafft wurde, ist der Einzug extremer Rechter in mehreren Kreisen nahezu sicher. Besonders umkämpft sind dabei die Räte der kreisfreien Städte Weimar, Gera und Eisenach sowie die Städte Nordhausen und Sondershausen. Außerdem tritt die NPD in den Landkreisen Gotha, Sonneberg, Greiz, Nordhausen, Eichsfeld, Kyffhäuserkreis und Wartburgkreis an.

Um die Fraktionsbildung der NPD bei Wahlerfolgen zu erschweren, tüfteln die Kommunen derzeit an bürokratischen Stolpersteinen. Überlegt wird beispielsweise in der Thüringer Kommunalordnung die Mindeststärke einer Fraktion von zwei auf drei Mitglieder zu erhöhen, um der NPD finanzielle Zuwendungen, wie der Finanzierung von Fraktionsbüros und -angestellten, zu erschweren. Neben diesen verwaltungsrechtlichen Bemühungen der etablierten Parteien arbeiten verschiedene Initiativen an Aufklärung und Torpedierung des NPD-Wahlkampfes. »Deine Stimme gegen Nazis« ist ein Projekt von Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Vereinen, den Kirchen und Privatpersonen, das durch Öffentlichkeitsarbeit und Informationen über die NPD den Wahlkampf kritisch begleitet. Außerdem hat die »Mobile Beratung in Thüringen – Für Demokratie – Gegen Rechtsextremismus« (Mobit) eine Informationskampagne mit acht inhaltlichen Modulen ins Leben gerufen, welche in Zusammenarbeit mit lokalen Bündnissen in mehreren Städten gegen Rechtsextremismus sensibilisieren will. ■

Weitere Infos:

www.deine-stimme-gegen-nazis.de

www.gemeinsam-gegen-rechtsextremismus.de

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Die Reorganisation der NPD in Sachsen-Anhalt

Am 28. Februar 2009 fand im »Lolos« in Halberstadt der Landesparteitag der NPD Sachsen-Anhalt statt, auf dem nach den unerwarteten Rücktritten im September 2008 ein neuer Vorstand gewählt wurde. Wahlgewinner sind Matthias Heyder und die JN Sachsen-Anhalt, die nun bei den im Juni stattfindenden Kommunalwahlen zum Kampf um die Großstädte antreten.

Vor einem halben Jahr traten die NPD-Landesvorsitzende Carola Holz sowie sechs weitere von insgesamt zehn Vorstandsmitgliedern zurück. Sie begründeten diesen Schritt damit, dass ihre Arbeit vom damaligen Geschäftsführer Matthias Heyder, den in Sachsen-Anhalt sehr starken »Jungen Nationaldemokraten« (JN) sowie vier Kreisvorständen »behindert und boykottiert«[1] wurde. Dieser Vorstand, dem u.a. Jens Bauer, Judith Rothe und Marcus Großmann angehörten, war erst im März 2008 gewählt worden. Die 51jährige Holz war von der jüngeren NPD-Generation als Türöffner genutzt worden, um ab Ende 2005 den Landesverband zu modernisieren und zu professionalisieren. Sie löste nach den erfolgreichen Kreistagswahlen 2007 Andreas Karl ab, der die bis dahin eher rückständige und landespolitisch inaktive NPD seit 2000 angeführt hatte. Gleich nach den überraschenden Rücktritten gaben Heyder und seine Mitstreiter bekannt, dass der Vorstand trotz allem weiterhin beschlussfähig ist und tatkräftig auf die Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt im Juni 2009 hinarbeitet. Obwohl zwei Kreistagswahlen sowie flächendeckend Stadt- und Gemeinderatswahlen stattfinden, will die NPD sich auf die beiden größten Städten, Halle und Magdeburg konzentrieren.

NPD in die Stadträte

Der nun durchgeführte Landesparteitag mit Vorstandesneuwahlen fand in einem Lokal in Halberstadt statt, in dem im Dezember 2008 bereits die JN-Weihnachtsfeier war. Für den Bundesvorstand waren Udo Voigt und Frank Schwerdt vor Ort. Von den ehemaligen Vorstandsmitgliedern nahmen allerdings nur wenige teil. Matthias Heyder aus Elbingerode, der bereits seit einem halben Jahr als NPD-Landesvorsitzender auftritt, wurde nun mit einer regulären Vorstandswahl in diesem Posten bestätigt. Der 37jährige arbeitet als Verkäufer in einer Halberstädter Massivbaufirma, gehörte seit Anfang der 90er Jahre der DSU an und wirkte in rechten Kleinstorganisationen mit, bevor er in der NPD aktiv wurde. Zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wurde der 25jährige Politikstudent Matthias Gärtner aus Magdeburg gewählt. Neben seiner Tätigkeit als JN-Bundesvorstandsmitglied und Leiter des »Nationalen Bildungskreises« (NBK) übernahm er Ende 2008 den NPD-Kreisverband (KV) Magdeburg. Mit dem Geschäftsführer Philipp Valenta (27) und Schatzmeister Erik Schulze (24) sind neben Gärtner zwei weitere Mitglieder des JN-Bundesvorstandes im neuen NPD-Landesvorstand als Beisitzer vertreten. Schulze studiert in Halle Soziologie und leitet seit kurzem den dortigen NPD-Kreisverband, während Valenta (27) BWL in Bernburg studiert und zudem im Kreistag des Salzlandkreises sitzt. Kreistagsabgeordnete ist auch die 60jährige Heidrun Walde aus Schneidlingen, die ebenfalls dem neuen NPD-Landesvorstand angehört. Anfang 2007 trat sie mit ihrem Mann Peter Walde und neun weiteren »Republikanern« zur NPD über. Wieder gewählt worden ist der 64jährige Rentner Rolf Dietrich aus Frankleben, der bereits dem letzten Vorstand angehörte und im Kreistag des Saalekreises sitzt. Und mit dem ehemaligen Landesvorsitzenden Andreas Karl (46) aus Billroda, der im Burgenlandkreis seit 2004 ein Kreistagsmandat innehat, ist der mitgliederstärkste KV in Sachsen-Anhalt wieder im Vorstand vertreten.

Verinnerlichte »Volksfront«

Das aufgetretene Zerwürfnis ist nicht, wie oft behauptet, als ideologischer Richtungsstreit zu werten. Personen mit radikalem Ansatz gibt es auf beiden Seiten ebenso diejenigen mit bürgernahem Auftreten. Die NPD in Sachsen-Anhalt betonte in den vergange-

nen drei Jahre immer wieder ihre Zusammenarbeit mit den sogenannten »freien Kräften«. Diese »Volksfront«-Praxis ergibt sich bei den meisten schon aus der eigenen Herkunft aus dem Kameradschaftsspektrum. Aktivisten der vormaligen »Wernigeröder Aktionsfront«, der »Kameradschaft Festungsstadt Magdeburg« sowie des »Nationalen Beobachters Halle«, die 2005 und 2006 die jeweiligen JN-Stützpunkte bildeten, sind bis heute in der NPD/JN aktiv. Die JN organisierte auch eine Neuauflage des Internetportals »Nationaler Beobachter«, das landkreisübergreifend »freien Kräften« und Parteianhängern die Möglichkeit zur politischen Darstellung bietet.

»Vorwärts für Deutschland! JN Voran!«

Der Vorstand wurde von zehn auf acht Personen verkleinert. Da der amtierende JN-Landesvorsitzende Andy Knape aus Magdeburg diesem qua Amt angehört, besteht er nun zur Hälfte aus JN-Funktionären. Diese versuchen derzeit hochambitioniert ein »elitär-intellektuelles« Selbstverständnis als Avantgarde einer »nationalen Bewegung« zu entwickeln. Während für Heyder die JN als NPD-«Kaderorganisation« von Bedeutung ist, propagiert die JN-Führung gleichzeitig dem Kampf um den vorpolitischen Raum. Dass sie dabei weder bürgerlich noch gemäßigt sind, zeigte sich u.a. am Tag vor dem Parteitag. In Magdeburg fand eine von der JN und dem NBK organisierte Schulung über das »Tun und Wirken« des SA-Mannes Horst Wessel statt. Damit unterstrichen die Verantwortlichen einmal mehr den national-sozialistischen Kurs, den die JN seit Beginn ihres Bestehens in Sachsen-Anhalt verfolgt. Mit öffentlicher Präsenz und gezielten Provokationen testen Heyder und die JN seit 2006 immer wieder die Grenzen rechtsstaatlicher Regelungen aus. Das Verhältnis zu den »freien Kräften« wird als pragmatisches Agieren auf »völlig unterschiedlichen Schlachtfeldern« beschrieben[2] .

Zurück aufs Land

Die ehemaligen Vorstandsmitglieder sind noch in der NPD oder parteifrei regional aktiv. Nach ihrem Rücktritt vom Landesvorsitz soll Carola Holz aus der Partei ausgetreten sein. Von der Bildfläche verschwunden ist sie dennoch nicht. Die Wolfenerin arbeitet weiterhin im Kreistag sowie mit den »Freien Nationalisten Dessau« zusammen und sammelt in der Region Anhalt-Bitterfeld junge Neonazis, mit denen sie auf Demonstrationen fährt. Der bereits langjährig in der NPD aktive ehemalige Landespressesprecher Jens Bauer (27) aus Klein Wanzleben war KV-Vorsitzender in Magdeburg, bevor er nach internen Machtkämpfen von Gärtner abgelöst wurde. Er gehört nun dem neu gegründeten Kreisverband Börde an.

Die 30-jährige NPD/RNF-Multifunktionärin Judith Rothe (30) sowie der aus Halle stammende Marcus Großmann (25) leben in Sotterhausen mit anderen Neonazis auf einem Grundstück, dass als Konzertveranstaltungsort überregional bekannt wurde und auf dem noch immer wöchentlich sogenannte »Kameradschaftsabende« stattfinden. Anfang 2007 verübten mehrere Personen nach einer Party dort einen Brandanschlag auf eine Asylbewerberunterkunft in Sangerhausen, wobei mindestens einer der Beteiligten zum engen Freundeskreis von Rothe und ihrem Lebensgefährten gehört. Mit einem biederem Auftreten erreichte die dreifache Mutter trotzdem bei der letzten Kommunalwahl in ihrem Wohnort für die NPD mit 15,4 % das zweitbeste Ergebnis nach der CDU. Großmann betreibt einen Internetversand und eine Druckerei, ist weiterhin als Logistiker bei Aufmärschen und im NPD-KV Mansfeld-Südharz als Jugendbeauftragter tätig. In seinem alten Wohnort Halle arbeitet er mit einer Gruppe »freier Kräfte« zusammen, die mit der dortigen NPD/JN im handfesten Streit liegt. Auf Landesebene agiert die NPD Mansfeld-Südharz derzeit unabhängig vom Landesverband. Das zeigte sich u.a. am 20. Februar 2009, als der Bundesvorsitzende Udo Voigt nach Sotterhausen eingeladen wurde, während Matthias Heyder zur gleichen Zeit im eine Stunde entfernten Bernburg eine Veranstaltung mit Udo Pastörs, Voigts Gegenkandidaten um den Posten des NPD-Bundesvorsitzenden durchführte.



[1] rechts: NPD-Landesvorstandsmitglied Andreas Karl und der KV Burgenlandkreis am Rande des Landesparteitags in Halberstadt am 28. Februar 2009

Quo vadis S.-A.?

Ein Teil der Neonazis in Sachsen-Anhalt wird in den nächsten Monaten viel Energie in die Stadtratswahlen in den beiden größten Städten investieren und dafür eine arbeitsfähige NPD/ JN-Landesstruktur benötigen. Während dessen gehen andere ihren extrem rechten Alltagsgeschäften nach. Auch wenn Sachsen-Anhalt bisher DVU-Terrain war, kann mit den erwarteten Kommunalwahlerfolgen sowie der weiteren Organisation des Landesverbandes der Antritt der NPD zur Landtagswahl 2011 vorangetrieben werden. Da der parteiungebundene Teil der »Volksfront« keine prinzipiell gestörtes Verhältnis zur NPD hat, entscheiden die jeweiligen »freien Kräfte« weitestgehend selbstständig über eine Zusammenarbeit vor Ort. ■

1| NPD Sachsen-Anhalt: Mitteilung an die Mitglieder des NPD Landesverbandes Sachsen-Anhalt vom 8.9.2008, nachzulesen bei www.altermedia.info

2| JN Sach[illegible]en-Anhalt: JN-SA [illegible] neuer Führung – 3. Landeskongress der Jungen [illegible]demokraten [illegible] November 2008; [illegible] & [illegible] buvo.de, Januar 2009;

NPD gegen NPD

Eine Spekulation um den NPD-Bundesvorsitz ist zu Ende. Schon Wochen vor dem entscheidenden Bundesparteitag zog der niedersächsische NPD-Landesvize Andreas Molau seine Kandidatur gegen den langjährigen Bundesvorsitzenden Udo Voigt zurück.

Andreas Speit

Null Chancen sah er für sich. »Verarscht«, so fühle er sich, sagte er. Soll doch nun der mecklenburg-vorpommerische NPD-Fraktionschef Udo Pastörs gegen Voigt antreten. Jener Fraktionschef aus Schwerin, der mit seinem Amtskollegen in Dresden, Holger Apfel, erst Molau zur Gegenkandidatur ermutigt hatte.

Seit Anfang 2009 ist die älteste neonazistische Partei Deutschlands zerstritten wie schon lange nicht mehr. In den Medien sehen bereits Politiker und Journalisten das Ende der Partei nahen. Vorwürfe folgen in den oberen Parteirängen auf Vorwürfe, Gerüchte und Intrigen blühen, Anfeindungen und Unterstellungen wechseln sich ab. Diesen Start in das »Superwahljahr« dürfte sich Voigt wahrlich nicht vorgestellt haben. Machtkämpfe, persönliche Fehden und auch leere Kassen hat die NPD jedoch schon öfters erlebt, aber eben auch überlebt. Nach den Erfolgen bei den Landtagswahlen in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern sind allerdings in der Szene von NPD bis »Freie Kameradschaften« (FK) die Erwartungen gestiegen.

Schon vor dem Bundesparteitag »Sozial geht nur national« in Bamberg am 24./25. Mai 2008 hatte die Bundesführung um Voigt viele Hoffnungen enttäuscht. Nicht nur die Mitglieder hatten sehnlich auf Klärung zu der Veruntreuung von rund 870.000 Euro durch den Ex-Bundesschatzmeister Erwin Kemna und zu dem Verhältnis mit den militanten »Autonomen Nationalisten« gewartet. Viel Stoff für Zoff und für alte und neue Feindschaften. In der Konzert- und Kongresshalle gelang es kaum die von Voigt später verkündete »Geschlossenheit« zu schaffen. Im Gegenteil, im Foyer der Halle meinte Molau offen entsetzt zu der Wahl des Hamburger NPD-Landeschefs Jürgen Rieger zum Bundesvize: »Die Wahl von Herrn Rieger ist eine Katastrophe«. Im Hegelsaal waren da schon Rieger und Pastörs wegen fehlender Parteigelder aneinander geraten – schrien sich an, beschimpften sich. Aus den Fraktionen in Dresden und Schwerin, schimpfte Rieger lautstark, würde immer wieder gegen ihn intrigiert. »Parteiämter« hätte er sich aber nicht mit den Darlehen für die Partei erkaufen wollen, wie unterstellt, brüllte er fast.

Fast ein Jahr später, im Februar 2009, als die NPD auf der Suche nach einem Veranstaltungsort für den längst einberufenen »Sonderparteitag« ist, wettert Rieger erneut gegen diese Vorwürfe. In der Partei sorgen sich längst einige Kader mal offen, mal versteckt um die wirkliche Entscheidungsmacht Voigts. Der Grund ist die sich weiter verschärfende Finanzlage. Nachdem Molau sich am 18. Februar von den Getreuen verraten fühlte, verriet er, dass die NPD sich im Januar selbst bei der Bundestagsverwaltung anzeigen musste. In den Rechenschaftsberichten 2007 sollen rund eine Million Euro unauffindbar sein. Molau betonte sogleich, Rieger hätte die Partei in »eine finanzielle Abhängigkeit gebracht«.

Auf seiner eigenen Website hatte Rieger kurz zuvor in einer Erklärung ausgeführt, dass er der Partei zwar viele Darlehen gegeben hätte und gibt, aber nie »Dank« erwartet oder gar »Bedingungen« daran geknüpft hätte. Die Auflistung der Darlehen dürften aber die Sorgen erhärten. Rieger rechnet vor, dass er für die Mecklenburg-Vorpommern-Wahl die Rückzahlung von 295.000 Euro nicht einforderte, 150.000 Euro prolongiert hätte und zusätzlich 75.000 Euro zuschoss. Er rechnet gleich weiter auf, der Partei 2004 bei der Wahl im Hamburg ein Darlehen von 120.000 Euro und 2007 zu der Wahl in Niedersachsen von 50.000 Euro gegeben zu haben. Summen, die schon fragen lassen, was passiert mit der Partei, wenn diese Gelder eingefordert werden. Vielleicht weil der Parteikurs, oder der Parteivorsitzende dem Finanzier aus dem feinen Hamburg-Blankenese nicht mehr so gefällt, wenn gar Pastörs den Bundesvorsitz erstreitet.

Ein Brief von Rieger an Voigt, der der Tageszeitung taz zugespielt wurde, offenbart: Pastörs ist Riegers Intimfeind. »Lieber Udo«, schrieb Rieger am 2. März 2006 und beschwerte sich über die Führung von Stefan Köster und Pastörs in Mecklenburg-Vorpommern, einen Wahlerfolg hielt er mit ihnen für sehr unwahrscheinlich. Deswegen, so Rieger, sei »jeder Cent der in die



[1] Neonazidemonstration am 14. Februar 2009 in Dresden.

v.l.n.r.: Udo Voigt (NPD-Vorsitzender), Andreas Molau, Mathias Faust (DVU-Vorsitzender) und Holger Apfel (NPD-Fraktionsvorsitzender im sächsischen Landtag) versuchen eine kaum vorhandene Geschlossenheit zu demonstrieren .

Mecklenburgische Wahl hineingesteckt wird«, verloren. Eine Rettung in der Not wüsste er: »Mit mir als Kandidaten hätte die NPD mithin größere Chancen«. Er könnte zudem ein »besserer Fraktionsvorsitzender als Pastörs« sein. Eine andere Personalempfehlung weiß er auch gleich: Thomas Wulff. Der Kader der FK und NPD wäre für den Verfassungsschutz »nicht käuflich«. Um Missverständnisse auszuräumen, schreibt er Voigt ganz offen, dass Pastörs und Köster die Zusammenarbeit unter ihm nur ablehnen, weil sie »die eigene Person« über die Partei stellen, »oder aber sie arbeiten im Auftrag des Verfassungsschutz«. Verärgert sei er, räumt Rieger damals ein. »Wie ich zugesagt hatte ist die Prolongierung der Kredite von 4.000,00 Euro, 100.000,00 Euro und 20.000,00 Euro« auf spätere Termine möglich, versichert er, doch: Bei dieser Kreditverlängerung habe sich für ihn insofern etwas verändert, da er wünscht, »dass diese Beiträge in Berlin verwendet werden«.

»Infam« nennt Rieger in der Erklärung Pastörs' Anfeindung in einem Videointerview im Internet. Dort führt Pastörs aus, dass Rieger »selbstverständlich« versucht hätte durch »Geld Einfluss zu gewinnen«. Der Brief an Voigt mit dem Wunsch, dass das Geld alleine bei der Wahl in Berlin zu verwenden sei, bestärkt aber Pastörs' und Molaus Vorwurf.

Machtgeränke und Geldgeschäfte

Kurz vor dem Parteitag verwischen zwischen den momentanen Unterstützern Pastörs und Voigts die vermeintlichen politischen Differenzen. Längst geht es in der Partei nicht mehr um eine strategische Neuausrichtung. Wenn es sich bei der Gegenkandidatur von Molau und Pastörs überhaupt jemals um parteipolitische Neupositionierung handelte. Molau wurde schnell eine »REPisierung« der NPD von Wulff unterstellt. Rieger legte in einem Videointerview um den 19. Februar gegen den »Achteljuden« Molau nach. Die Parteibasis würde keinen zum Bundesvorsitzenden wählen, »der im Dritten Reich nicht mal hätte Blockwart werden können«. Molaus Hoffnung, die er am 4. Januar als Thesenpapier veröffentlichte, ein »politisches Milieu« auch mit »konservativen« Kreisen zu schaffen, wird vehement widersprochen. Doch nur Rieger und einige FKler stört diese Betonung. Keine Überraschung, wird doch selbst in der NPD befürchtet, dass Riegers »unreflektierter Hitlerismus« (O-Ton Molau) und verkündete Menschenaufzuchtspläne dem bemüht bürgerlichen Parteiimage schaden könnten. Molau als auch Pastörs sind indes gar nicht so sehr von Voigts Parteilinie entfernt. Sie alle eint die Strategie, soziale Themen aufzugreifen, die kommunale Verankerung vor Ort auszubauen und die enge Zusammenarbeit der »nationalen Opposition«, inklusive der FK, weiter zu ermöglichen. Im »national-konservativen« Spektrum hofft Voigt nicht minder mehr Zuspruch zu finden.

Ein »Nach-dem-Parteitag« mahnte bereits Voigt in einer Videobotschaft gleich nach Ende seiner Kur Mitte Februar an und appelliert: »Gemeinsamkeit statt Bruderkrieg«. Der Skandal um Kemna hat Voigts Ansehen bei vielen Parteimitgliedern sicher geschmälert. In der Partei wird ihm dennoch hoch angerechnet, dass unter ihm die NPD nach über 30 Jahren wieder in Landtage einzog, sich kommunal verankerte und die Mitgliederzahl fast verdreifachte. Seine Hausmacht ist insofern schwer einzuschätzen. Das Fallenlassen von Molau durch Pastörs, der auch von dem NPD-Generalsekretär Peter Marx unterstützt wird, missfällt indes nicht wenigen. NPD-Bundesvize Sascha Roßmüller, der vorher auch mit Apfel Molau präferierte, erklärte bereits, »auch Pastörs« seine »Stimme nicht zu geben«. ■

Der Flickenteppich franst aus

Die »Autonomen Nationalisten« sind in den letzten Jahren die am stärksten wachsende Strömung im bundesdeutschen Rechtsextremismus. Inzwischen häufen sich jedoch die Anzeichen, dass die Szene zerfasert – schuld daran sind die Auswirkungen der eigenen inhaltlichen Diffusität.

Vor mittlerweile gut fünf Jahren betraten die »Autonomen Nationalisten« (AN) die Bühne des bundesdeutschen Neonazismus. Sie sind optisch eine originalgetreue Kopie von großen Teilen der heutigen autonomen Antifagruppen.[1] Inhaltlich stehen die AN einerseits für einen offensiven Nationalsozialismus, transportiert über die ästhetisierte Militanz und Männlichkeit[2] im »national socialist black block«. Kulturell und stilistisch ist der Neonazismus somit vollends in der Postmoderne angekommen. Doch andererseits brachte die Offenheit zum Pop ein inhaltliches »anything goes« in die Bewegung. Die AN mit ihrer Parolenassemblage und den von ihnen eingebrachten neuen Freiheiten in der Lebensführung sorgen zwar für personellen Zulauf, stellen aber Grundsätze des Nazismus in Frage.

Ein Blick zurück

Im Januar 2004 demonstrierten in Berlin einige hundert Neonazis gegen die gerade erfolgte Verurteilung der Band »Landser« als »kriminelle Vereinigung«. Mit dabei war ein – sehr überschaubarer – Block von jungen Neonazis rund um die »Kameradschaft Tor«. »Organisiert den Schwarzen Block« und »Fight the system – fuck the law« war auf ihren Transparenten zu lesen. Bereits ein paar Wochen zuvor hatte bei einer anderen Neonazi-Demo ein mit roten Fahnen ausstaffierter Block für Aufsehen gesorgt und bereits seit 2002 experimentierten Neonazis zaghaft im Internet mit dem Label »Autonome Nationalisten« oder trugen vereinzelt Palästinensertücher auf ihren Aufmärschen. Doch erst die Berliner »Landser«-Demo vor fünf Jahren war die eigentliche Geburtsstunde der »Autonomen Nationalisten«. Von da an ging es schnell weiter: der erste »Black Block« bei einer Neonazidemo (am 1. Mai 2004 in Berlin), heftige Negativreaktionen aus dem Rest der Neonaziszene[3], die Ausweitung des AN-Phänomens in das Ruhrgebiet[4] und dann in die gesamte Bundesrepublik. Es folgten das Verbot der »Kameradschaft Tor« 2005, Berichterstattung über die AN bis in die Tagesschau, die hilflosen Abgrenzungsversuche der NPD 2007[5] und die jüngeren Demo-Highlights der Bewegung wie beim 1. Mai 2008 in Hamburg, den »Antikriegstagen« in Dortmund oder dem Aufmarsch am 6. Dezember 2008 in Berlin mit jeweils etlichen hundert betont gewaltbereit und unkontrollierbar auftretenden »Autonomen Nationalisten«.

Verortung

»Autonome Nationalisten« sind eine Subströmung der etablierteren und länger existenten »Freien Nationalisten«. Nach der Verbotswelle gegen neonazistische Organisationen von 1992 bis 1995 war der bundesdeutsche Neonazismus gezwungen, sich neu zu organisieren. Ziel der neonazistischen Bewegungsarbeiter wie Christian Worch und Thomas Wulff war es, eine Organisationsform zu finden, die auch informell funktioniert und so weitestgehend immun gegen staatliche Verbote sei. Rückblickend nannte Worch ausdrücklich die autonome Linke als Vorbild – »von den Linken zu lernen erschien höchst sinnvoll«[6]. Ab etwa 1996 wird das Konzept »Freie Nationalisten« propagiert[7]. Seitdem ist in der Bundesrepublik ein nahezu flächendeckendes Netz lokal oder regional aktiver neonazistischer groupuscules (Kleinstgruppen) entstanden, die miteinander informell verbunden und koordiniert sind. Ihr Verhältnis zur NPD ist zwiespältig. Knackpunkt ist die Frage, ob mit einer Partei, die zuweilen zu einer taktischen Zivilisierung[8] bereit ist, effiziente und offene nationalsozialistische Politik zu betreiben sei. Teile der »Freien Nationalisten« arbeiten

1| Viele Aspekte hiervon wurden schon zuvor im Antifaschistsichen Infoblatt beschrieben. Vgl.: Das Label. »Autonome Nationalisten«, AIB #69, Herbst 2005, S. 6-9 und Zwischen »Latschdemos« und »Schwarzem Block«, AIB #72, Sommer 2006, S. 24-27.

2| Vgl. Nur »radical chic«? Die »Autonomen Nationalisten« und die Ästhetisierung von Gewalt, AIB #80, Herbst 2008, S. 8-9.

3| Die im Vorfeld des 1 Mai 2004 begonnene Szenediskussion dauert noch immer an. Tradi-

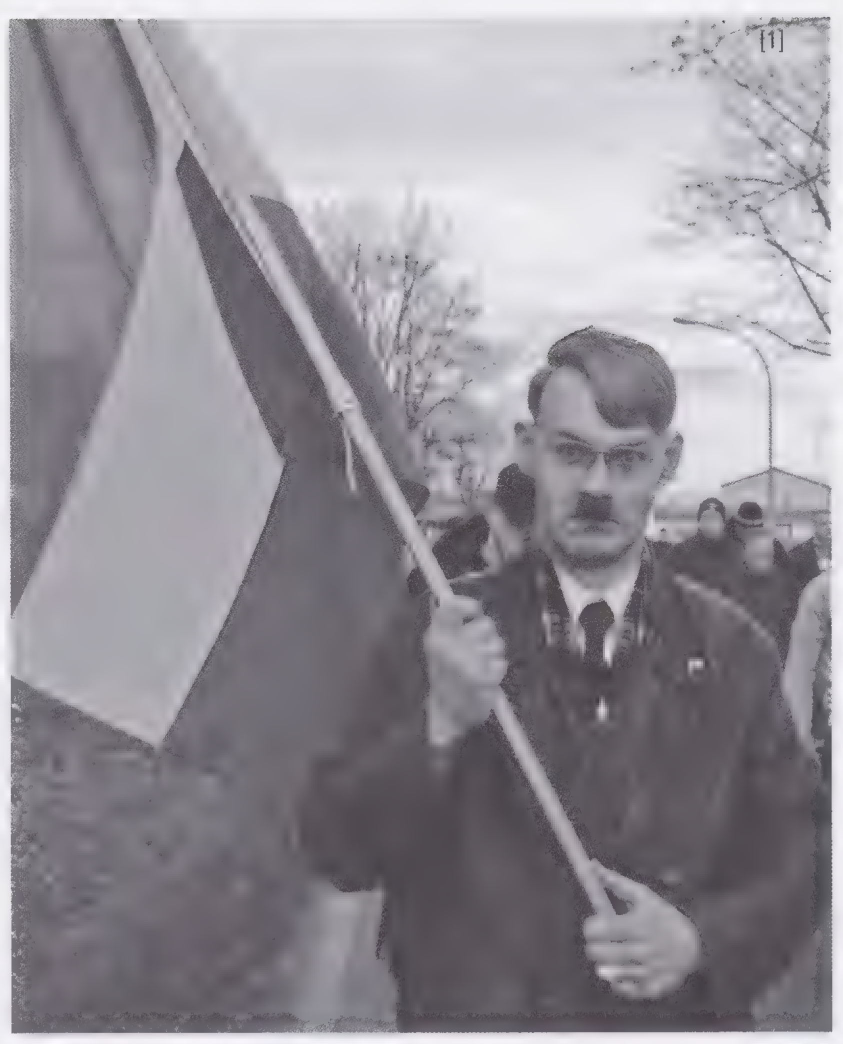
nur punktuell mit der NPD zusammen, andernorts sind »freie« und »parteigebundene Nationalisten« kaum auseinanderzuhalten.

Vom Völkischen und Skinhead ...

Die »Freien Nationalisten« sind seit Mitte der 1990er Jahre zum Hauptbezugspunkt für beide der seit mindestens 25 Jahren existenten kulturellen Idealtypen von Neonazis geworden. Auf der einen Seite steht der sich als elitär, asketisch und soldatisch empfindende Völkische, den die Sorge um Deutschland umtreibt und dem Volksmusik und Sonnenwendfeier als Volkstumspflege gelten. Entsprechend werden von ihm alle Aspekte der Moderne als wurzellos, volkszerstörend, internationalistisch und dekadent abgelehnt. Auf der anderen Seite steht der Typus des Neonazi-Skinheads, der sich als Straßenkämpfer fühlt, welcher dem gesunden Menschenverstand des kleinen Mannes zur Durchsetzung verhilft. Der Nazi-Skinhead inszeniert sich selbst als Prolet mit kleinbürgerlichen, reaktionären Werten. Seinen politischen Standpunkt begründet er mit der Notwendigkeit, dem gefährdeten Deutschland beizustehen, um die eigentlich angestrebte Privatidylle bewahren zu können. So wie einst die SA, brauche es heute eine Gruppe von Männern, die für Ordnung sorgen: »Wir sind Deutschlands rechte Polizei, wir machen die Straßen wirklich frei«[9]. Was dem Völkischen seine NS-Nostalgia, ist dem subkulturell orientierten Nazi-Skinhead seine Kollektion von RAC-Songs (Rock Against Communism). Dass seine Musik auf Rock & Roll und Blues zurückgeht und somit nichtdeutsche und nichtweiße Wurzeln hat, empfindet er nicht als Widerspruch.[10]

... zum Autonomen Nationalisten

Mit dem »Autonomen Nationalisten« sind diese beiden Prototypen des zeitgenössischen Neonazismus um eine dritte Variante bereichert worden. Er[11] definiert sich in Abgrenzung zur bisherigen Neonaziszene, deren Konventionen er ablehnt. Anstelle »der 30. langweiligen Hinterzimmersitzung«[12] sucht der »Autonome Nationalist« Demoaction und fühlt sich bereit für »Blockaden, Besetzungen, Verweigerungen«[13]. Der Gestus des »Autonomen Nationalisten« ist antibürgerlich, er fühlt sich als revolutionärer Fighter. Seine Parolen verschleiern nicht das Bekenntnis zum Nationalsozialismus, schöpfen sich aber aus Verdrehungen des Vokabulars der radikalen Linken.



[1] Der kulturelle Idealtyp des völkischen Neonazis – der sogenannte »Scheitel« – sieht sich als elitären, asketischen und soldatisch empfindenden Kämpfer gegen die Aspekte der Moderne.

Sein Stil ist leger: Basecap; Kapuzenpullover, Buttons, Carhartt-Hosen, Piercings. Er ist offen für alternative Kultur und das, was er dafür hält. Das ist ein Bekenntnis zum Zeitgeist. Schon vor fünf Jahren hielt die Neonazi-Zeitschrift »Fahnenträger« fest: »Immerhin leben wir im Jahr 2004. Der bestehenden ›Moderne‹ können wir derzeit nur selten widerstehen, da wir Teil des Ganzen sind und auch ein ›Nationaler Widerstand‹ durchweg liberalisiert ist«[14]. Aus den Stilen, die urbane Neonazis wie die der »Kameradschaft Tor« in ihrer Umgebung vorfanden, mixten sie sich einen eigenen, neuen Stil zusammen.

Das Konzept der »Freien Nationalisten« hat die Szenerie verbotssicher und sie durch ihren informelleren Charakter auch durchlässiger für Interessierte gemacht. Gleichzeitig bedingt dieses Organisationsmodell, dass das dem Nazismus eigene Führerprinzip (das Dirigieren von oben nach unten) schwerer durchsetzbar geworden ist. Die größere Durchlässigkeit hat den Einstieg in die Bewegung erleichtert. Wegen fehlender Regulierungsmöglichkeiten ist die Bewegung damit auch weniger resistent gegen Einflüsse von Außen geworden. Die

tionell orientierte »Freie Kameradschaften« hatten zwischenzeitlich sogar eine regelrechte Kampagne mitsamt Erklärungen, T-Shirts und eigenem Logo unter dem Slogan »Unsere Fahnen sind schwarz – unsere Blöcke nicht« organisiert.

4| Maßgeblich gepusht durch die damals populäre Webseite freier widerstand.net aus Dortmund.

5| Vgl. Nicht sanktionsfähig. Die Ausgrenzung des »Black Block« scheitert, AIB #78, Frühjahr 2008, S. 8–9.

6| Worch, Christian: Über freien und autonomen Nationalismus, veröffentlicht am 25.1.2005, http://www.widerstand.info/689/ueber-freien-und-autonomen-nationalismus, 3.2.2009.

7| Synonym dazu sind »Freier Widerstand« und – etwas gebräuchlicher – »Freie Kameradschaften«

8| Vgl. Klärner, Andreas: Versuch und Scheitern einer taktischen Zivilisierung der extremen Rechten. Der Konflikt zwischen NPD, »Freien Kameradschaften« und »Autonomen Nationalisten«, In: Fritz Bauer Institut Newsletter #33, Herbst 2008, S. 16-21.

9| Textzeile aus »Rechte Polizei« der Band Störkraft von 1994.

10| Die beiden männli-

➔

chen Figuren Völkischer und Neonazi-Skinhead haben jeweils auch ein weibliches Pendant – die treusorgende Nationalistin, die im Kampf für Deutschland sogar ihre Mutterpflichten zurückstellt und das Neonazi-Renee. Um den ideologischen Fokus auf Männlichkeit im Rechtsextremismus abbilden zu können, scheint es jedoch angemessen, als Idealtypen die männlichen Varianten anzugeben.

11| Auch der Idealtypus eines »Autonomen Nationalisten« ist männlich. Dennoch ist festzuhalten, dass mit der kulturellen Öffnung der Neonaziszene auch der Zugang für Frauen und Mädchen leichter wurde. So gibt es mittlerweile einen etwas höheren Anteil von Frauen auf Demonstrationen als zuvor.

12| User A-N-R im Forum vom »Freien Widerstand« am 4.3.2004, nicht mehr online, Groß- und Kleinschreibung korrigiert.

13| Aufruf der »Autonomen Nationalisten« »Für einen nationalrevolutionären Block am 1. Mai«, Januar 2004.

14| Laß, Werner: Nationale Zentren erkämpfen! Einige Gedanken zum »Neuen« Aktivismus. In: Fahnenträger 3/2004, S. 20

15| Dies ähnelt durchaus dem Auftreten von Hooligans und manchen Ultra-Gruppen rund um Fußballspiele. Passenderweise hat sich in den letzten Jahren

Popkultur ist in vielen ihrer Facetten in die Neonaziszene eingeflossen – nicht mehr nur die Skinhead-Subkultur, sondern auch Mainstream-Musik, Hiphop, Metal, Hardcore und Punk sind zugelassen.

Diese kulturelle Dynamik hat den Neonazis Zulauf beschert, sie ist aber auch außer Kontrolle geraten. Im Internetzeitalter betreiben Internet-Kids ihre Neonazipolitik so, wie sie sich auch im Netz bewegen: Mal hier, mal dort, unverbindlich, selbstbewusst, unbekümmert von Fragen nach Theorie und langfristiger Strategie. Es ist kein Zufall, dass aus den Reihen der »Autonomen Nationalisten« neue Medien so intensiv genutzt werden. Ihre zeitgemäß aufgemachten Internet-Videoclips, wie zeitweise etwa von dem Portal Media Pro Patria produziert, waren für die Szene ein durchschlagender Erfolg.

»Autonome Nationalisten« gibt es inzwischen auch in zahlreichen ländlichen Milieus, prinzipiell ist das Konzept in seinem Patchwork verschiedener Identitäten urban und hedonistisch. Die neue Beliebigkeit wird nur durch den einen gemeinsamen Nenner überbrückt – die positive Bezugnahme auf den Nationalsozialismus. Dessen »Grundsätze« bejahen die AN radikal, sie weigern sich aber ebenso radikal, persönliche Einschränkungen hinzunehmen, um damit in Einklang zu kommen.

»Der Block«: Stil und Inhalt sind identisch

Die Vergemeinschaftung der »Autonomen Nationalisten« findet bei den Demonstrationen auf der Straße statt. Das selbstmystifizierende Eigenbild ist das eines Mobs, der, wenn nötig, durch seine Militanz Polizeischikanen gewaltsam durchbrechen kann. Vor und nach den Demonstrationen wird in den Seitenstraßen die körperliche Konfrontation mit dem politischen Gegner gesucht[15]. Demütigungen der Vergangenheit würden durch die offensiv vorgetragene Gewaltandrohung dem »Nationalen Widerstand« erspart bleiben. Das Argument, man wolle nur die anderen Teilnehmenden schützen, ist allerdings bloßes Vehikel, um die eigene Gewalt zu legitimieren. Die »Autonomen Nationalisten« sind nämlich in ihrer postmodernen kulturellen Offenheit tendenziell unwillig, sich Autorität zu beugen, der Stechschritt ist ihre Sache nicht. Sind Nazi-Skinheads eher an der proletarischen, aber irgendwie doch disziplinierbaren SA orientiert, entspricht das Lebensgefühl der »Autonomen Nationalisten« eher dem von urbanen Guerilleros, die jederzeit unerkannt und unkontrolliert ausschwärmen können. Nur auf Demos ist ihr Outfit als Uniform zu entziffern. Wenn »Autonome Nationalisten« sonst ihren Tatendrang ausleben, geschieht dies häufig im Schutz der Dunkelheit: Parolen sprühen, im Nachbarort die Scheiben eines alternativen Jugendzentrums einwerfen oder in der Nacht vor Schuljahresbeginn massenhaft Papierschnipsel mit der eigenen Internetadresse auf Schulhöfen abladen.

Daneben sind die »Autonomen Nationalisten« als Kultur von jungen Männern zu verstehen, die in einigen Aspekten Straßengangs nicht unähnlich sind. Ihre Konzentration auf rivalisierende Gruppen, ihr Dominanzgehabe und ihr Bemühen, das eigene Revier durch Aufkleber zu markieren, weisen darauf hin.

Ihre – durchaus verzerrte – Vorstellung, wie der linke »Schwarze Block« funktioniert, drängt sich geradezu als Vorbild für die eigene Erscheinung auf: Auch hier sind »Systemfeinde« am Werk, es geht gegen die Polizei, es gibt Adrenalin und Action. Dass bei linken Autonomen auch basisdemokratische Entscheidungsfindung oder der Anspruch, Geschlechterrollen in Frage zu stellen, eine nicht unwesentliche Rolle spielen, wird schlicht nicht wahrgenommen. Wenn sich »Autonome Nationalisten« über die autonome Linke äußern, kommt zwar der alte Ekel über deren »Dekadenz« und »Feigheit« zur Sprache. Gleichzeitig wird ein unrealistisches, bewunderndes Bild von deren Durchsetzungsfähigkeit gezeichnet. Jedes Mal, wenn man selbst auf die Straße geht, und der imaginierte tausendköpfige, steinewerfende, sturmhaubenvermummte, in engen Ketten zusammenhaltende linke Block nicht sichtbar ist, kann man sich als Sieger des Tages fühlen.

»Der Block« ist das Versprechen von eigener Stärke und Entschlossenheit. Er ist nicht nur Form und Stil der »Autonomen Nationalisten«, er ist auch ihr einziger Inhalt. Die größte Leidenschaft entfalten die »Autonomen Nationalisten«, wenn sie in Internet-Diskussionsforen über sich selbst debattieren. Wenn sie Demonstrationen organisieren, sind Details wie die Aufstellung der Blöcke sorgfältig durchinszeniert, die Transparente sind liebevoll gestaltet und gemalt. Das Halten von Redebeiträgen, also die inhaltliche Ausgestaltung, wird jedoch zumeist den Kadern aus anderen Teilen der Bewegung überlassen. Bei der AN-Demo für ein »nationales Jugendzentrum« Anfang Dezember 2008 in Berlin sprachen unter anderem der JN-Bundeschef, der Berliner NPD-Chef und ein Berliner NPD-Bezirksverordneter – der kleine Beitrag der »autonomen« Demoorganisationsgruppe war eine Kurzansprache des Anmelders.

Bis heute gibt es nicht ein einziges ernst zu nehmendes Strategiepapier der »Autonomen Nationalisten«. Exemplarisch ist eine Schrift des »Aktionsbündnis Mittelhessen«, schon im Jahr 2004 erschienen. Dort wird eingeräumt, dass der neonazistische »schwarze Block« seinem linksradikalen Vorgänger nachempfunden sei. Der Block sei eine bloße Methode, um eigene Demonstrationen besser durchsetzen zu können. Auf den dünn beschriebenen acht Seiten taucht das Schlagwort »Entschlossenheit« gleich 26 Mal auf. Gleichzeitig wird etwas verdruckst um

die eigene Gewaltbereitschaft herumgeredet: »Wir distanzieren uns ausdrücklich von der Gewalt und lehnen die einheitliche Kleidung und Vermummung kategorisch ab!«.[16] Dass der Block darüberhinaus nicht nur Methode ist, sondern auch Stilmittel und Lifestyle sein würde, erwähnt die Broschüre nicht mit einer Silbe.

Die gern angeführte Wendung, »der Block« ziehe Jugendliche an und sei darum ein strategisches Mittel zum Vorteil der Bewegung ist erst hinterher nachgeliefert worden und scheint darum als vorgeschoben. Andere Neonazis wollen »dem Volk« gefallen und lehnen Krawalle aus diesm Grund eher ab. Im Koordinatensystem der »Autonomen Nationalisten« gibt es vor allem die eigene Bewegung und die Kontrahenten auf Seiten der Polizei und der Linken; andere politische Strömungen tauchen kaum auf und »das Volk« ist allenfalls Teil der Kulisse für die Selbstinszenierung, aber nicht mehr hauptsächliches Objekt der Politik: »Zustimmung und Akzeptanz beim Bürger erreichen? Bei welchem Bürger denn? Beim verblödeten BRD-umerzogenen Mittvierziger? Nein, die Jungen sind unsere Zukunft!«.[17]



[1] Der Typus des Neonazi-Skinheads empfindet sich als Straßenkämpfer für die kleinbürgerlichen und reaktionären Interessen des »kleinen Mannes«, der dem gefährdeten Deutschland beisteht.

Lifestyle-Basteleien

Keineswegs politische Nähe, sondern die Faszination für die Militanz der Linken ist es dann auch, die dafür sorgt, dass nicht nur ein »Schwarzer Block« gebildet wird, sondern darin auch in Form von Parolen, Phrasen und Outfit – immer vermengt mit popkulturellen Einschlägen und gern sprachlich mit Anglizismen kommuniziert – bei den politischen Kontrahenten Anleihen genommen werden. Von den Demonstrationen aus hat sich diese Offenheit in den Alltag hinein verlängert. Es wird wie selbstverständlich Hardcore gehört, man geht Graffitis sprühen und man kassiert ALG II anstatt auf Maloche zu gehen. Nicht wenige AN leben in Wohngemeinschaften zusammen. Fast alles darf probiert werden, die AN sind experimentierfreudig. Diese Veralltäglichung belegt auch, dass es den »Autonomen Nationalisten« nicht nur um Provokation geht, denn ihre kulturelle Offenheit ist durchaus authentisch. Ein Aussteiger dazu: »Die AN waren wie eine Befreiung für mich. Vorher gab es in der Naziszene Vorgaben, was Musik, Kleidung, Essen betraf. Danach musstest du dich richten. Und diesen Zwang fanden viele Leute in der Szene scheiße. [Als AN] konnte man freier sein. Du konntest hören was du willst, du konntest Döner essen gehen, du konntest alternative Klamotten tragen. Die Leute machten das ja auch gern. Die haben das nicht nur gemacht, damit sie jemanden ansprechen konnten, sondern weil ihnen das auch selbst gefallen hat.«

Aus den Angeboten, die sie in ihrem Lebensumfeld vorfanden, haben die »Autonomen Nationalisten« diejenigen herausgegriffen, die ihnen attraktiv schienen und sich daraus einen eigenen Stil kreiert. Die Bastelei ist keine politische Strategie, sondern am ehesten mit jugendkulturellen Dynamiken zu erklären.[18] Sehr passend ist etwa das Konzept der Bricolage, wie es der Ethnologe Claude Lévi-Strauss beschrieb: Fragmente schon existenter Zeichensysteme werden

→

auch deren Kleidungstil gewandelt und entspricht vielfach nunmehr exakt dem der »Autonomen Nationalisten« (beziehungsweise dem autonomer Antifas) und in einigen Städten gibt es personelle Überschneidungen zwischen Hooligans und Ultras auf der einen und der AN-Szene auf der anderen Seite.

16| Aktionsbündnis Mittelhessen: Der Schwarze Block. Eine notwendige Klarstellung, Mai 2004.

17| User A-N-R im Forum vom »Freien Widerstand« am 4.3.2004, nicht mehr online, Groß- und Kleinschreibung korrigiert

18| Darum sind geschichtliche Vergleiche mit Vorsicht zu genießen. Die »Entwendungen aus der Kommune« (Bloch) der historischen Nazis waren durchaus strategisch durchdacht.

19| Vgl. Lévi-Strauss, Claude. Das wilde Denken, Frankfurt/M., 1968, S. 29ff.

20| Warum diese Seite, http://logr.org/strassenkunst/warum-diese-seite, 3.2.2009, Interpunktion korrigiert.

21| Ebenda.

22| Ein jüngeres Beispiel für diese Kritiken: Nagel, Johannes: Die schwarze Herausforderung, Hier&Jetzt #12, Winter 2008.

23| Kommentar unter

herausgegriffen und reorganisiert.[19] Was als Kulturtechnik funktioniert, ist politisch kaum zu begründen. Beispiel Graffiti: Traditionellen Neonazis ist das illegale »Verschandeln« von Wänden verhasst, zumal es sich um eine aus den USA stammende Kultur handelt. Für »Autonome Nationalisten« ist Graffiti hingegen als Ausdruck eines urbanen, modernen und hippen Lebensstils attraktiv und wird darum auch betrieben. Auf einer neonazistischen Graffiti-Webseite schreiben »Autonome Nationalisten«: »Wir nannten das Ganze ›strassenkunst.info‹, weil wir uns nicht anmaßen wollen, solche Art von Kunst mit wirklich deutscher Kunst zu vergleichen oder gleichzustellen.«[20] So einfach geht das: Man macht was man will und um sich gegen Kritik abzusichern, gibt man präventiv und ohne Scham zu, eine Kultur zu leben, die dem eigenen Nationalsozialismus eigentlich entgegensteht. Ihre Rechtfertigung ist kein Argument, sondern eine Feststellung: »Nationale Sozialisten können sich kleiden wie sie möchten und sind in der Gesellschaft verankert wie jeder andere Jugendliche [sic] auch.«[21]

Genauso funktionierte die Übernahme linker Ikonen und Bilder: Che Guevara als popkulturelles Symbol für eine rebellische Attitüde wurde übernommen und erst hinterher mit abstrusen Thesen zu einem rechten Nationalrevolutionär umgedeutet: »Nicht nur Che wäre heute bei uns«. Das Logo der »Antifaschistischen Aktion« wurde ebenfalls übernommen und steht bei den »Autonomen Nationalisten« für wenig mehr als Kampfbereitschaft und Militanz. Irgendwie lässt sich auch das zurechtdeuten: Das faschistische Italien habe schließlich Nazi-Deutschland verraten – darum sei Antifaschismus ein Zeichen von unverbrüchlicher Treue zum Nationalsozialismus. Szeneaussteiger berichten, dass sie als »Autonome Nationalisten« gerne zur antideutschen Elektroband Egotronic getanzt hätten. Deren Songtitel »Raven gegen Deutschland« habe man einfach als Stellungnahme gegen den verhassten Staat BRD etikettiert. Bezeichnend ist auch die Verunsicherung in der Szene über die Kleininitiative »Nationale Sozialisten für Israel«. Die »Nasofi«, die ein Bild von Juden als starkes, wehrhaftes und darum vorbildhaftes Volk zeichneten, waren zwar lediglich eine innerszenische Provokation einer querfrontlerischen Splittergruppe, also nicht ernst gemeint. Doch dies war zunächst im Rest der Szene nicht bekannt und so war man sich selbst unschlüssig, ob es wohl »Nazis gegen Antisemitismus« geben könne – Teilen der eigenen Kameraden wurde das offenbar prinzipiell zugetraut.

Selbstzweifel machen sich breit

Die völlige Freizügigkeit, mit der sich querbeet bedient wird, ist inzwischen selbst einigen »Autonomen Nationalisten« unheimlich geworden, auch wenn sie die Kritik aus anderen Teilen der Szene bislang pfleglich ignorierten.[22] Die Geister, die gerufen wurden, sind nur schwer im Zaum zu halten. In den letzten Monaten häufen sich Stellungnahmen, die »Fehlentwicklungen« beklagen und die selbst propagierte Beliebigkeit in den eigenen Reihen kritisieren. Bereits 2007 hieß es in einem internen Rundschreiben, dass die »Aktionsform Schwarzer Block« »nicht mehr handlungsfähig sei«, da sie zu einem »nutzlosen Lifestyle« verkommen sei. Dies sei beispielsweise deutlich geworden, weil häufig »junge, unerfahrene oder weibliche Aktivisten an Front- und Seitentransparenten« stünden.

Der »Block« soll in dieser Lesart reine Methode sein, jegliche kulturelle Komponente wird verneint. Und doch lobt das Papier sodann wieder die kulturelle Ausstrahlungskraft des »Blocks«: »Primäres Ziel ist es [...] den Protest für nationalen Sozialismus und gegen dieses System auf die Straße zu tragen und die deutsche Jugend zu erreichen, die sich heutzutage einfach nicht mehr nur durch politische Inhalte überzeugen lässt, sehr wohl aber in Verbindung mit unserem Erscheinungsbild, Ausstrahlung von Stärke, Geschlossenheit, Gruppengefühl und kreative Gestaltung von Transparenten davon begeistern lässt«.[23] In der Mobilisierung zur schon erwähnten Jugendzentrumsdemo im Dezember 2008 in Berlin fand sich die Organisationsgruppe vorab genötigt, den eigenen Kameradinnen und Kameraden folgende Auflage zu machen: »Das Unterlassen von jeglicher Symbolik, die mit dem antifaschistischen Widerstand in Verbindung gebracht werden [sic] (Antifafahnen, selbstverständlicherweise Israelfahnen – traurig, das erwähnen zu müssen –, Hammer und Sichel, rote Sterne)«.[24] Bei der Demo selbst wurde ein Flugblatt verteilt, das sich »für den einzig wahren nationalen Sozialismus gegen Verfälschungen und kontraproduktive Erneuerungen« aussprach: »Die Akzeptanz äußerer Erscheinungsbilder ist [..] eine Sache, hingegen schlägt es in unfruchtbaren und zerstörerischen Liberalismus um, auch die politischen Grundsätze und Leitsätze unter diesen Veränderungen leiden zu lassen. [...] Wir lehnen jede Form von antiautoritärem Geschwafel ab und teilen nicht das gestörte Weltbild einer antifaschistischen Subkultur.« In die gleiche Kerbe schlägt eine zum Jahreswechsel im Internet weit verbreitete Erklärung. »Leider scheint es fast so, als wäre es ›cool‹ oder ›in‹, sich gegen Faschismus auszusprechen«, wird analysiert und beschworen, dass es nicht anginge, »Zeichen unserer Feinde« zu zeigen, wenn diese doch »jede Woche gegen uns demonstrieren, unsere Arbeitsplätze vernichten und feige Angriffe gegen unsere Familien oder Wohnhäuser verüben«.[25]

Die Ikone Che Guevara ist bereits seit etwa drei Jahren fast völlig von Neonazidemonstrationen verschwunden. Dabei scheint es sich noch um einen schlichten Wechsel in der Mode gehandelt zu haben. Nun versuchen man-

Autorenkollektiv MP5: NPD vs. »schwarzer Block«, http://de.altermedia.info/general/npd-vs schwarzer-block-autorenkollektiv-mp5-zeitlich-uberfallig-die-ausgrenzungserklarung-des-npd-prasidiums-250807_10904.html, 10.2.2009.

24| Auflagen für die »Jugend braucht Perspektiven«-Demonstration am 6.12.2008, http://nw-berlin.net/index.php?section=artikel&t=aktuelles&id=210, 3.2.2009, Interpunktion und Rechtschreibung korrigiert.

25| Gedanken zum Jahreswechsel, beispielsweise auf http://mittelsachsen.org/?p=692, 3.2.2009 Teile des Textes wurden bereits im April 2008 veröffentlicht. Vgl Brahms, Rainer: Mehr als eine Randerscheinung, in: Lotta #31, Sommer 2008, S. 8-11, hier: 10

26| User A-N-R im Forum vom »Freien Widerstand« am 4.3.2004, nicht mehr online, Groß- und Kleinschreibung korrigiert

27| Sich als »Autonome Nationalisten« bezeichnende Neonazis gibt es inzwischen beispielsweise auch in den Niederlanden, in Tschechien und in Russland.



[1] Der »Autonome Nationalist« sieht sich als antibürgerlicher, revolutionärer Fighter für den Nationalsozialismus.

che »Autonome Nationalisten« jedoch aktiv und öffentlich, ihr Erscheinungsbild wieder einzuhegen – das Exempel, an dem dies vollzogen wird, ist der positive Bezug auf die Antifa. Manche »Autonomen Nationalisten« beginnen in Ansätzen zu verstehen, dass im politischen Feld Symbole und Parolen eben nicht völlig frei verfügbar sind. Wer umdeutet, übernimmt zwangsläufig gewisse Rückstände der ursprünglichen Bedeutung. Fraglich ist, wieweit die Einhegung gelingen kann. Im Konzept der »Autonomen Nationalisten« ist das Schielen nach Links systematisch eingeschrieben. Der Begriff der »Autonomie« ist in die Bewegung geholt und bei allen Verbiegungen ist sein antiautoritärer Kern nicht wegzureden. »Es gibt genug freie Organisationen, die vom Denken her [..] konservativ und hierarchisch aufgebaut sind und sich trotzdem ›frei‹ nennen«, wurde bereits 2004 gegen jegliche formelle wie inhaltiche Beschränkung gewettert[26] – und niemand, der sich »autonom« nennt, kann gegen so etwas glaubhaft Kontra geben.

Wohin es geht

So schnell wird trotz der skizzierten Widersprüche die weiter wachsende und sich inzwischen sogar internationalisierende[27] Strömung der »Autonomen Nationalisten« kaum wieder verschwinden. Sie verändert allerdings den Charakter des Neonazismus. Die ersten »Autonomen Nationalisten« entstammten dem traditionellen Neonazismus der »Freien Nationalisten« und kannten dessen Regeln und Stil aus eigener Erfahrung. Nun, fünf Jahre und somit eine Generation politischen Aktivismus später, haben viele ihre politische Sozialisation komplett in Kreisen der »Autonomen Nationalisten« erlebt. In welche Richtung sich diese jungen Neonazis entwickeln werden, ist noch nicht abzusehen. Immerhin gibt es schon erste Aussteiger, die aus der AN-Szene ohne Umwege in die autonome Linke wechseln wollen. Ihr Tenor: Sie hätten bei den »Autonomen Nationalisten« die Attraktivität »linksradikaler« Politik kennengelernt und noch in der Szene dem Umstieg im Wege stehende »Kleinigkeiten« wie Antisemitismus und Rassismus abschütteln können.

Es existieren zudem Anzeichen, dass sich die durchschnittliche Verweildauer in der Szene verkürzt. Dem relativ großen Zustrom von Jugendlichen steht ein verfrühter Abstrom der Älteren gegenüber. Konzepte für ein Älterwerden in der Szene existieren nicht und wo man dank kultureller und inhaltlicher Diffusität unproblematisch mitmachen kann, kann man sich auch einfacher als vorher wieder zurückziehen.

Die AN-Szene zerfasert derzeit nicht nur wegen ihrer fehlenden inhaltlichen Konsistenz, sondern weil sie an die Grenzen ihrer stilistischen Integrationsfähigkeit als rechte Jugendkultur kommt. Die Formenteignung linker Codes und die dadurch veränderte Selbstinszenierung verändert auch den Habitus der Neonazis. An die Stelle von Gehorsam tritt die als Kreativität mißverstandene reaktionäre Vergemeinschaftung auf Demonstrationen. ■

»Kapitalismus führt zum Faschismus«?

Über die Notwendigkeit, sich mit der Krise zu beschäftigen

Klaus Maler

Klaus Maler ist Gewerkschafter und Mitglied der AG Rechtsextremismus (agrexive) bei ver.di Berlin-Brandenburg

Es ist schon erstaunlich. Da haben wir die größte ökonomische Krise seit dem Bestehen der BRD und man sollte meinen, in den antifaschistischen Medien wimmele es nur so von Diskussionen: »Droht uns ein Erstarken faschistischer Organisationen?«, »Kippt das Klima zugunsten rechtspopulistischer Ideologien?«, »Wer profitiert politisch von der Krise – die Linken oder die Rechten?«, »Was passiert, wenn die Herrschenden die Krise nicht in den Griff kriegen?«.

Die Seiten wären gefüllt mit Reprints von Beiträgen aus den 20er und 30er Jahren – zur Rolle des Faschismus für die Bourgeoisie, über den Klassencharakter der faschistischen Bewegung, zur Frage der Abhängigkeit des Faschismus von der Bourgeoisie und so weiter und so fort.

Doch nichts dergleichen. Kein Rauschen im antifaschistischen Blätterwald. Woran liegt es? Fühlen sich AntifaschistInnen nicht betroffen oder ist das Thema einfach »zu groß« – nachdem sie sich eingerichtet haben in Anti-Nazimobilisierungen und dem Sammeln von Fakten, Fakten, Fakten über jegliche Nazikleinstorganisation?

Ideologisch hatte der Neoliberalismus seinen Höhepunkt bereits vor der Krise überschritten. Dennoch, was wir seit Sommer 2008 als Einbruch in den finanzkapitalistischen Höhenflug erleben, hat sich wohl kaum jemand vor zwei Jahren so vorstellen können. Und das obwohl sich eigentlich jede/r mit einigermaßen normalem Menschenverstand ausmalen konnte, dass es so nicht funktionieren kann: Kurz mal als »Heuschrecke«, zu 90 Prozent über Kredite finanziert, den gesamten kommunalen Wohnungsbestand einer Großstadt schlucken oder eine der größten Tageszeitungen der Bundeshauptstadt aufkaufen und zugleich den Einlegern 20 bis 25 Prozent Rendite versprechen.

Doch was hat das mit mir zu tun, mögen sich manche der Antifa-AktivistInnen fragen? Ja, was haben Klassenfragen mit dem Faschismus zu tun? Ist die antifaschistische Bewegung in weiten Teilen so entpolitisiert, dass sie die sozialen Fragen bestenfalls als Reflex auf die Nazis wahrnimmt – wenn diese sie als »ihre« Themen in die Öffentlichkeit posaunen?

Das Verständnis von den Nazis als Krisenpartei scheint abhanden gekommen zu sein. Stattdessen verharren AntifaschistInnen im Beobachterstatus:. Was machen die Neonazis? Bestenfalls: Was haben die Neonazis zur Krise zu sagen? Das jedoch hilft nur begrenzt weiter. Von denen kommt nämlich nicht viel Neues, warum auch? Von ihrer Seite ist das Wesentliche gesagt: Kapitalismus mit Wohlstandselementen – exklusiv für die »Volksgemeinschaft«. Das Ganze zu verwirklichen über »Ausländer und Juden raus« oder Schlimmeres ...

Doch ein Reflex-Antifaschismus bringt längerfristig nicht weiter. Hilfreich allein ist eine Anbindung an soziale Kämpfe und Bewegungen und die damit verbundene Perspektive einer gerechten und freien Gesellschaft – eben das, was die Neonazis unbedingt verhindern wollen. Die »soziale Frage« wird dann nicht aus der Anti-Haltung gegen die Neonazis heraus beantwortet, sondern auf Grundlage der gesellschaftlichen Perspektiven, die aus der Verkopplung der antifaschistischen Gruppen mit sozialen Bewegungen entstehen. Dies bedeutet dabei keineswegs, den Antifaschismus zur linken Allround-Politik zu erklären.

In der Krise zeigen sich gesellschaftliche Widersprüche nackter und grundsätzlicher. Grund genug für AntifaschistInnen als ExpertInnen in Sachen Faschismus, einige Fragestellungen auch grundsätzlicher zu diskutieren:

- Weder Bundeskanzlerin noch Manager oder Ökonomen trauen sich festzulegen, wie die Krise verlaufen wird. Was machen wir, wenn die Herrschenden die Krise nicht in den Griff kriegen?
- Heute gibt es keine geschlossenen Klassenmilieus wie in den 20er/30er Jahren. Auf welche Schichten und Klassen kann sich der Antifaschismus heute

stützen? Welche sind heute die sozialen Gruppen/Klassen, die gegen den Faschismus immun sind?

• Wo verorten wir heute die Arbeiterklasse? Verglichen mit den 1930er Jahren existiert nur noch ein Bruchteil der industriellen Arbeiterschaft. Es waren aber in erster Linie die organisierten ArbeiterInnen in den Großbetrieben, die gegen das »Gift des Faschismus« immun waren. Wie sieht es heute bei der erheblich demontierten Industriearbeiterklasse aus?

• Wie stark sind faschistische Haltungen bereits in die Mitgliedschaft von Gewerkschaften eingedrungen – die Studie der FU-Professoren Stöss, Zeuner u.a. geben dazu deutliche Hinweise?

• Dann die Frage der Mittelschichten, aus denen sich die Antifa-Bewegung heute wesentlich speist. Die Diskussion über die Rolle dieser sozialen Gruppe wurde in den 1930er Jahren nur verkürzt geführt, eine Ausnahme bildete Fritz Sternberg, Theoretiker der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP). Immerhin hatten die Mittelschichten mit einem Anteil von 40 bis 45 Prozent einen fast so großen Anteil an der Bevölkerung wie die Arbeiterschaft (50%). Schon damals gab es nicht nur den klassischen Kleinbürger, es gab auch bereits die »neuen Mittelschichten«.

Auch heute ist von der »Zerstörung der Mittelschichten« die Rede. Bedeutende Teile des Mittelstandes fühlen sich vom sozialen Absturz bedroht. Wer in Betrieben – unterhalb der Führungsebene – kann sich heute nicht vorstellen, in die Arbeitslosigkeit katapultiert zu werden und alles Erkaufte und Angesparte zur Disposition stellen zu müssen?

Teile des Mittelstands sind heute für rassistische, rechtspopulistische Auffassungen empfänglich – wer ist jedoch aus diesen Schichten für eine Position gegen den Faschismus zu gewinnen? Welchen Bezugspunkt kann es für verunsicherte Mittelschichten heute geben? Anfang der 30er Jahre hätte das für Teile des Mittelstandes die Arbeiterbewegung sein können – wenn diese sich denn zu einer Einheitsfront zusammengerissen hätte. Doch wo könnten heute Angehörige des Mittelstandes vor dem Hintergrund einer veränderten Klassenzusammensetzung ein Gravitätszentrum finden?

• Mit welchen Verschiebungen im rechtsextremen Lager werden wir in der nächsten Zeit zu rechnen haben? Wird eine breitere Verankerung rechter Ideen zu einem stärkeren Rechtspopulismus und/oder Nationalkonservatismus führen? Und damit zu einer Schwächung der offen neonazistischen, »antikapitalistischen« Position à la NPD, die von der Schwäche der extremen Rechten profitiert?

• Grundsätzlicher werden wir uns auch zu fragen haben, wie hoch wir die Gefahr einer Wiederholung des Faschismus einschätzen? Auch die Bourgeoisie hat aus der Erfahrung des Nationalsozialismus gelernt – welche Konsequenzen es nach sich ziehen kann, wenn sie die politische Macht aus der Hand gibt. Nach 1945 kamen klassische faschistische Bewegungen nicht mehr an die Macht, sie fungierten bestenfalls als Wegbereiter oder Juniorpartner von Militärdiktaturen (eine Rolle, die den Nazis Anfang 1933 in Deutschland ebenfalls zugedacht gewesen war). Allerdings etablierten sich Diktaturen nach dem 2. Weltkrieg bislang auch nicht in einer Zerfallsphase des internationalen Kapitalismus.

Es gibt sicherlich noch eine Reihe weiterer wichtiger diskussionswürdiger Fragen. Doch ein Punkt drängt sich vor dem Hintergrund der Krise auf:

Der Antifaschismus wird sich in Zukunft nicht nur auf die Sphäre der politischen Demokratie beziehen können, sondern sich auch mit der Frage der Wirtschaftsdemokratie befassen müssen. Der Neoliberalismus hat versucht, jeglichen Ansatz einer Beeinflussung oder gar Kontrolle der Wirtschaft seitens der Bevölkerung zu unterbinden. Direkt nach der Niederlage des Nationalsozialismus war die öffentliche Diskussion da an einem anderen Punkt: Kaum jemand stellte die Notwendigkeit der Kontrolle der Konzerne in Frage. Dazu war der Pakt der Großwirtschaft mit den Nazis noch zu präsent.

Diese Diskussion gilt es zu beleben: Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie wird dem Antifaschismus den Bogen zum Wirtschaftssektor und zur arbeitenden Bevölkerung schlagen.

Antifaschistische Medien könnten und sollten eine Vorreiterrolle solcher Diskussionen führen und der antifaschistischen Bewegung Impulse und Orientierung geben. So habe ich die Aufgabe des AIB immer verstanden. ■

Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Ein Beitrag des Berliner VVN-BdA

Mit dieser griffigen Losung wird der Schwur der überlebenden Buchenwald-Häftlinge, geleistet am 19. April 1945, wenige Tage nach ihrer Selbstbefreiung, von Generation zu Generation weitergegeben. »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.«

In dieser Tradition sieht sich auch die Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA). Sie gehört mit ihren 14 Mitgliedsorganisationen zu den ältesten und größten antifaschistischen Organisationen in Berlin. Gemeinsam mit Gründungsmitgliedern und vielen Freunden und Sympathisanten begingen wir im Januar 2008 den 60. Geburtstag der Berliner VVN mit einer Festveranstaltung im Berliner Abgeordnetenhaus, auf der u.a. Walter Momper (Präsident des Berliner Abgeordnetenhauses), Prof. Andreas Nachama (Direktor der Stiftung Topographie des Terrors), Petra Rosenberg (Vorsitzende des Landesverbandes Deutscher Sinti und Roma Berlin-Brandenburg) und Prof. Günther Morsch (Stiftung brandenburgische Gedenkstätten) sprachen.

Selbstverständnis

Der Antifaschismus der (Berliner) VVN-BdA begreift sich zuerst und vor allem als antifaschistische Bündnispolitik. Die VVN-BdA Initiative »nonpd« für ein Verbot der NPD mit ihren 175 445 gesammelten Unterschriften hat sichtbar gemacht, dass es in der BRD ein breites antifaschistisches Spektrum gibt und Voraussetzungen zur Schaffung konkreter Bündnisse im Kampf gegen Neofaschismus überall vorhanden sind. Vieles davon mag anlassbezogen und temporär sein, einem Klima, das rechten Meinungen den gesellschaftlichen Rückhalt entzieht, dient es allemal. Es gibt unterschiedliche Zugänge zum Antifaschismus: antikapitalistische, sozialistische, allgemein demokratische, humanistische, christliche, liberale. Sie alle sollen Raum haben in unserer Organisation und in Aktionen mit unseren BündnispartnerInnen. Als VVN-BdA möchten wir diese Positionen immer wieder zusammenführen, was uns nicht immer gelingt. AntifaschistInnen sollen weder als »linksextrem« noch als »bürgerlich« ausgegrenzt werden. Wir unterstützen Aktionsformen und Initiativen, die möglichst viele Menschen einbeziehen. Unsere Idee des Antifaschismus soll und muss breitgefächert und pluralistisch sein, wie es auch der Widerstand gegen den Nationalsozialismus war. Wir wollen junge und alte AntifaschistInnen zusammenbringen – wir können und müssen voneinander lernen. Und wir machen nicht bei den offen faschistischen Positionen der Neonazis halt. Unser Ansatz will keineswegs die gesellschaftlichen Widersprüche negieren, sondern für uns ist Antifaschismus der Gegenentwurf zum Nationalismus, Chauvinismus, Rassismus und Antisemitismus – nicht allein der radikalen Rechten und Neonazis. Und das beschreibt auch die Grenzen unserer Bündnispolitik.

Im Bündnis gegen Nazis

Antifaschismus, der Folgen hat, bedeutet ganz konkret: nicht schweigen, sondern Zivilcourage zeigen und einschreiten, Neonazis, Rassisten und An-



[1]

tisemiten offen entgegentreten. Die VVN-BdA beteiligt sich bundesweit nach Kräften an zahlreichen bundesweiten und lokalen antifaschistischen Bündnissen und Initiativen gegen Neonaziaufmärsche, Neonaziveranstaltungen, Protesten gegen die revanchistischen Vertriebenen-Verbände, gegen die Treffen der Kriegsverbrecher des Kameradenkreis der Gebirgsjäger in Mittenwald. Wir solidarisieren uns mit Aktionen, die für eine Entschädigung der Angehörigen von deutschen Massakern in Italien und Frankreich sowie von italienischen Zwangsarbeitern und sowjetischen Kriegsgefangenen eintreten. Solidarität mit Flüchtlingen und MigrantInnen, die staatlichen Repressionen, rassistischen Sondergesetzen und nicht selten Neonaziterror ausgesetzt sind, ist ein unbedingtes Muss in unserer Organisation. Dass Antisemitismus – nicht nur in der BRD – wieder zu einer Meinung unter anderen zu werden droht, bereitet uns große Sorgen.

Die Berliner VVN-BdA hat sich zum Ziel gesetzt, ihre antifaschistische Bündnispolitik auf allen Ebenen auszubauen. Nebenbei gesagt, das haben wir auch nötig, denn unsere 900 Mitglieder werden nicht jünger. Erfreulicherweise kommen verstärkt jüngere Menschen zu uns, die uns neue Ideen und Aktions- und Tätigkeitsfelder erschließen. Mittlerweile sind wir bei faktisch jeder Antinaziaktion in Berlin vertreten, sei es als TeilnehmerInnen oder als Mitorganisatorin der Proteste. Wir beteiligen uns an ständigen und Anlass bezogenen Antifa-Bündnissen. Dabei haben wir viele Menschen kennen gelernt, und diese natürlich auch uns. Dass es in Berlin mittlerweile zu einem Miteinander von PolitikerInnen, Parteien, GewerkschafterInnen, Jugend-und Kiezinitiativen, unabhängigen Antifagruppen und StadtteilbewohnerInnen kommt, ist eine Entwicklung, die wir begrüßen, auch die politische Reibung, die dabei entsteht. Die Kampagne »Naziaufmärsche blockieren ist unser Recht« findet großen Anklang und hat nach den Blockadeversuchen gegen den Neonaziaufmarsch in Halbe 2006 und in Rudow 2007, in Lichtenberg am 6. Dezember 2008 zu einem schönen Erfolg geführt, als der Neonaziaufmarsch nach der Hälfte der geplanten Strecke umgeleitet werden musste. Es besteht ein gewachsenes Bedürfnis unter vielen BürgerInnen und lokalen Initiativen den Neonazis ganz praktisch »entgegenzutreten«, Zivilcourage zu zeigen, auch da, wo es die Polizei nicht zulässt. Und da BlockiererInnen meist ein juristisches Nachspiel mit Strafbefehlen, Prozessen und Geldstrafen droht, nehmen wir auch den zweiten Teil des Kampagnenmottos ernst: »Keine Kriminalisierung von Zivilcourage gegen Neonazis«. Zusammen mit den Betroffenen organisieren wir eine gemeinsame politische und juristische Verteidigung, mit Veranstaltungen, Unterschriftenlisten, Petitionen, Pressearbeit und Spendensammlungen – gelebte und erfahrbare antifaschistische Solidarität.

nonpd – NPD-Verbot jetzt!

Sehr beunruhigt sind wir, dass die NPD auf Straßen, in Jugendklubs und Parlamenten ihren braunen Ungeist verbreitet, ihre Tätigkeit aus Steuermit- →

[1] Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) überreichte am 12. Dezember 2007 175.000 Unterschriften, mit denen ein Verbot der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) gefordert wird, an den Deutschen Bundestag.

→ teln finanziert und von der Polizei geschützt wird. Die NPD ist nicht nur Schutzschirm, sondern auch Ideengeber, Werteträger und Motor für gewaltbereite Neonazis aller Couleur und damit ein Zentrum neofaschistischer Aktivitäten. Ein Verbot dieser Partei beseitigt sicherlich nicht den Rechtsextremismus, könnte ihn aber nachhaltig schwächen.

Links
vvn-bda.de
berlin.vvn-bda.org
npd-verbot-jetzt.de

Was tun gegen Neonazis? Da gibt es eine klare Antwort: Etwas tun gegen Nazis! Die VVN-BdA setzt seit dem 27. Januar – gedrängt auch durch viele Unterstützer und Sympathisanten – ihre erfolgreiche Kampagne »nonpd – NPD-Verbot jetzt!« fort. Bis zum 8. Mai 2010, dem 65. Jahrestag der Befreiung, wollen wir mindestens »5.000 gute Gründe für ein NPD-Verbot« zusammentragen.

Mitstreiter und Gruppen soll im Internet – aber auch auf traditionellen Wegen – die Möglichkeit gegeben werden, mit persönlichen Stellungnahmen oder anderen Texten, mit Bildern, Plakaten oder auch Musik auszudrücken, warum mann oder frau für ein Verbot der NPD sind, ihre Erlebnisse und Erfahrungen mit Neofaschisten schildern oder in welch anderer Art und Weise das eigene Leben von ihnen beeinträchtigt wird, was man gegen sie getan hat oder tun will. So soll ein ständig wachsendes, nach Landkreisen geordnetes interaktives Lesebuch entstehen. Ein Klick auf die Deutschlandkarte im Internet und jeder – auch unsere Abgeordneten in den Parlamenten – können lesen, was im Kreis Pro-NPD-Verbot gedacht wird.

Wir wollen dazu mit möglichst vielen Menschen ins Gespräch kommen und so die öffentliche Auseinandersetzung mit allen Erscheinungsformen des Neofaschismus befördern helfen.

Wir wollen Neugier wecken, Sichtweisen verändern, Kräfte aktivieren, Argumente sammeln und vermitteln.

Wir wollen Stimmung »gegen Nazis« machen und verfestigen, Menschen ermutigen, sie zu einer konkreten Forderung zu verdichten, nämlich der, die NPD zu verbieten.

Wir wollen Mut machen, Protest gegen die NPD und andere Neonazis auf vielfältige Weise Ausdruck zu verleihen.

Die gewählten Abgeordneten des Bundestages und der Landtage sollen in die Pflicht genommen werden. Wir wollen ihnen deutlich machen, dass die Bekämpfung des Neonazismus – mit dem NPD-Verbot an der Spitze – nicht nur Gegenstand von Sonntagsreden sein darf. Von den Abgeordneten des Bundestages erwarten wir endlich eine Reaktion auf unsere mehr als 175.000 Unterschriften für ein NPD-Verbot.

Die Innenminister sollen zur Beseitigung der Verfahrenshindernisse – die V-Leute in der NPD – gedrängt werden. Wir wollen darüber aufklären, dass V-Leute in der NPD nichts weiter sind als bezahlte Neonazis und das das V-Leute-System de facto zum Schutzschirm der NPD geworden ist.

Gedenken und Erinnern

Die Beschäftigung mit Verfolgung und Widerstand ist ein immer währender Prozess der Annäherung an die Geschichte und an die Handlungsmöglichkeiten von Menschen. All dies schärft den Blick für eigene Entscheidungen und für die Auseinandersetzung mit Neonazismus, Rassismus und Antisemitismus sowie seinen Ursachen. Deshalb setzen wir uns für Gedenk- und Erinnerungszeichen im öffentlichen Raum und für den Auf- und Ausbau regionaler Gedenkstätten ein. So begleiten wir kritisch die Arbeit der Gedenkstätte Köpenicker Blutwoche. Im Gefängnistrakt des ehemaligen Amtsgerichtes in der Puchanstrasse 12 wird dokumentiert, dass die »Köpenicker SA-Standarte 15« vom 21. bis 26. Juni 1933 Mitglieder von KPD und SPD, Juden, Gewerkschafter und Parteilose verhaftete, demütigte, folterte und ermordete. Während die Verfolger und Mörder mit Bildern und Biographien ausführlich dokumentiert sind, fehlen bisher biographische Angaben zu den Ermordeten und Gequälten. Wir erwarten, dass Mitglieder der VVN-BdA in die Überarbeitung der Ausstellung einbezogen und sie wieder Führungen übernehmen können. Wir unterstützten die Initiative von Lichtenberger Schülern, die Biographien von Widerstandskämpfern erforschten, die seit 1973 Namen von Straßen im Fennpfuhl tragen. Seit zwei Jahren sind im Fennpfuhl die Namen der Antifaschisten in aller Munde.

Die »Initiative Stolpersteine für den Arbeiterwiderstand« verlegt in Kooperation mit der IG Metall, ver.di und anderen 50 Stolpersteine für Frauen und Männer aus der Saefkow-Jacob-Bästlein Gruppe, die ermordet oder in der Haft verstorben sind und die bisher nicht mit Straßennamen oder Gedenkzeichen geehrt wurden. Gegenwärtig bereiten wir in Kooperation mit der Gedenkstätte Deutscher Widerstand eine Ausstellung über diese größte Berliner Widerstandsorganisation in den Jahren 1943/44 vor, die Mitte Juni in der Kommode am Bebelplatz eröffnet wird. In Kooperation mit dem Verein »Helle Panke« diskutieren wir Ende Juni auf einer Tagung »Das rote Berlin – Arbeiterwiderstand gegen das Nazi-Regime« über Deside-

rate und werden neue Forschungsergebnisse vorstellen.

Stolpersteine, Ausstellung und Tagung haben das Ziel, den Widerstand von unten, aus der Arbeiterbewegung und dem sie umgebenden Milieu einer größeren Öffentlichkeit bekannt zu machen, Zivilcourage und Entschlossenheit von Menschen zu zeigen, die Nazidiktatur und Rassenwahn überwinden und den Krieg beenden wollten. Berlin zählte zu den Hochburgen von Dissens, Protest und Widerstand in den Jahren von 1933 bis 1945. Kommunisten, Sozialdemokraten, Sozialisten, Trotzkisten, parteienunabhängige Linke, Gewerkschafter und Arbeitersportler stellten den größten Anteil der Berliner Widerstandskämpferinnen und Widerstandskämpfer.

So gedenken wir z.B. regelmäßig in mit zahlreichen Veranstaltungen in verschiedenen Bezirken den Novemberpogromen im Jahre 1938, wir erinnern an das Leben und Sterben von WiderstandskämpferInnen. Am zweiten Sonntag im September knüpfen wir mit dem Fest auf dem Marx-Engels-Forum zum Tag der Erinnerung und Begegnung an den Tag der Opfer des Faschismus an. So sprachen am 9. November in Moabit, der antifaschistische Schriftsteller und Holocaust Überlebende Walter Kaufmann, Vertreter unabhängiger Antifagruppen, der jüdischen Gemeinde und der VVN-BdA.

Mitglieder unserer Organisation brachten den »Zug der Erinnerung« nach Berlin (siehe AIB #79).

Am 8. Mai gedenken wir zusammen mit VertreterInnen des Bezirksamtes am Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park, in der Schönholzer Heide und an anderen Orten der Befreiung vom Faschismus. Am 9. Mai feiern wir mit vielen BerlinerInnen, auch aus der ehemaligen Sowjetunion, unter dem Motto »Wer nicht feiert, hat verloren« den Tag des Sieges über den Faschismus im Treptower Park. Die VVN-BdA bietet Führungen zu ehemaligen Stätten jüdischen Lebens in Pankow, eine Ausstellung und ein Buch zu diesem Thema an. Die Sorge über antisemitische Ausfälle gegen Israel hat uns im vergangenen Jahr dazu bewogen, an den Protesten gegen den Al-Quds-Tag teilzunehmen.

gemeinsam, pluralistisch und solidarisch

Wir wollen und können ein breites Spektrum von Menschen und Initiativen ansprechen. Das macht für uns die Qualität unserer Arbeit aus und dazu sehen wir uns durch die Erfahrungen und auch Fehler des antifaschistischen Widerstands gegen den Nationalsozialismus verpflichtet. »Die Vernichtung des Faschismus mit seinen Wurzeln« und »der Aufbau einer Welt des Friedens und der Freiheit« geht nur gemeinsam, pluralistisch und solidarisch. In diesem Sinne wollen wir auch das jährliche Antifaschistische Jugendtreffen der VVN-BdA im Januar weiter unterstützen und es gemeinsam mit allen Gliederungen der VVN-BdA und TeilnehmerInnen zu einem Diskussions- und Aktions-Forum für antifaschistische (Jugend-) Gruppen, von autonomer Antifa bis Jusos und Grüner Jugend, GewerkschafterInnen und SchülerInnen, aber auch dem Ort der Begegnung der Generationen. Zu all diesen Vorhaben laden wir alle AntifaschistInnen herzlich ein. Wir freuen uns auf eine spannende Zusammenarbeit, gemeinsame Erfolge und kontroverse Diskussionen. Mitglied werden könnt ihr natürlich auch, als Einzelperson oder Gruppe. ■

WAS BEDEUTET ANTIFASCHISMUS HEUTE?

Eckpunkte aus dem auf dem 3. Bundeskongress der VVN-BdA im Mai 2008 beschlossenen Leitantrag:
Antifaschismus heute erfordert, über das Verbrechen Faschismus aufzuklären und dem Neofaschismus und seiner Verharmlosung entgegenzutreten.
Antifaschismus heute erfordert, historische Erfahrungen zu bewahren und Geschichtsrevisionismus zurückzuweisen.
Antifaschismus heute erfordert Kampf gegen Militarisierung und Krieg.
Antifaschismus heute erfordert die Verteidigung demokratischer Rechte und Freiheiten.
Antifaschismus heute erfordert, gegen Rassismus und Antisemitismus vorzugehen.
Antifaschismus heute erfordert, soziale Rechte zu verteidigen und den Sozialabbau zu stoppen.
Antifaschismus heute erfordert das Zusammengehen in breiten Bündnissen aus Organisationen, Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen Gruppen und Initiativen.
Antifaschismus heute bedeutet auch, die VVN-BdA als antifaschistische Organisation zu stärken.

ANKÜNDIGUNG 9. MAI 2009:

Fest am 9. Mai 2009 in Berlin unter dem Motto: »9. Mai – Tag des Sieges: Wer nicht feiert, hat verloren!«
Parkplatz am Rosengarten (Nähe S-Bhf Treptower Park), Puschkinallee, 12435 Berlin

Weitere Infos: www.9-mai.tk

Auf ewig unverstanden ...

Einige Anmerkungen zum Phänomen »Böhse Onkelz«

Die Frage ist in Diskussionen über rechte Musik so sicher wie das Amen in der Kirche: »Darf man Böhse Onkelz hören?« Oft ist es die Lehrerin, die zwar »keine Rechten« in der Klasse hat, aber Onkelz-Fans. Sie kann beruhigt sein: Man darf heute Onkelz hören, bzw. man muss Onkelz hören dürfen. Schließlich seien die Texte nicht mehr neonazistisch, die Band habe sich davon distanziert und wer will den Zensor und Spaßverderber spielen und mit moralisch erhobenem Zeigefinger vor einer Popband warnen?

AntifaschistInnen aus Frankfurt/Main, 2003

So dröhnen die Onkelz heute durch Sturmkneipen neonazistischer No-go-Areas, durch soziokulturelle Zentren und durch das kulturbewanderte Publikum bei der Verleihung diverser Musikpreise, für die die Onkelz nominiert waren. Man kann mit Onkelz-Shirt durch Berlin-Kreuzberg gehen, aber auch zum Kameradschaftsabend oder auf eines der »Anti-Rassismus-Festivals«, auf denen die Onkelz dann und wann auftraten. Die Idee, den Einfluss der Band zu nutzen, um »Jugendliche vom Rechtsextremismus wegzubekommen«, wurde um 1993 von Daniel Cohn-Bendit (Grüne) hoffähig gemacht, der schleifte Bandleader Stephan Weidner ins Frankfurter Kulturamt, wo die beiden vom Konzertveranstalter Marek Lieberberg allerdings die Köpfe gewaschen bekamen. Weidner ist ein Medienprofi und sein Erfolgsrezept ist, immer so zu tun, als wäre er keiner. Zielsicher fabuliert er über das »Leben auf der Straße« und beeindruckt seine Umgebung mit Authentizität. So auch 1993 beim Alice-Schwarzer-Interview, seine rotzig-trotzige Art und sein so verletzlich wirkender Machismo brachten sie dazu, das Bild des großen Jungen mit rauher Schale und weichem Kern zu zeichnen: »Jungs, die es schwer hatten«, die »mal Scheiße gebaut haben«. Die Emma-LeserInnen waren gerührt und die Onkelz-Fans konnten einen Artikel mehr in ihre Sammlung heften, in dem es Weidner allen gezeigt hat. Der Popkultur-Fachautor Klaus Walter hat das schlimme Wort »Rechts-Anarchisten« für die Onkelz kreiert. Zumindest was die Anfangsjahre der Band betrifft – hat er recht. Die Band ist ein Produkt des Frankfurter Milieus der späten 1970er Jahre, einer Zeit und einer Stadt, in der alles furchtbar liberal wurde. Die Hippies waren in die Institutionen marschiert und die Eltern wollten die Freunde ihrer Kinder sein. Harte Zeiten für rebellische Attitüden. Punk war Provokation, doch wie lassen sich Leute provozieren, die selbst die derbsten Ausdrücke und Frisuren ganz dufte finden? Da mussten Hitlergruß und Hakenkreuz her. Das Frankfurt der frühen 1980er Jahre war die Stadt der Nazipunks und die waren der Nährboden für Bands wie die Onkelz. Als die (Neonazi)Skinwelle nach Frankfurt schwappte und etliche Punks sich die Haare abrasierten, waren die Onkelz ganz vorne dabei. Nach einigen Dienstjahren als Pioniere für den Neonazirock beschlossen sie, Rockstars zu werden. Dann und wann, ab ca. 1988, wenn »alte« Geschichten aufgewärmt wurden, begannen sie sich von ihren »alten« Liedern, ihren »Jugendsünden« (Weidner), zu distanzieren. Gleichzeitig wurden Index und Boykott zu Werbeträgern für ein Underground- und Underdog-Image. Die eigentlich teils aus dem Taunus und Aschaffenburg kommenden »Frankfurter Jungs« wurden schließlich Rockstars und eröffneten einen kulturellen Straßenmarkt mit Selbstbedienung. Ob Proll, Rocker, Heavy Metal, Hooligan oder Neonazi – uniformiert mit einem B.O.-Tour-Shirt verschwimmt alles zu einer ganz eigenen Ästhetik und Identität. Sie sagt uns, dass die ganze Welt unser Feind ist und dass die Stadt dennoch uns gehört, wenn wir vor Konzerten die Hauptbahnhöfe belagern und uns laut im Chor singend fragen »WAS GIBT ES SCHÖNERES ALS EIN ONKEL ZU SEIN«. Die Onkelz sind Pop und Polarisierung. In einer Debatte um die Onkelz kann man nahezu nichts richtig machen, das Thema zu



vermeiden, bedeutet die antifaschistischen Jugendlichen zu verprellen, die völlig zu Recht wissen wollen, warum die meisten ihrer »Schul-Faschos« in einer Frühphase als Onkelz-Fans rumgelaufen sind. Onkelz als eine rechte Scheißband zu bezeichnen, führt zu entrüsteten Onkelz-HörerInnen, die nicht in irgendwelche Schubladen gepackt werden wollen. Der Versuch »rechts« als nicht gleich »neonazistisch« zu beschreiben und zu erklären, dass »rechts sein« nicht nur eindeutige politische Statements beinhaltet, sondern sich auch als Lebensgefühl definiert, führt zu verständnislosen Blicken derer, die sich sonst schnell auf ihr »Gefühl« berufen. Ein »rechtes Lebensgefühl« definiert sich nicht nur über Wir-Identitäten aus Macht und Masse. Diese finden sich mehr oder weniger ausgeprägt auch in anderen Jugendkulturen und sozialen Bewegungen. Es ist darüber hinaus die Konstruktion gesellschaftlicher Ausgrenzung einhergehend mit der Heroisierung von Gewalt, des Sich-Wehren-Müssens, einem verabsolutierten Freund-Feind-Dualismus und permanenter Selbststilisierung, die Täter zu Opfern erklärt. Wenn dahinter das deutsch-nationale Ausrufezeichen gesetzt wird, dann ist die Affinität zu extrem rechten Denkmustern weitgehend hergestellt. Dies wird gekoppelt mit einer Musik, die nach Schema F funktioniert, dort herrscht Klarheit. Überraschendes, Verstörendes findet nicht statt. Die oft langsameren und weinerlichen Strophen verteilen die Schuld gleichmäßig auf alle, die nicht zu »uns« gehören. Der brachiale Refrain bricht das Klagelied auf, gibt den Konsens »Jetzt erst recht« aus und reißt die Zweifelnden und Zögernden mit. Die wiederkehrenden Sequenzen, in denen von »Onkelz« und »Wir« die Rede ist, sind explizit zum Mitgrölen und Fäuste-Recken gemacht. Wer die »überzeugten« jungen Böhse Onkelz-Fans im Hinterland kennenlernte, traf keine Neonazis. Vielmehr sind es sogar irgendwie sympathische Verlierer, die den Fuß nicht aufs Trittbrett gekriegt haben, als es darum ging, die Welt zu ergründen. Auch ihre Onkelz-Fanclubs scheinen keine soziale Netzwerkfunktion zu haben. Was ist Spaß? »Mit Kumpels rumhängen und Onkelz hören.« Die selbstgewählte Tristesse wird als »viel« empfunden, die eigene Gruppe und das Feindesland bieten Selbstvergewisserung und Orientierung. »ICH WILL, DASS IHR MICH HASST, DENN EURE FEINDSCHAFT MACHT MICH STOLZ.« Tatsächliche Antworten auf schwierige Fragen zu suchen – auf dieser Ebene bewegt sich keine schlichte Straßenweisheit. So singen die Onkelz von einem Leben, das jeder kennt, oder zumindest glaubt zu kennen. Der alltägliche, todlangweilige Normalzustand wird mit Pathos zubereitet, mit Mythen umhüllt und erscheint auf einmal als pralles Leben. Sie geben das Gefühl, selbst in schlichtester Doofheit etwas Besonderes zu sein. »DIE STUNDE DES SIEGERS KOMMT FÜR JEDEN IRGENDWANN.« Die Geschichten von Verlierern, die in Wahrheit Gewinner sind bzw. es irgendwann sein werden. Der typische Vertreter seiner Zunft ist eben kein »Kind der Straße«, eher ein Langweiler aus stinknormalen Verhältnissen, für den der Patch des Onkelz-Fanclubs die Bescheinigung seines ganz persönlichen Ausbruchs, sein Rebellen-Ausweis ist. Einer der mit verklärtem Blick auf »die Straße« sieht, auf all die imaginären Schlachten, die ihn zum Mann machen werden – und der zutiefst dankbar dafür ist, dass der individuelle Ausbruch postwendend zum Marsch in eine grölende, sinnentleerte Masse wird. Außer Wir-Gefühl wird dort nichts geboten, aber er wird dort nicht gefordert werden. Es braucht keine Eigeninitiative, keine Kreativität, keine Sinnsuche, um dabei zu sein. So funktionieren die Onkelz als rezeptfreie Antidepressiva für postpubertäre Komplexe und Machophantasien. Sie erzählen alles, was du hören willst und haben nichts zu sagen. Sie sprechen einen ganz persönlich an und gleichzeitig eine anonyme Masse. So wird streetcredibility gemacht. Gegen wen geht es außer gegen deutsche Fußballgegner oder AntifaschistInnen, die angeblich nicht besser sind als Faschisten? »GEGEN EUCH UND EURE STAATSGEWALT«. Doch wieviele können schon die Staatsgewalt leiden und wer ist »euch«? Sind es die →



Liberalen, die Rechten, eine halluzinierte jüdische Weltverschwörung? Nichts wird gesagt, also kann man sich was aussuchen. Wer ist noch fies zu »uns« außer den »Euchs« und der Staatsgewalt? Die Medien. »GLAUBT NICHT IHRE LÜGEN«, mit derartigen Pappschild-Parolen hampeln auch gern Neonazis wie Frank Rennicke über den Kartoffelacker und auch linke Blätter würden es kaum anders ausdrücken. Was die Onkelz sind außer Böhse Onkelz, was sie eigentlich wollen außer »Onkelz« sein und »TUN WAS UNS GEFÄLLT«, das bleibt im Dunkeln. Das ist das Erfolgsrezept. Die Frage ist jedoch nicht die, wie dieses Blabla interpretiert werden kann, sondern wie es interpretiert wird. Vor welcher Inszenierung findet es statt? Welche Ästhetik ist damit verbunden? Wer ist die Zielgruppe? Und vor allem: Welche gesellschaftlichen Utopien sind daran gekoppelt? Womöglich keine? Dann wird es schwer, jemanden zu finden, der das Geschwafel für sich fortschrittlich interpretiert. »DIE IRONIE MIT DER WIR SPIELEN, DIE IHR SO SCHWER VERSTEHT« – Nächste Variante: Alles halb so wild, ist alles nur spaßig gemeint. Das Problem daran: Keiner versteht es - weder »wir« noch »ihr«.

Das bekannte Onkelz Anti-Totalitarismus-Lied OHNE MICH von 1998 war kein wirklich ernsthafter Versuch, Licht ins Dunkel zubringen, obgleich Textzeilen wie »SCHREIT KEINE BLINDEN PAROLEN«, gerichtet an die »rechte Adresse«, außergewöhnliche Schärfe zu haben schienen. Im ersten Teil des Liedes wird inhaltlich flach gegen die »Antifa« gesungen, im zweiten Teil wird der »rechten Adresse« was auf die Fresse angeboten. Interessant war deren Reaktion. »Was haltet ihr von der neuen Onkelz-CD?« fragt die Frankfurter Neonazigazette Bembelsturm zwei Neonazibands. »Man kann sie mögen oder auch nicht, aber die sind halt verdammt gut. Schade nur, dass Sie es immer wieder nötig haben ihre Alibilieder zu bringen und wohl doch nicht so geradeaus zu sein scheinen« meint die Gruppe Reinheitsgebot. »Verdammt gut« – okay, der Geschmack von Neonazis ist kein Kriterium, aber »die Onkelz scheinen wohl doch nicht so geradeaus zu sein«. Erkenntnisse von Neonazis im Jahr 1999. Der Frontmann der Neonaziband Ruhrstörung hat »natürlich auch die neue der Frankfurter Bastarde« und geht mit ihr härter ins Gericht: »Weidner hätte sich ruhig eins der Lieder sparen sollen. Meiner Meinung nach wird sie noch Ärger nach sich tragen.« Oho, ist Ärger im Busch? Werden die Neonaziskins das nächste Onkelz-Konzert auseinander nehmen? Spaß beiseite, das würden sie schon alleine wegen der Hells-Angels-Security nie wagen. Da wird kurz mal aufgeplustert und ein paar Seiten später ist die Luft schon wieder draußen. »Ich finde das Lied auch nicht sonderlich gut, aber mich betrifft es nicht, denn ich schreie keine sinnlosen Parolen« meint Bembelsturm-Herausgeber Patrick Prokasky, der den Text nicht mal richtig gelesen hat, in seinem Erlebnisbericht über das Onkelz-Konzert in der Frankfurter Festhalle 1999 und der Groschen fiel durch die weiten Gaue des Reiches. Es ist die Person Prokasky, die diese Anekdote würzt: In Frankfurt der Inbegriff neonazistischer Dummheit und doch war er derjenige, der die Textzeile als erster zu interpretieren wusste. Die anderen Kameraden hatten offenkundig schon verinnerlicht, dass ihre Parolen »blind« sind. Der eine Teil der Neonazis beschimpft die Onkelz als Verräter, der andere Teil rennt fleißig auf die Konzerte. Da wird die Politik mal außen vor gelassen, um alte Kameraden zu treffen, über alte Zeiten zu klönen und um sich über den Rest der Fans, laut Prokasky »verpickelte Teenies«, lustig zu machen. Die Anzahl derer, die über die »Verräter« schwadronieren und dann doch aufs Konzert rennen, dürfte dabei ähnlich hoch sein, wie die Anzahl »völlig unpolitischer« verpickelter Teenies. Das, was sich intern voneinander abgrenzt, konstruiert sich augenblicklich als

homogene Einheit, wenn Außenstehende dazu stoßen: Passantinnen oder gar ein Fotograf (»Judenpresse auf die Fresse«), der es wagt, das Schauspiel auf Bild festzuhalten. Beim Böhse-Onkelz-Supporter-Treffen 2001 in der Jahrhunderthalle in Höchst, gibt's die Onkelz zum Anfassen, Fans fragen, Popstars antworten. Eine der Fragen ist, ob sie sich nicht mal darum kümmern wollten, dass ihre alten (Neonazi-) Lieder vom Index kommen. Die Onkelz lavieren herum: Äh, das wäre ja aufgrund der Medienhetze wohl nicht von Erfolg gekrönt. Es ist die alte Leier: Schuld sind immer die anderen, eigene Schuld oder wenigstens Verantwortung gibt es nicht. Was nicht mal annähernd kommt ist die Ansage: »Wir verzichten darauf, die Lieder vom Index zu holen, weil wir die Lieder nicht mehr spielen, weil die Lieder Scheiße waren und Scheiße sind«. Es wäre auch gelogen. Schließlich haben sie knapp zwei Jahre zuvor per Antrag versucht, die »alten« CDs vom Index zu kriegen. Am Ende sind alle zufrieden: »Alles in allem war es eine tolle Veranstaltung« resümiert »Ariovist« im Neonazimagazin »Der Ruf nach Freiheit« das Event. Einen Moment lang herrschte jedoch Aufregung in der Neonaziszene, ausgerechnet Sänger Kevin Russell, extrem rechter Frontmann vergangener Zeiten, der einst durch Sprüche wie »auch wenn ich Engländer bin, ich bin stolz darauf, Deutscher zu sein« zum running gag avancierte, soll bei einem Konzert einen NPD-Flugblattverteiler höchstpersönlich verprügelt haben. Verwirrung ist angesagt. Bei den stramm rechten Onkelz-Fans als auch bei Frankfurter Antifaschisten. Der Russell, der 1998 dem Blood & Honour-Neonazi Michael Hansen, der Ärger mit seinen Kameraden bekam und aus Offenbach wegziehen musste, eine Bleibe in seiner Hinterhof-Wohnung in der Frankfurter Ostendstraße bot, aus der dann der Skrewdriver-Sound zuweilen bis auf die Straße dröhnte? Doch Russell sagt es selbst: »NICHTS IST FÜR DIE EWIGKEIT, NICHTS IST WIE ES WAR, NUR VIER JUNGS AUS FRANKFURT SIND SCHON LANGE, LANGE DA ...« Ein kritischer Rückblick auf die eigene Geschichte? Mitnichten. Die Vergangenheit wird von der Band akzeptiert als ein Teil ihrer selbst. Neonazismus wird in unseliger Sozialarbeiter-Tradition als pubertäres Über-die-Stränge-Schlagen verharmlost und zwischen den Zeilen kokettiert man damit und gibt zu verstehen: »wir waren richtig hart drauf« und schränkt ein »wohl ein bisschen zu hart«. Die »alten« Lieder sind Teil der Onkelz und werden es bleiben, solange die Böhsen Onkelz Böhse Onkelz heißen, dem Hörer liefern sie die Extraportion underground. So können Lieder wie TÜRKENFOTZE KAHLRASIERT weiter im CD-Player »unpolitischer« Jugendlicher landen und Neonaziversände weiterhin Onkelz-CDs anbieten. Die Onkelz als Boygroup für den germanischen Grobmotoriker blieben beim Achseln zucken, um umgehend ein neues Wir-sind-wir-Liedchen zu reimen.



Auf ewig unverstanden

Man kann seitenlang lamentieren, Anekdoten erzählen, sich die Haare raufen, erklären und analysieren, viel weiter wird man damit nicht kommen. Vielleicht weil die Onkelz doch nur ein Produkt des Mainstreams im vergangenheitsbewältigten Deutschland sind – und auch des Vakuums, das der subkulturelle Niedergang der Linken hinterlassen hat. Deutschpunkbands finden sich in den Feuilletons und in der Harald-Schmidt-Show und verkörpern das Bild des gutgelaunten und gesellschaftskritischen Berufsjugendlichen. Sie sind zwar deutsch, aber sie sind gut. Die Böhsen Onkelz hingegen sind deutsch und böse. Wie auch Rammstein oder Joachim Witt. Deutsch sein ist Trend, Böse sein ist Nervenkitzel. Was die Berliner Stadtzeitung Zitty über Witt schreibt, lässt sich bruchlos auf die Onkelz übertragen. Dies zu »hören und dafür verachtet zu werden, verschafft einen ähnlichen Kick wie der sonntägliche Spaziergang mit einem nicht angeleinten Kampfhund über den Kinderspielplatz: Hauptsache, irgendjemand regt sich drüber auf.« So stricken die Underdogs, mittlerweile Millionäre mit Wohnsitz in Irland, weiter an ihrer Legende. »GLAUBST DU ALLES, WAS ICH SAGE, GLAUBST DU, DU WEIßT WER ICH BIN? STELLST DU NIEMALS FRAGEN, WARUM WIR WURDEN WIE WIR SIND?« Die Aura des Ewig-Unverstandenen ist die Kapitalanlage, in die unbeirrt weiter investiert wird. Es ist grotesk. Denn die Fragen wurden nun schon tausendmal gestellt – mal sachlich, mal emotional, mal ruhig, mal fordernd. Doch als Antwort gab's immer nur krudes Wir-sind-wir-Gebrabbel. Denn würden sich die Onkelz auch nur eine Minute ernsthaft mit dieser Frage beschäftigen, dann wäre dies das Ende von ihrem Mythos. Das allerdings wäre auch das Ende des Phänomen Böhse Onkelz. ■

Der »Behemoth« von Franz Neumann

Franz Neumann versucht den Nationalsozialismus in seinem strukturanalytischen Werk »Behemoth« als Unstaat und Ungeheuer für Außenstehende begreiflich zu machen.

Dieser Artikel ist der sechste Teil der Reihe »Faschismustheorien. Erklärungen des NS«.

Fabian Kunow

Im Jahr 1942 veröffentlichte der Jurist und Politologe Franz Leopold Neumann im amerikanischen Exil die erste Ausgabe des Behemoth. 1944 folgte die um quasi ein neues Buch erweiterte zweite Auflage des Behemoth in den USA und England. In deutscher Sprache erschien das Buch 1977 mit dem Titel »Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933 – 1944.« Der Behemoth wurde aufgrund seiner analytischen Schärfe und seines Faktenreichtums zur »Bibel des OSS[1]« bei der Bewertung des Feindes: Des nationalsozialistischen Deutschlands.

Namensschöpfung des Behemoth

Der Name Behemoth entspringt der jüdischen Mythologie. Behemoth ist das Ungeheuer, welches mit Leviathan bis zum Untergang kämpft. Leviathan ist das zweite Ungeheuer der jüdischen Mythologie, sein gleichnamiges Werk verhalf dem englischen Staatstheoretiker Thomas Hobbes zur Prominenz. Der Leviathan war das erste Werk der Neuzeit, welches die Idee eines Staates mit entsprechenden Rechten und Pflichten des Einzelnen enthielt. Es entstand vor dem Hintergrund des grausamen englischen Bürgerkrieges (1642–1649), der zu regellosen chaotischen Zuständen auf der Insel führte.

Der Titel lehnt sich an das biblisch-mythologische Seeungeheuer Leviathan an, vor dessen Allmacht jeglicher menschliche Widerstand zerstört werden muss. Eine ähnliche Rolle kommt in Hobbes absolutistischem Politikverständnis dem Staat zu, der damit zum Gegenstück des durch das Ungeheuer Behemoth personifizierten Naturzustandes wird. Hobbes geht von einem Naturzustand aus, in dem die Menschen ohne Gesetz und ohne Staat leben und daher mittels des Naturrechts jeder Alles beanspruchen kann. Im Naturzustand herrscht ein »Krieg aller gegen alle«, in dem »der Mensch [...] dem Menschen ein Wolf [ist]«.

Im Behemoth versuchte Neumann die Wirklichkeit wie die Ursprünge des NS zu erfassen und verständlich zu erklären. Sein Fazit: Der Nationalsozialismus ist ein aus einem bürgerlichen Staat gewordenes Ungeheuer, welches mit den damals herkömmlichen politikwissenschaftlichen, staatstheoretischen Kategorien nicht zu fassen sei.

Neumann geht hier weiter als sein ehemaliger Sozius Ernst Fraenkel, der die Herrschaft des NS als eine doppelstaatliche[2] (vgl. AIB #79) darstellt. Im Behemoth finden sich trotzdem Material und Beobachtungen aus dem »Doppelstaat« Fraenkels wieder. Für Fraenkel, dessen Werk auf Material basierte, das er während der ersten Jahre des NS noch im Land sammeln konnte, ist die Herrschaft im NS, wenn auch doppelstaatliche, noch immer eine staatliche. Neumann spricht dem deutschen Nationalsozialismus – anders als dem italienischen Faschismus – den Begriff Staat ab. Deshalb spricht er nicht vom »totalen Staat« oder »totalitären Staat«, der alles durchdringt, wie im faschistischen Italien, sondern von einem »totalitären Pluralismus«. Die gesellschaftliche Organisationsform der Herrschaft des NS ist für Neumann

etwas anderes als ein Staat. Die Unterschiede zwischen sich und Fraenkel erklärt er unter anderem damit, dass Fraenkel bei seiner Strukturanalyse »Der Doppelstaat« nur die ersten Jahre des neuen Regimes beachten konnte.

Der NS kein Staat?

Staatlichkeit bedeutet für Neumann »die Herrschaft des Gesetzes«[3], die von einem einheitlichen Akteur, der mit den entsprechendem Gewalt- und Zwangsapparaten ausgestattet ist, umgesetzt wird. In Nazi-Deutschland gibt es aber kein monolithisches Machtsystem. Es gibt viel mehr verschiedene Akteure, die ein Herr-Knechtverhältnis über die Gesellschaft ausüben: Die Partei/Bewegung, die Wehrmacht, die alte Staatsbürokratie sowie die Monopolwirtschaft. Neumann fasst zusammen: Im Polizei- und Jugendbereich ist die Partei unabhängig, überall sonst steht der Staat über der Partei. Die Wehrmacht ist auf vielen Gebieten souverän, die Bürokratie bleibt unkontrolliert, und die Industrie konnte zahlreiche Stellungen erobern[4].

Widersprüche zwischen diesen drei Akteuren auf den ehemaligen hoheitlichen Gebieten des Staates werden nicht auf allgemein verbindliche Weise gelöst, sondern mittels Führerbefehl mal so mal so[5] entschieden oder über das Mittel des Terrors ausgetragen.

Neumann beobachtet in den späteren Jahren des NS, dass sich Wehrmacht, Monopolwirtschaft und Partei/Bewegung gegen die alten staatlichen Bürokratiestrukturen durchsetzen und so noch weiter Recht und Gesetz als allgemein verbindliche Maßstäbe zerstört werden. Es herrscht so die pure Willkür eines »Unstaats«, der zusammengehalten wird von »Praktikern der Gewalt« (Neumann). Diese fallen auch sofort übereinander her, wenn sich die Gelegenheit ergibt. Auch vor Mord als politischem Instrument in den eigenen Reihen wird nicht halt gemacht.



[1] Der Jurist und Politologe Franz Neumann veröffentlichte 1942 sein Werk »Behemoth«.

Als Beispiel für das Rückdrängen der alten staatlichen Strukturen in der späten Phase des NS gibt Neumann beispielsweise an, dass nicht mehr die alten föderalen Grenzen innerhalb des Deutschen Reiches galten, sondern die Territorien der Parteigaue als Einteilungskriterium eingesetzt wurden. Der NSDAP und ihrer Stellung widmet Neumann im Behemoth mehrfach ganze Kapitel.

Wenn der Nationalsozialismus kein Staat ist, kann auch nicht von einer »Verselbständigung der Exekutivgewalt« gesprochen werden, mit welcher die marxistische Faschismustheorie auf Basis der Bonapartismustheorie (Vgl. AIB #75) versucht die faschistische Herrschaft zu erklären. So trat Neumann bewusst den Faschismusdefinitionen der ersten Stunde entgegen[6].

Staatskapitalismus vs. totalitärer Monopolkapitalismus?

Das 1933 über Genf ins amerikanische Exil emigrierte Institut für Sozialforschung war weniger homogen, als die Synonyme »Frankfurter Schule« bzw. »kritische Theorie« es glauben machen. Die Spaltung verlief am nicht nur biographischen Außenseiter Franz Neumann. Es ging um die für alle aus →

1| OSS: Office of Strategic Service; militärischer Auslandsgeheimdienst der USA während des II. Weltkrieges. Das OSS war eine Vorläuferorganisation der CIA.

2| Fraenkel sieht den nationalsozialistischen Staat in einen »Normenstaat« und einen »Maßnahmenstaat« zerfallen. Im alten Normenstaat läuft alles weiter in geregelten rechtstaatlichen Bahnen, während im Maßnahmenstaat die Willkür der politischen Ambitionen der Nazis regiert. Im Zweifelsfall steht der Maßnahmenstaat über dem Normenstaat

3| Vgl. Neumann S. 541

4| s.o.

5| Im Englischen: day-to-day

6| Die beiden Marxisten Otto Bauer und August Thalheimer hatten Ende der 1920er, Anfang der 1930er Jahre Faschismus als „Verselbstständigung der Exekutive" in der Krise definiert.

7| Vgl. Dubiel; Söllner S. 16

dem Marxismus stammenden Wissenschaftler entscheidende Frage: Die Stellung der Ökonomie in der eigenen Theorie.

Der Institutsdirektor Friedrich Pollock sah wie Max Horkheimer im NS einen Staatskapitalismus. Der Staatskapitalismus, ob im demokratischen, oder autoritären, diktatorischen Gewand, stellt nach Auffassung ihrer Verfechter eine neue gesellschaftliche Stufe im Spätkapitalismus dar. Nicht mehr der Markt war zentraler Ort der Ökonomie, sondern der Staat als Planer, Arbeitgeber und Absatzort. Diesen sahen sie im NS mit seinem Kriegsprogramm verwirklicht. Ein Staatskapitalismus könne aber auch unter Friedensbedingungen die an ihn geknüpften Erwartungen erfüllen.

Pollock sah mit seinem idealtypisch entworfenen Konstrukt eines Staatskapitalismus, ebenso wie Horkheimer und Theodor Adorno, in einem voll entwickelten faschistischen System das vom Marxismus behauptete Primat der Ökonomie über die Politik tendenziell abgeschafft[7].

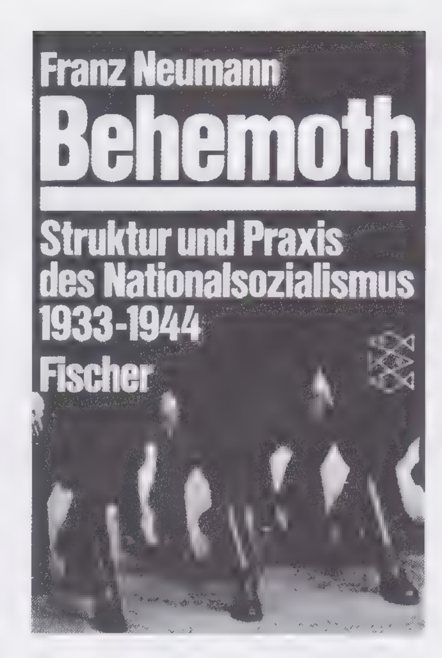
Neumann wie A. R. L. Gurland und Otto Kirchheimer vertraten hingegen eine orthodoxe, traditionell marxistische Linie. Gurland und Kirchheimer steuerten zum Behemoth entsprechende Teile über die Ökonomie bei. Sie sahen in dem im NS verwirklichten »totalitären Monopolkapitalismus«, nur eine konsequente Entwicklung der aufgrund der Gesetzmäßigkeiten des Kapitalismus notwendigerweise entstehenden Monopolkapitalisierung. Die staatlichen Interventionen im NS beschleunigten diesen Prozess der Monopolkapitalisierung, waren aber nicht dessen Ursache. Auch ohne die Herrschaft des NS wäre die Monopolkapitalisierung vorangeschritten. Was zeige, dass Staat, NSDAP und Wirtschaft unterschiedliche Akteure blieben und nicht in eins fielen, wie in der These vom Staatskapitalismus angenommen wird. Der NS bleibt so bei Neumann & Co Vollstrecker des Kapitalismus und wird nicht zum Postkapitalismus wie bei den anderen Vertretern der »Kritischen Theorie«.

Warum heute noch den Behemoth lesen?

Wenn Neumann die Ursachen für die Entstehung der Herrschaft des Nationalsozialismus auflistet, sind es die, die auch heute noch als die Entscheidenden gelten: Die alten antidemokratischen Strukturen des Kaiserreiches, die weiterwirkten in Verwaltung, Militär und Administration, Monopolisierungstendenz und Kartellbildung, strukturelle Schwächen der Institutionen des Regierungsgebäudes der Weimarer Republik, die Schwäche der organisierten Arbeiterbewegung und Gewerkschaften, als es darauf ankam.

Neumann beschäftigt sich ausführlich mit der Theorie des Juristen und Vordenkers der Nazis Carl Schmitt. Gerade Neumanns Auseinandersetzung mit Carl Schmitt ist heute noch interessant, da die meisten Ex-Linken, welche heute bei der extremen Rechten zu finden sind, über die Beschäftigung mit Schmitt das Ticket für diese Reise lösten. So bleibt die Kritik von Neumann an Schmitt noch heute aktuell.

Aber nicht nur Carl Schmitt findet sich im Behemoth wieder, sondern auch Hegel, Marx und Weber. Hier macht sich bemerkbar, für wen der Behemoth geschrieben wurde: Für in der liberalen Denke verhaftete US-Amerikaner und Engländer. So wird der Behemoth auch zum Einführungs- und Geschichtsbuch für Philosophie, Kritik und Soziologie aus Deutschland.



Den Behemoth als »Nicht-Jurist« zu lesen ist oft kompliziert. Die rechtstheoretischen Abhandlungen sind ermüdend und das empirische Material auf den hunderten von Seiten erdrückend. Aber man lernt über die Theorie, Wirklichkeit und Entwicklungswege des nationalsozialistischen Deutschlands so viel wie in kaum einem anderen Buch. Neumanns Freund Fraenkel spricht daher zu Recht von der ersten »Enzyklopädie des Nationalsozialismus«. Nicht zufällig genießt Neumann daher Ansehen von dem rechten Historiker Ernst Nolte (für den der Faschismus eine abgeschlossene Epoche ist) bis zu antideutschen Autoren, die mit den Konstruktionen im Behemoth versuchen dem heutigen Iran nachzuweisen, dass dieser Staat vergleichbar ist mit dem Deutschland von 1933–1945. ■

FRANZ LEOPOLD NEUMANN

Franz Leopold Neumann wurde am 23. Mai 1900 in Kattowitz als Sohn einer jüdischen Familie geboren. Als Student nahm er an der Novemberrevolution 1918 teil. Neumann war Mitglied eines Arbeiter- und Soldatenrates. Ab 1918/19 schlägt er aber einen reformistisch-legalistischen Weg ein und tritt der SPD bei. Er studiert in Frankfurt Jura. Sein Interesse gilt rechtssoziologischen Fragestellungen. Von 1928–1933 arbeitet er in Berlin in Sozietät mit Ernst Fraenkel als Rechtsanwalt mit Schwerpunkt Arbeitsrecht. Neumann vertritt die ADGB-Gewerkschaften. Von 1928 an lehrt er an der Deutschen Hochschule für Politik in Berlin und arbeitete als Rechtsberater des Vorstands der Sozialdemokratischen Partei, deren Syndikus er wird. Auch nach dem 30. Januar 1933 tritt er weiter für die juristischen Belange der SPD ein, zuerst noch in Deutschland, dann aus dem Londoner Exil, in welches er im Frühling 1933 flieht. In London absolviert er ein Doktorstudium der Politischen Wissenschaft an der London School of Economics and Political Science und betreibt Exil-Arbeit für die SPD. Im Juni 1936 wird er aufgrund seines »staatsfeindlichen Treibens« ausgebürgert. Er gehört zu den ersten Opfern der nationalsozialistischen Ausbürgerungspolitik. Die Beständigkeit des NS-Regimes und die Enttäuschung über den pazifistischen Kurs der Labour Party gegenüber Nazi-Deutschland lies Neumann keine Rückkehrperspektive mehr sehen. So orientiert er sich in Richtung des im amerikanischen Exil sitzenden Frankfurter Instituts für Sozialforschung und siedelt nach New York über. Für das Horkheimersche Institut ist er zu seinem Leidwesen vor allem als Jurist tätig. Dort schreibt er aber auch ab 1939 sein bekanntestes Werk, den Behemoth. Es wird sofort nach seinem Erscheinen 1942 zum Standardbuch über das nationalsozialistische Deutschland. Ab Juli 1942 arbeitet Neumann aufgrund von Differenzen im Institut und mangelnder persönlicher Perspektiven für die amerikanischen Auslandsgeheimdienste. Er ist nicht der einzige aus Deutschland vertriebene linke Intellektuelle, der dies tut. »Es war so als hätte sich der linkshegelianische Weltgeist vorübergehend in der mitteleuropäischen Abteilung des OSS angesiedelt«[1]. Mit der Beendigung des 2. Weltkrieges bereitet Neumann für das OSS den Nürnberger Kriegsverbrecherprozess vor. Er verlässt 1947 das State Department und wird Professor an der Columbia University. Am 2. September 1954 verunglückt Neumann bei einem Autounfall. Er kehrte abgesehen von Arbeitsaufenthalten und Gastprofessuren nie nach Deutschland zurück. ■

LITERATUR:

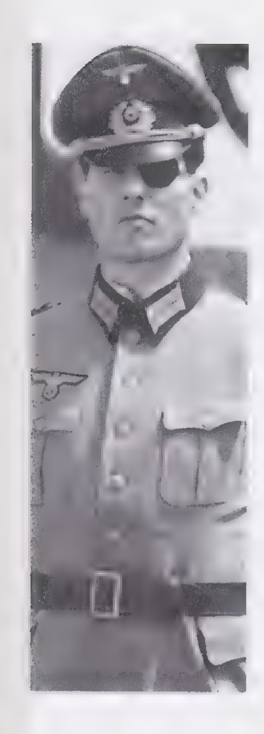
Neumann, Franz (2004): »Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944«. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Dubiel; Helmut/ Söllner, Alfons (1984): »Wirtschaft, Recht und Staat im Nationalsozialismus. Analysen des Instituts für Sozialforschung 1939–1942 von Max Horkheimer; Friedrich Pollock, Franz L. Neumann, A. R. L. Gurland, Otto Kirchheimer und Herbert Marcuse«. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft, Frankfurt am Main

Intelmann, Peter (1990): »Zur Biographie von Franz L. Neumann«. In: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts. (Hrsg.) Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts. Volksblatt Verlag, Köln

Deutsche Heldensage reloaded

Der Film »Operation Walküre«



Der Stauffenberg-Film »Operation Walküre« ist cineastisch betrachtet kulturindustrielles Kunsthandwerk, doch seine Ikonographie bedient das Narrativ des deutschen Heldenmythos Stauffenberg.

Es gibt nicht viele Filme aus Hollywood welche die ungeteilte Euphorie der rechten Wochenzeitung »Junge Freiheit« (JF) erheischen. Doch der Film »Operation Walküre« wurde in der JF, die seit Jahren den Stauffenberg-Mythos nährt, auf die Titelseite gehoben. Das positive Echo liegt wohl darin begründet, dass die Hollywood Produktion mit Tom Cruise, wenn auch nicht intentional, den Topos des einsamen deutschen Helden aktualisiert, der seit Siegfried alle Tugenden in seiner Person zu vereinen scheint. Der Film, so gibt sich die JF begeistert, transportiere, was deutsche Produktionen zum Thema Stauffenberg vermissen ließen: Pathos, Schicksal, Opferbereitschaft.

Und in der Tat appellieren Plot, Kamerafahrten und Dialoge des Film fast von der ersten Sequenz an jene affektiven Emotionen, für die Hanns Eisler den Begriff der Dummheit prägte. Das gesamte Ensemble des Films drängt den Zuschauer zur plumpen Perspektivübernahme des Hauptdarstellers, der ihm als militärischer Führer, geistiger Kopf und jene Kraft erscheint, die den Gang der Dinge beschleunigt. Die Regie ist so sehr auf Cruise zugeschnitten, dass die anderen militärischen Akteure wie Olbrich, Fromm und selbst Tresckow als bloße Sparringpartner ohne charakterliche Binnenkonflikte zwischen Loyalität und Sozialisation, zwischen Situation und zeitgeschichtlichem Kontext erscheinen. Ihre Charakterrollen sind keine, sondern Masken der Feigheit, des Opportunismus, des Wankelmuts und des beschränkten Geistes. Für Ambivalenzen, Brüche und Konflikte von Personen und Handlung, die nicht auf Stauffenberg als ihr Zentrum zulaufen, sehr wohl aber der Charakterisierung der Atmosphäre dienlich wären, hat der Film keinen Platz, keine Zeit. So sind denn auch die Dialoge angelegt. Es vergeht keine Sequenz, in der Stauffenberg/Cruise nicht einen triumphalistischen, apodiktischen Ton gegenüber seinen Mitstreitern anschlägt, und alle dreißig Sekunden eine pathetische Geste oder ein Stillleben inszeniert. Das macht den Film für Zuschauer mit mehr Interesse am Stoff, denn an der Größe der Hakenkreuzfahnen, nur schwer erträglich.

Anhand eines fiktionalen Films darüber Klage zu führen, dass diese Darstellung des Stauffenberg-Umfeldes nicht den Realitäten entsprach, wäre ebenso naiv, wie jene Heerscharen von Historikern, die als Rezensenten nach zeitgeschichtlichen Detailfehlern mit der Absicht fahnden, den amerikanischen Produzenten gehe ab, worauf es den Deutschen besonders ankommt. Detailverliebtes Geschichtsgefühl.

In diesem Ensemble erscheint Hitler als zivil gekleidete Slapstickfigur, der Wahnsinn und Trübsinn ohne jeden Anflug von Dämonie ins Gesicht geschrieben sind. Der Film versucht wohltuender Weise nicht, die Frage nach dem Grund der Wirkungsmacht Hitlers auf die Generalität zu beantworten. Hitler bleibt, obwohl Zielpunkt des Attentats, eine Nebenfigur. Was im westeuropäischen Kontext als guter Actionfilm durchgeht, entfaltet vor deutscher Kulisse eine Dynamik des Pathos, der jähen Ergriffenheit, die aus der Geschichte des Attentats einen Schicksalsort der deutschen Misere macht. Etwa wenn Stauffenberg mit einer sinnfälligen Zitatparaphrase, die gewiss die deutsche Synchronisationsregie zu verantworten hat, sagt: »Man kann nicht Deutschland und dem Führer dienen.« Mit dieser und anderen Worthülsen stabilisiert der Film in seiner Gesamtinszenierung die Rede vom »anderen Deutschland« in pathetischer Sprücheklopferei und Gesten seines Haupthelden. Es ist diese Tendenz, die den Film zur Kenntlichkeit entstellt: zu einer deutschen Heldensage, die keine Grautöne, keine zweifelhaften Motivlagen, keine Fragen kennt. Dass hingegen die Judenvernichtung nur im Halbsatz aufscheint, ist einer der authentischsten Momente im Film. Denn es ging ja auch den historischen Akteuren um Deutschland, um nichts sonst.

Der Film mag der Bundeswehr als Besinnungskitsch für Rekruten am Vorabend ihrer Vereidigung dienen, deren fackelbeleuchtete Stauffenbergverweise in Formen und Ritualen das Gesicht eines unheimlichen Deutschland matt erleuchten.

Die Nation, so wusste schon Ranke, bedarf um Identität zu stiften, des Helden. Dieser Film passt ganz unbeabsichtigt zum neuen Deutschland und seinem Bedürfnis nach makellosen Erzählungen. ■

Die mediale Aufmerksamkeit um »Operation Walküre« nimmt die Broschüre »Fragwürdige Traditionslinien« zum Anlass, die Kritik an Stauffenberg und insbesondere an der Art und Weise, wie ihm gedacht wird, in den öffentlichen geschichtspolitischen Diskurs zu tragen. In dem Text, den wir auszugsweise vorstellen, wird die Funktionsweise des Gedenkdiskurses analysiert.

Der 20. Juli 1944 war von Anbeginn Gegenstand zahlreicher geschichtspolitischer Ausdeutungen. Das Gedenken an die »Frauen und Männer des 20. Juli« und die Bewertung des Attentates haben dabei in den vergangenen Jahrzehnten einen bemerkenswerten Wandel erfahren.

Wie kommt es aber, dass die einst als »Landesverräter« beschimpften Attentäter heute einen so wichtigen Platz im deutschen Erinnerungs- und Gedenkdiskurs besetzen? Was steckt hinter diesem Wandel der Wahrnehmung Stauffenbergs und der Attentäter des 20. Juli? Im Folgenden sollen einige wichtige Momente und Etappen des Diskurses um den 20. Juli 1944 seit dem Ende des zweiten Weltkrieges skizziert werden.

Auch wenn es dauerte, bis das Attentat zum »Aufstand des Gewissens« wurde, waren die Geschehnisse des 20. Juli 1944 schon früh in ihrer Bedeutung für die Bundesrepublik erkannt. Ein bundesrepublikanischer »Gründungsmythos« wurde geboren, der die BRD in der Tradition eines »anderen Deutschlands« verankert. Dieses Konstrukt [...] verkörpert die »eigentliche deutsche Nation«, die neben dem Nationalsozialismus weiterhin bestanden und mit diesem nichts gemein gehabt haben soll. Die »Frauen und Männer des 20. Juli« sollen dabei all jene »anständigen« Deutschen repräsentieren, die dem Nationalsozialismus distanziert gegenüber standen. Dies wurde für die Mehrheit der Deutschen beansprucht. Insofern bot das »andere Deutschland« den Deutschen die Gelegenheit, sich rückwirkend von der Beteiligung an nationalsozialistischen Verbrechen loszusagen.

Nach der Wiedervereinigung, der Überwindung der Nachkriegsordnung und mit dem Anwachsen des deutschen Einflusses in der internationalen Politik kam es zu einem nachhaltigen Wandel der Erinnerung an die Zeit des Nationalsozialismus. In der sich nun durchsetzenden Geschichtsbetrachtung wird nicht die Welt vom deutschen Nationalsozialismus befreit, sondern Europa und Deutschland von Hitler.

Seit dem Antritt der rot-grünen Regierung haben sich einschneidende politische Veränderungen ergeben, durch die sich die Imagekorrektur Deutschlands und der Bundeswehr beschleunigt(e). Stellten die deutschen Verbrechen vormalig ein Hindernis für die Beteiligung an militärischen Handlungen dar, bedurfte es jetzt anderer aus der deutschen Vergangenheit gezogener »Lehren«, um die mit der Wiedervereinigung gewonnen außenpolitischen Handlungsspielräume nutzen zu können. Spätestens mit dem Kosovokrieg 1999 wurde Auschwitz zu einem geschichtlichen Ereignis, das Deutschland geradezu zum Führen von Kriegen zu verpflichten schien. Von der historischen Schuld wurde also die historische Verantwortung abgeleitet.

Der 20. Juli 1944 soll seinen Beitrag zur Legitimation der neuen deutschen Außenpolitik leisten. Seit 1999 treten jedes Jahr am 20. Juli Rekruten der Bundeswehr zu einem »Feierlichen Gelöbnis« an. Der damalige Verteidigungsminister Scharping verkündete [...]: »Die Bundeswehr steht in der Tradition der Ideale des deutschen Widerstands, wenn sie gemeinsam in der internationalen Zusammenarbeit mit unseren Freunden und Partnern dem Recht aller Menschen auf Würde und Freiheit zum Durchbruch verhilft.«

Am 6. Juni 2004 machte Gerhard Schröders Teilnahme [...] bei den D-Day-Feierlichkeiten in der Normandie vor aller Welt amtlich, dass Deutschland Ansprüche auf eine gleichberechtigte Partnerschaft in der »Anti-Hitler-Koalition« erhebt. In seiner Begleitung: Phillipp Freiherr von Boeselager, der damals letzte Überlebende der Akteure des 20. Juli 1944. Deutschland konnte somit der Welt beweisen, einen ebenbürtigen Beitrag in Gestalt des »deutschen Widerstandes« für die Befreiung der Welt von Hitler erbracht zu haben.

Es wäre eine Falschbehauptung, dass die politischen Ansichten der »Frauen und Männer des 20. Juli« dem Grundgesetz oder der parlamentarischen Demokratie entsprochen hätten. Trotzdem werden sie im aktuellen Diskurs zu Vorbildern, Helden, Leitbildern und sogar zu Vorkämpfern des demokratischen Rechtsstaates idealisiert.

Der »Aufstand des Gewissens« war ein Aufstand des nationalistischen Gewissens. Dies ist auch der Kern des Gedenkens an die »Frauen und Männer des 20. Juli«. Dass dabei die Tür weit für patriotische, nationalistische und noch weiter rechts stehende Positionen aufgeschlagen wird, ist nicht schwer zu erkennen.

Aber auch die modernisierte Variante der deutschen Erinnerungskultur möchte an das Attentat anschließen und bemüht die Hilfskonstruktion der »Zeitverhaftetheit«, um Stauffenberg zu immunisieren vor Einwänden ob seines Weltbildes und um ihn damit zu einem geistigen Ahnen des Grundgesetzes, zumindest jedoch zu einem deutschen Helden, zu erklären. Was hier inszeniert wird, ist ein weiterer Schlussstrich unter die schuldbeladene Vergangenheit. ■

Verdrängt und vergessen

Der Philosoph und Publizist Theodor Lessing

»Prof. Lessing ermordet. Revolveranschlag in Marienbad. Schuss durchs Fenster.« Mit dieser Überschrift erschien am 31. August 1933 das »Prager Tageblatt«. Der exponierte hannoversche Jude und bekannte sozialdemokratische Schriftsteller und Philosoph wurde eines der frühen Opfer jenes rechtszerstörerischen Prozesses, den die Regierung Hitler von der Machtübernahme an systematisch organisierte. Noch im Exil stellte Lessing für die Nazis eine Gefahr dar. Mit dem Gesicht nach Deutschland nahm er in vielen Artikeln die neue Schreckenszeit ins Visier.

Joachim Perels

Nachdruck mit freundlicher Genehmigung aus:

Blätter für deutsche und internationale Politik 11/08

www.blaetter.de

Ein 1933 in Prag gedruckter Artikel liest sich wie ein Resümee seines Denkens. Fichte und Kant sind seine Gewährsleute, die, gegen eine autoritäre Ordnung gesellschaftlicher Unmündigkeit, den Gedanken der Menschenwürde aller begründen. Den von den Nazis propagierten Kampf der Völker ums Dasein nennt Lessing ein »Bullen-Ideal, wo Macht auch schon Recht [...] ist.«[1] Für ihn gilt, gegenwartsnah, ein Satz von Kant: »Das Ziel der Geschichte ist die Verwirklichung des idealen Staats [...]. Dieser ist keineswegs das durch Sprache, Volkssitte und Überlieferung gekennzeichnete Konkretum. Es ist der Bereich der [...] Vernunft. Das will sagen: Die Ermöglichung des Neben-Einander auch ganz verschiedener Völker, Sprachen und Sitten.«

Theodor Lessing, geboren 1872, war ein Kulturphilosoph, der auf vielen gesellschaftlichen Feldern präsent war. Alles andere als ein spezialistischer Brotgelehrter war er ein universeller, von Schopenhauer und Nietzsche, aber auch von der Arbeiterbewegung beeinflusster Geist, dessen »auf die Verwirklichung von Utopie« zielende Kritik der bürgerlichen Gesellschaft die unterschiedlichsten Formen annahm. Im Zentrum seines Denkens stand eine »Philosophie der Not«, geleitet von der Maxime: »Mindere die Not«, denn »Macht, brutale Macht [...] ist die einzige Triebgewalt der Geschichte.«

Im Ersten Weltkrieg schreibt Lessing, nach einer kurzen Bejahung des militärischen Kampfes Deutschlands, ein geschichtsphilosophisches Buch mit dem Titel »Geschichte als Sinngebung des Sinnlosen (1919)« – ein »Aufschrei wider Zeit, Vaterland und Weltkrieg.« Der Legitimation des großen Mordens durch die wilhelminische Geschichtswissenschaft setzt Lessing die unverstellte Anschauung entgegen, die die Zerstörung jeglichen Sinns durch die wechselseitige Erzeugung unendlicher Not jedermann sichtbar macht.

In der Tradition der Arbeiterbildung

Auf die Überwindung des Obrigkeitsstaats, der die sozialen Antagonismen, nicht nur durch das Drei-Klassenwahlrecht in Preußen, für unveränderlich erklärte, reagiert Lessing, gemeinsam mit seiner Frau Ada Lessing Begründer der Volkshochschule Hannover, mit einem Programm, das den bildungsfern gehaltenen Schichten eine emanzipatorische Perspektive eröffnet. In der Tradition der Arbeiterbildung schreibt er: »Männer [...] und Frauen, verbraucht müde, von mindestens achtstündiger schwerer Körperarbeit [sind] dennoch bemüht, sich fortzubilden, dennoch bewegter Seele und somit himmelweit überlegen der todgeweihten Gesellschaft der ›Gebildeten‹.« Diese Überlegenheit gründet in dem Einsatz für eine Gesellschaft, in der das Wissen als »Vorrecht für Bevorzugte« überwunden und die gesellschaftliche Anwendung des Wissens zu einer »Lebensökonomie« aller geworden ist.

Auf einem anderen Feld

In vergleichbarer Weise rückt Lessing auf einem anderen Feld die Differenz zwischen der rechtlichen Gleichheit und gegenläufigen Herrschaftsinteressen mit subtiler Schärfe in den Blick – nämlich in seinem Buch »Haarmann« (1924), ein Klassiker kritischer Prozessanalyse, die auf einer eingehenden Beobachtung des Gerichtsverfahrens beruht. Lessing legt nicht nur den Finger auf das Skandalon, dass ein Kumpan des Massenmörders Haarmann fälschlicherweise als Täter eingestuft und zum Tode verurteilt wurde, er zeigt auch, wie Wechselbeziehungen zwischen Polizei und kriminellem Milieu die unparteiische, von der Strafprozessordnung gebotene Erhellung des Geschehens behindern.

Lessings Judentum schließlich, das in vielen seiner Schriften zum Aus-



[1] Der Philosoph und Publizist Theodor Lessing wurde am 30. August 1933 von SA-Leuten erschossen.

druck kommt, schärfte seinen Blick für die Zukurzgekommenen und Verfolgten. Er war in der zionistischen Bewegung engagiert und hielt sich doch von einer philosemitischen Überhöhung seines Volkes fern. Er schrieb: »Wir sollten uns abgewöhnen, als Juden verletzt zusammenzuzucken, wenn irgendwer ein hartes, verdammendes Urteil über Jüdisches fällt und in falschem Solidaritätsgefühl zu glauben, dass unsere Art verunglimpft werde, wenn irgendwo auf dem Erdenrund einem jüdischem Menschen Makel anhaftet.« Lessing dachte, im Postulat einer Aufhebung des jüdischen Sonderstatus, den Gedanken der Gleichberechtigung der Juden zu Ende. Mit der rechtlich ermöglichten Überwindung ihrer gesellschaftlichen Ausgrenzung kann sich die Existenzform der Juden von Grund auf ändern: »Wären wir, was wir sein sollen: wahre, würdige Menschen, so gäbe es keine Judenfrage.«

Einer der meistgehassten Anwälte der demokratischen Republik

Neben seiner philosophischen Arbeit spielte Lessing in den politischen Auseinandersetzungen der Weimarer Republik eine herausragende Rolle, durch eine Fülle von Veröffentlichungen, vor allem in Zeitungen und Zeitschriften. – vom »Dortmunder Generalanzeiger« über das »Prager Tageblatt«, die hannoversche SPD-Zeitung »Volkswille«, das »Tagebuch« Leopold Schwarzschilds bis zur »Justiz« des Republikanischen Richterbunds.

Er war einer der meistgehassten Anwälte der demokratischen Republik. Seine Interventionen treffen die reaktionären Kräfte, die die neue politische Ordnung, mit Zustimmung des Reichsgerichts, als »Judenrepublik« diffamieren, an ihren empfindlichsten Stellen.

Hans Mayer, wie Lessing Sozialist und jüdischer Emigrant aus Deutschland, der in der Schweiz überlebte und dort den Begriff des Mitleids für die Wahrnehmung der barbarischen Folgen des Hitler-Regimes ins Zentrum rückte, charakterisierte 1969 in einem Vortrag in der Volkshochschule Hannover – Mayer war an der dortigen Technischen Hochschule Professor für Literaturwissenschaft – Theodor Lessing mit den folgenden Worten: »Sonderbar ist, dass er, von heute aus gesehen, fast immer Recht hatte, [...] dafür von seinen Zeitgenossen stets herzlich kopfschüttelnd ausgelacht zu werden pflegte [...]. Dieser noble und sensible Mensch litt unter der Rüpelei des Alltagslebens.« Mayer fährt fort: »Lessing [...] ist nicht daran zugrunde gegangen, dass er unzeitgemäß war, den Mächtigen missfiel. [...] Zugrunde gegangen ist er an einer Verschwörung« der zur Macht gelangten Nazis.[2]

Bei aller Sympathie für Lessing sieht Mayer bei ihm einen Widerstreit zwischen philosophischem Pessimismus, der die Möglichkeit der Schaffung einer humanen Weltordnung ausschließt, und der Aufklärung, die ebendies für geschichtlich möglich hält.

Tatsächlich neigte Lessing gelegentlich dazu, politische Begriffe, weil er offenbar ihre Deckung durch die Realität für ungewiss hält, so aufzulösen, dass sie Formen der Beliebigkeit annehmen. So meint Lessing beispielsweise, dass Sozialismus auf der Basis einer autoritären Ordnung möglich sei. Er schreibt: »Es ließe sich [...] denken, dass eine monarchische, oligarchische Partei das gesamte Programm der Sozialdemokratie übernimmt«. Mit dieser Auffassung negierte der Sozialdemokrat Lessing das Heidelberger Programm der SPD von 1925, für das der Sozialismus identisch ist mit der demokratischen Verfügung über den gesellschaftlichen Produktionsprozess. Wenn die Fremdbestimmung der Arbeitenden durch oligarchische, gar monarchische Machtstrukturen zum möglichen Inhalt des Sozialismus erklärt wird, wird der Sozialismus mit dessen Gegenteil verwechselt.

Freilich ändern diese gelegentlichen theoretischen Randunschärfen Lessings nichts an seiner Bedeutung als Gegenfigur zu der breiten gegenrevolutionären Bewegung der Weimarer Republik, die mit steigendem Erfolg die Prinzipien der Demokratie und der rechtlichen Gleichheit bekämpfte.

Angesichts seiner großen Bedeutung in der Weimarer Republik ist es umso tragischer, dass Lessing nach dem Ende der Nazi-Diktatur lange Jahre ein weitgehend Unbekannter war. Ebendies hatten seine nationalsozialistischen Feinde intendiert, als sie seine Schriften verbrannten und sogar sein Grab auf dem jüdischen Friedhof in Marienbad beseitigten.

Die große Verdrängung

Die Tilgung der Erinnerung an Theodor Lessing ist ein Teil der großen Verdrängung, die für die frühe Bundesrepublik charakteristisch ist. Sie drückte sich in einem vorkritischen Bild der NS-Diktatur aus. Das Regime galt als ein normaler Staat, dessen Funktionsträger in der Justiz, im Militär und in den Universitäten vom Terror der nationalsozialistischen Spitze unberührt geblieben seien.

Wenn aber die Verfolgungspraxis der Diktatur lediglich ein Randphänomen war, geraten auch die Opfer an den Rand der Aufmerksamkeit. Im Jahr

1| Zitate im Text aus Theodor Lessing, Ich warf eine Flaschenpost ins Eismeer der Geschichte. Essays und Feuilletons, hg. von Rainer Marwedel, Darmstadt 1986, Theodor Lessing, Wortmeldungen eines Unerschrockenen. Publizistik aus drei Jahrzehnten, hg. von Hans Stern, Leipzig 1987

2| Hans Mayer, Theodor Lessing. Bericht über ein politisches Trauma (1969), in: ders., Der Repräsentant und der Märtyrer. Konstellationen der Literatur, Frankfurt a. M. 1971.

→

→ 1956, in dem der Bundesgerichtshof den SS-Richter, der Dietrich Bonhoeffer in den Tod schickte, freisprach, wird in einem Beitrag in der Festschrift zur 125-Jahr-Feier der Technischen Hochschule Hannover die politisch motivierte Ausgrenzung Lessings regelrecht verdrängt. Lessings »Lehrauftrag wurde«, heißt es in dem Beitrag der Festschrift, »im Sommersemester 1933 gestrichen«. Die politische Stoßrichtung der Entfernung Lessings von der Technischen Hochschule löste sich auf diese Weise in ein Nichts auf. Das war kein Zufall. Der Verfasser des Artikels von 1956, Wilhelm Böhm, Privatdozent an der Hannoverschen Hochschule für Kulturphilosophie und deutsche Literatur, hatte sich 1933 dem örtlichen »Kampfausschuss« als Helfer bei der Vorbereitung der Bücherverbrennungen angeboten und dafür, wie er schrieb, schon »einen Arm voll Bücher herausgelegt«.

Die Abwehr, der Hass und die tödliche Verfolgung, denen Lessing ausgesetzt war, hingen mit dessen republikanischer Gesinnung zusammen, die sich in seinen vielfältigen Publikationen mit starker öffentlicher Wirkung niederschlug.

Lessings bekannteste Kritik richtete sich in einem 1925 im »Prager Tageblatt« veröffentlichten Artikel gegen den Kandidaten des Obrigkeitsstaats für das Amt des Reichspräsidenten, Paul von Hindenburg, Ehrendoktor der Technischen Hochschule Hannover. Lessing lenkte den Blick auf die geistige Ausstattung des zukünftigen ersten Mannes der parlamentarischen Demokratie. Der Artikel endete mit den Sätzen: »Leider zeigt die Geschichte, dass hinter einer Zero – soll heißen einer intellektuell schwachen Figur – immer ein Nero verborgen steht.« Diese Bemerkung, die dazu führte, dass Lessing nach einer völkischen Großkampagne seine Lehrtätigkeit an der Technischen Hochschule noch im selben Jahr aufgeben musste, erwies sich in der Endphase der Weimarer Republik als geschichtlich überaus zutreffend. Ignorant in staatsrechtlichen Fragen, bereitete Hindenburg unter Missachtung der Weimarer Verfassung den Weg für die Herrschaft des Nero Hitler.

Um nur ein Beispiel seiner Durchbrechungen der Weimarer Verfassung zu nennen: Mit der am 20. Juli 1932 exekutierten Notverordnung ordnete Hindenburg die staatsstreichartige, durch die Verfassung nicht zu rechtfertigende Absetzung der geschäftsführenden, von Vertretern der Sozialdemokratie, des Zentrums und der Deutschen Demokratischen Partei gebildeten preußischen Regierung an. Damit wurde die wichtigste Bastion der Weimarer Demokratie geschleift, deren Polizei in der vordersten Front der Auseinandersetzung mit der NSDAP stand und nun durch einen antirepublikanischen Reichskommissar ihr Gewicht verlor.[3] Somit war Hindenburg in Verfassungsfragen tatsächlich ein Zero.

Gegen Antisemitismus und Militarismus

Lessing stellte sich der einflussreichsten Ideologie der Feinde der demokratische Republik engagiert und ohne jede Furcht entgegen: dem Antisemitismus, der an den Universitäten, in der Justiz und den protestantischen Kirchen, vor allem aber in der Propaganda der NSDAP eine machtvolle Wirkung entfaltete.

Joseph Goebbels denunzierte Lessing 1930 in einer Rede in Leipzig. Er projiziert darin auf den verhassten Juden Lessing, den bekannten Autor von »Der jüdische Selbsthass« (1930), eine Äußerung, die dieser nie gemacht hat, die aber geeignet ist, ihn aus der Gesellschaft hinauszudefinieren. Wahrheitswidrig behauptete Goebbels, Lessing habe den Reichpräsidenten mit dem Massenmörder Fritz Haarmann verglichen.

Die eigenen Erfahrungen mit dem Antisemitismus, deren Kern darin besteht, den Juden das anzulasten, was man selbst ihnen antun will, fasste Lessing ein Jahr vor der Machtübernahme der Nazis in die Worte: »Sie möchten die Juden ausrotten wie Schlangen und Raubtiere, wozu sie aus ihnen natürlich Schlangen und Raubtiere machen müssen.« Exakt antizipiert Lessing bereits 1932 die im Antisemitismus angelegte Möglichkeit der Vernichtung der Juden, wenn er weiter schreibt: »Am einfachsten [...] wäre es, die 12 oder 14 Millionen Juden totzuschlagen.«

Die nicht weniger wichtige Ideologie militärischer Machtstaatlichkeit, die die antirepublikanischen Organisationen und ihre intellektuellen Adepten massenwirksam propagierten, überführte Lessing ihrer grenzenlosen Verachtung des Lebens der vielen Einzelnen. Lessing bringt den Tötungszwang im Krieg auf einen konkreten Begriff: »Die große Masse des Volkes ist immer nur das Schlachtopfer, das einzusetzende ›Menschenmaterial‹ [...]. Der unbekannte Soldat stirbt. Den Ruhm erntet der Feldherr, jener der das Herz hat, Unbekannte zu opfern. Wer nennt die Namen der geopferten Proletarier. Sie sinken alle dahin und werden vergessen.«

Mit Hindenburgs Machtübertragung an die Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 werden jene politischen Tendenzen, die Lessing so entschieden bekämpft hatte, zur Staatsdoktrin: die Zerstörung der demokratischen Rechtsordnung, der Antisemitismus und die Verherrlichung militärischer Machtentfaltung.

Der angekündigte Mord

Nun war das Lebens Theodor Lessings unmittelbar bedroht, mehr noch als, trotz aller Anfeindungen, in der Weimarer Republik. Der, wie Lessings Biograph Rainer Marwedel formuliert[4], »Parteihellseher« der NSDAP, Erik Jan Hanussen, der große Massen hinter sich versammelte und in der Berliner Scala frenetisch beklatscht wurde, kündigte bereits Ende 1932 den Tod Lessings an. Dies war nichts anderes als

ein kaschierter Mordaufruf, der durch das völkische Schicksal vollstreckt werden würde. Schon Anfang Januar 1933 attackierten drei SA-Männer Lessing in der Straßenbahn mit den Worten, dass Hitler alle Juden hängen werde.; in Hannover gebe es einen gewissen Lessing, der Jude sei, man müsse ihn »unverzüglich entfernen«.[5]

Nach der Machtübernahme der Nazis veränderte sich Lessings Situation grundlegend. Am 28. Februar 1933 wurde mit der Reichstagsbrandverordnung die eigentliche »Verfassungsurkunde« (Ernst Fraenkel) des Dritten Reiches in Kraft gesetzt.[6] Sie beseitigte das System der politischen und persönlichen Freiheitsrechte und übertrug der Diktaturregierung schrankenlose Vollmachten. Neben der Suspendierung der Garantie der Meinungs-, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit, dem Schutz vor Hausdurchsuchungen und Beschlagnahmungen und der Garantie des Brief-, Post- und Fernsprechgeheimnisses wurde die »Beschränkung der persönlichen Freiheit [...] außerhalb der sonst hierfür geltenden Grenzen [für] zulässig« erklärt. Dies war machttechnisch besonders gravierend, weil auf diese Ermächtigung die Aufhebung der persönlichen Freiheit und die Einweisung in die Konzentrationslager gestützt wurde. Auch das an die persönliche Freiheit gebundene Recht auf Leben, das im Strafgesetzbuch mit den Bestimmungen über Totschlag und Mord seine konkrete Ausformung findet, war nun nicht mehr vor der Staatsgewalt geschützt.

Am 7. Mai 1933 verkündete der neue Reichskanzler Adolf Hitler mit unverblümter Deutlichkeit die Ziele der schrankenlosen, souveränen Diktatur, die die nationalsozialistischen Parteitruppen, die SA und die SS, zu Hilfspolizisten mit staatlichen Befugnissen machte. Er forderte die SA auf, die »Novemberverbrecher [...] zu verfolgen bis in die letzten Schlupfwinkel hinein« und »dieses Gift restlos aus unserem Volkskörper« zu entfernen. Und der preußische Ministerpräsident Göring erklärte drei Tage nach Inkraftsetzung der Reichstagsbrandverordnung gegenüber der SA: »Hier habe ich keine Gerechtigkeit zu üben, hier habe ich nur zu vernichten und auszurotten, weiter nichts.«

Opfer des mit der Brandverordnung freigesetzten, staatlich angeleiteten Terrors waren bis zum Oktober 1933 500 bis 600 Menschen, die alle zu Tode gebracht wurden. 100.000 freie Bürgerinnen und Bürger wurden vom NS-Staat in Konzentrationslager verbracht, vor allem Juden und Vertreter der Arbeiterbewegung. Kurt Schumacher, Vorsitzender der württembergischen SPD, antwortete auf die zynische Frage des KZ-Aufsehers, warum er sich im Konzentrationslager befinde, mit dem Satz: »Weil ich zur besiegten Partei gehöre.«

Die Juden aber waren die ersten Mordopfer. Im Nazi-Liederbuch steht der Vers: »So stehen die Sturmkolonnen / Zum Rassenkampf bereit, / Erst wenn die Juden bluten, / Erst dann sind wir befreit«. In ausländischen und deutschen Zeitungen wird kontinuierlich über die Angriffe der SA auf die Existenz und das Leben der Juden berichtet. In der »Deutschen Allgemeinen Zeitung« vom 12. April 1933 – Theodor Lessing war knapp 14 Tage im Exil – heißt es: »Der jüdische Rechtsanwalt Dr. Weiner in Chemnitz wurde in der Nacht zum Dienstag von mehreren Männern, die SA-Binden und braune Mützen trugen, in seiner Wohnung aufgesucht und gewaltsam in einem Kraftwagen fortgeführt. Am Morgen fand man [...] bei Mittweida Dr. Weiner mit einem Kopfschuss tot auf.«

»Sprachmund« der Eingesperrten

Lessing war sich der Gefahr, der er in Marienbad ausgesetzt war, wohl bewusst. Er sagte: »Sollte ein Fanatiker mich niederschlagen, so bete ich nur, dass es schnell gehen möge.« Dennoch nahm er die Möglichkeit nicht wahr, nach Palästina, China oder England zu gehen. Der Grund war, dass er der »Sprachmund« derer sein wollte, die in Deutschland in Gefängnissen und Lagern eingesperrt waren.

Die Ermordung Lessings – dem nur fünf Tage zuvor, am 25. August 1933, noch die deutsche Staatsbürgerschaft aberkannt worden war – in Marienbad setzte die Tötung politischer Gegner als Mittel der Herrschaftssicherung nun sogar im Ausland fort. Ausgeführt wurde der Mord durch zwei SA-Leute. Nach einem Bericht kam der Befehl, den »Volksschädling Lessing beiseite zu schaffen« von SA-Chef Ernst Röhm, der die gewaltförmige Durchsetzung der Diktatur zentral koordinierte. Hatte der tschechoslowakische Staatspräsident, Thomas Masaryk, Lessing einen besonderen Schutz zukommen lassen, so negierten die Häscher des Naziregimes nicht nur die zivilisatorische Grundnorm des Rechts auf Leben, sondern auch die völkerrechtlich gesicherte territoriale Integrität der Tschechoslowakei. In dem Mord an Lessing wird bereits die später vor allem von Carl Schmitt entwickelte, imperialistische Großraumdoktrin des NS-Regimes praktiziert, derzufolge Deutschland über seine territorialen Grenzen hinaus die Bestimmungsmacht über den europäischen Großraum besitzt. Damit wurde die Beseitigung der Rechtsordnung eines souveränen Staates durch das faschistische Deutschland, welche den späteren Vernichtungskrieg bestimmte, von Anbeginn zu rechtfertigen versucht.

Ein geschichtsphilosophischer Satz eines jüdischen Zeitgenossen lässt sich auf Theodor Lessing münzen. Ernst Bloch, der die NS-Herrschaft im Exil überlebte und in derselben Zeitschrift wie Lessing, nämlich der »Neuen Weltbühne« in Prag publizierte, schrieb: »Wir blicken hier keineswegs zurück. Sondern uns selber mischen wir lebendig ein [...]. Die Toten kommen wieder, ihr Tun will mit uns nochmals werden.« ■

3| Otto Kirchheimer, Die Verfassungslehre des Preußen-Konflikts (1932), in: ders., Funktionen des Staates und der Verfassung. 10 Analysen, Frankfurt a. M. 1972

4| Rainer Marwedel, Theodor Lessing,1872–1933. Eine Biographie, Darmstadt 1987

5| Vgl. allgemein auch Das Schwarzbuch. Tatsachen und Dokumente. Die Lage der Juden in Deutschland 1933, hg. vom Comite des Delegations Juives (193), Berlin 1983 [1934].

6| Vgl. auch Dieter Deiseroth, Die Legalitäts-Legende, Vom Reichstagsbrand zum NS-Regime, in: »Blätter«, 2/2008, S. 91–102.

»Schau nicht hin, schau nicht her ...«

Hitler und seine Künstler – Von Idolen, deren Name Hase ist

Volker Kühn

Bereits im Frühjahr 1933 boten die deutschen Städte ein alltägliches Bild: SA-Leute ziehen randalierend durch die Straßen, wer ein »jüdisches Aussehen« hat, wird angepöbelt, geschlagen, angespuckt. Schaufenster gehen zu Bruch, beschmierte Häuserwände verkünden: »Juda verrecke!« Über tausende von Künstlern werden Auftrittsverbote verhängt. Wer kann, rettet sich ins benachbarte Ausland. Die Liste der Musiker, Texter, Sänger und Schauspieler, die damals – eben noch als Publikumslieblinge umschwärmt, vergöttert und verehrt –, ihre Heimat verlassen mußten, ist lang und liest sich wie ein »Who's who« der deutschen Unterhaltungsbranche. Sie reicht von Komponisten wie Friedrich Hollaender, Mischa Spoliansky, Rudolf Nelson und Werner Richard Heymann bis zu populären Interpreten wie Fritzi Massary, Gitta Alpár, Camilla Spira, Curt Bois, Willy Rosen, Paul Morgan, Kurt Gerron, Max Pallenberg, Otto Wallburg, Paul O'Montis, Siegfried Arno, Paul Graetz und Fritz Grünbaum. Viele Künstler, die es nur bis Österreich, Frankreich oder die Niederlande geschafft hatten, wurden später von den Nazis gejagt, verhaftet und in den Konzentrationslagern ermordet.

Für alle sie fand sich rasch Ersatz. Zumeist waren es Künstler der zweiten Garnitur, die jetzt ihre Chance witterten und sie wahrnahmen. Als Filmkomponisten waren nun Peter Kreuder, Franz Grothe, Theo Mackeben und Michael Jary im Geschäft. Nicht wenige Künstler trennten sich von ihren jüdischen Ehepartnern, wenn sie, wie im Fall Gustav Fröhlich und Heinz Rühmann, der Karriere im Wege standen. Für die nach Hollywood emigrierte Marlene Dietrich wurde nun Zarah Leander als Ufa-Star aufgebaut, auf den Kinoplakaten standen bald neue Namen: Marika Rökk, Ilse Werner, Rosita Serrano.

Auch für den aus Holland zugewanderten Charme-Import Johannes Heesters gab es ideale Startbedingungen für eine beispiellose Film- und Bühnenkarriere, nachdem seine »nichtarischen« Kollegen, die Tenöre Richard Tauber, Max Hansen, Jan Kiepura und Joseph Schmidt, aus Deutschland vertrieben worden waren.

Die Show, von der es heißt, sie müsse weitergehen, ging weiter. Auch diesmal, als Propagandaminister Goebbels rief und alle, alle kamen. Die Traumfabrik der Filmindustrie produzierte unter den neuen Bedingungen höchst effektiv und lieferte im Sinne ihres Auftraggebers unpolitische Unterhaltung, die eine wichtige, eminent politische Funktion zu erfüllen hatte: den Schlager als Ablenkung, das gefühlige Rührstück als Illusion, die – zumal in Krisenzeiten – die graue Wirklichkeit verschönt oder ganz vergessen macht. Marika Rökk brachte die Botschaft im August 1944, als Deutschland längst eine Trümmerwüste und der Holocaust in vollem Gange war, mit ihrem Kinoschlager auf den Punkt: »Schau nicht hin, schau nicht her, schau nur geradeaus, und was dann auch kommt – mach dir nichts daraus.« Millionen Deutsche befolgten ihren Rat und gaben sich nur allzu gern einen Spielfilm lang der Illusion hin, es werde trotz Mord, Terror und Verderben doch einmal ein Wunder geschehen.

All die Künstler, die seinerzeit von der Leinwand herab solche Gewißheiten vermittelten, waren nach Kriegsende alle wieder da, die Show ging weiter. Und mit ihr all die Karrieren, die im Zeichen des Hakenkreuzes begonnen hatten. All die Komödianten, Schlagersänger und Stimmungskanonen, die an der Fassade des schönen Scheins mitgebaut hatten, hinter der sich die Barbarei umso hemmungsloser hatte austoben können, waren sich keiner Schuld bewußt. Sie hatten ja nur getanzt, gesungen und gespielt. Sie verstanden sich als unpolitische Frohnaturen, die ihrem Publikum mit ein paar heiteren Stunden über eine schwere Zeit hinweggeholfen haben.

Kein Wort des Bedauerns ist je über ihre Lippen gekommen, kein Anflug

Volker Kuhn: »Mit den Wölfen geheult«, Von leichter Muse in schwerer Zeit / Unterhaltung und Kabarett im Dritten Reich, Doppel-CD, Edition »Berliner Musenkinder« bei duo-phon records (Best.-Nr. 07113), ausgezeichnet mit dem Deutschen Hörbuchpreis 2007

Volker Kühn: »Der Kompaß pendelt sich ein«, Unterhaltung und Kabarett im Dritten Reich, in: Hans Sarkowicz (Hrsg.):

Hitlers Künstler, Die Kultur im Dienst des Nationalsozialismus, Insel Verlag, Frankfurt/Main.



taz zwei

13 DIENSTAG, 16. DEZEMBER 2008

MUSKELN, MUSKELN
Aufbau mit Anabolika

SKANDALE, SKANDA
Ende der Erregu

Ein Tag, ein Leben

Darf man sagen, Johannes Heesters habe im KZ Dachau gesungen? Der Autor Volker Kühn denkt schon, deswegen steht er nun in Berlin vor Gericht. Heute wird das Urteil erwartet

Der Sänger Johannes Heesters (ganz rechts) 1941 im Konzentrationslager Dachau

[1]



[1] Der Sänger Johannes Heesters bei einem Besuch im KZ Dachau im Jahre 1941. Faksimile aus der taz vom 16. Dezember 2008

von schlechtem Gewissen, Reue oder Scham. In ihren Memoiren wird die Erinnerung an eine gute alte Zeit beschworen, wird beschwichtigt und beschönigt, wird unter den Teppich gekehrt, bagatellisiert und sich dumm gestellt. Wer alt genug wurde, um nicht mehr ganz ernst genommen zu werden, läßt im Fernsehen sogar – wie kürzlich Johannes Heesters – verlauten, Hitler sei im Grunde doch ein »guter Kerl« gewesen.

Der holländische Operettenheld gehörte fraglos zu den Nutznießern des NS-Systems, das seinerzeit auf totale, unbekümmerte Unterhaltung setzte, um das Publikum von der mörderischen Wirklichkeit jener Jahre abzulenken. Heesters machte eine steile Karriere unterm Hakenkreuz, auch dann noch, als die Nazis seine Heimat überfielen, sie besetzten und dort in unvorstellbarer Weise wüteten.

Die Karriere im Dritten Reich gab es indes nicht zum Nulltarif. Auch Heesters wurde in die Pflicht genommen. Im Mai 1941 wurden er und das Ensemble des Münchner Gärtnerplatztheaters ins Konzentrationslager Dachau gebeten. Der einstige Leinwandheld hat den KZ-Besuch nicht bestritten, sondern ihn in seinen Lebenserinnerungen als eine Art »Tag der offenen Tür« abgetan – immerhin ist er durch rund 50 Fotos dokumentiert. Wohl aber hat er beteuert, in Dachau nicht vor der SS-Wachmannschaft zu deren Erheiterung aufgetreten zu sein.

Dagegen spricht allerdings nicht nur die Widmung, mit der sich der später gehenkte KZ-Kommandant Piorkowski bei den Künstlern für »einen frohen und heiteren Nachmittag im K.L. Dachau« bedankte. Auch gibt es Zeitzeugen wie den späteren Wiener Kulturdezernenten Dr. Viktor Matejka, der 1991 in einem Fernsehinterview zu Protokoll gab, er habe im Mai 1941 als KZ-Häftling für Heesters und seinen Auftritt vor der SS den Vorhang gezogen.

Gegen Veröffentlichungen, die diesen Tatbestand unter die Leute brachte, ist Heesters neuerdings, da alle Zeitzeugen inzwischen verstorben sind, gerichtlich vorgegangen.

Und unterlag: Das Berliner Landgericht wies am 16. Dezember des vergangenen Jahres seine Klage auf Unterlassung und Widerruf ab. Die »Süddeutsche Zeitung« kommentierte: »An dem Urteil ist nichts auszusetzen, weil der Vorwurf keineswegs aus der Luft gegriffen war.«

Dennoch will Heesters den Urteilsspruch nicht akzeptieren. Wie sein Anwalt verlauten ließ, will er nun in Berufung gehen. In der »Berliner Zeitung« heißt es dazu: »Das ist würdelos, was dem Sänger Johannes Heesters von seiner nächsten Umgebung neuerlich zugemutet wird ... Denn natürlich zieht hier nicht der alte, blinde und fast gehörlose Mann vor Gericht, sondern seine Frau oder sonstige Berater. Sie wünschen offenbar ein tadelloses Image als Erbe, selbst wenn Unbeweisbares bewiesen werden soll. In diesem Fall ist das Gegenteil eingetreten von dem, was das Ziel war: Zum 105. Geburtstag erschien der Name Johannes Heesters vor allem im Zusammenhang mit den Begriffen Hitler und KZ. Heesters hatte zuletzt angekündigt, nie mehr über die NS-Zeit zu reden. Aber seine Umgebung will nicht locker lassen.«

Das vorläufige Schlußwort lieferte die »Neue Osnabrücker Zeitung«: »Dieser immerjunge Greis sollte Schal und Chapeau claque nehmen und endlich die Bühne verlassen. Alles hat seine Zeit.« ■

Nato-Geheimarmeen

Terror im Namen der Demokratie

In fast allen westeuropäischen Staaten gab es nach 1945 eine Geheimdienstarmee, die jenseits der demokratisch kontrollierbaren Strukturen aufgebaut worden ist und häufig Rechtsextreme für ihre illegalen Aktionen rekrutierte. Diese legitimierten sich nach offizieller Version auf Geheimverträge beim Beitritt zur NATO, die 1949 gegründet worden war. Sie ist weltweit, vor allem in Italien, unter dem Namen »Gladio« bekannt geworden, in der BRD trug sie die Bezeichnung »Stay Behind« bzw. »Schweigenetz«. Die deutsche Leitung lag beim Bundesnachrichtendienst, BND. Gerade in der Bundesrepublik hatten und haben die staatlichen Stellen und die großen Parteien kein Interesse an einer Veröffentlichung, da sie nicht nur von deren Existenz gewusst, sondern sie auch gebilligt haben.

Reiko Pinkert

Nato-Geheimdienstarmeen in Europa

Die NATO betrieb von 1947 bis 1991 ein geheimes Terrornetzwerk in Europa dessen hauptsächliches Ziel der Kampf gegen den Kommunismus war. Durch Anschläge dieser zivilen und militärischen Einheiten, konnten in einzelnen europäischen Staaten in den 1970ern das Kriegsrecht ausgerufen und Regierungen gestürzt werden. Außerdem dienten sie als als Legitimierung für unzählige Hausdurchsuchungen und Bespitzelungen von Linken (Telefone abhören, Observation, Inhaftierung etc.) in ganz Westeuropa. Westliche Geheimdienste die paramilitärische Untergrundarmeen aufbauen, sie mit Waffen versorgen, militärisch ausbilden und dann Terroranschläge ausüben lassen – was sich liest wie ein Polit-Krimi mit Hang zu Verschwörungstheorien, beschäftigte Anfang der 1990er neben dem Europäischen Parlament so ziemlich alle Parlamente der damaligen EU-Mitgliedsstaaten. Als im Sommer 1990 im Zuge von Ermittlungen gegen rechte Terrororganisationen in Italien bekannt wurde, dass der italienische Geheimdienst in diese Aktivitäten verstrickt war, beschäftigten sich die meisten JournalistInnen gerade mit den aktuellen Geschehnissen in der Bundesrepublik (die angehende sogenannte Wiedervereinigung) sowie den Spannungen in Nahost und widmeten daher den Geschehnissen um Gladio wenig Aufmerksamkeit. Die entsprechenden Hinweise im Archiv des italienischen Geheimdienstes SIFAR zwangen allerdings den Premierminister Guilio Andreotti am 3. August 1990, also einen Tag nach dem Beginn des 2. Golfkrieges, vor italienischen Senatoren folgendes zu bestätigen: es gab in Italien und ganz Westeuropa von der NATO ins Leben gerufene und gesteuerte Terrornetzwerke. Unter Namen wie Gladio (Italien), Absalon (Dänemark), ROC (Norwegen), SDR8 (Belgien) Stay behind, Schweigenetz (BRD) wurden sie von den jeweiligen Geheimdiensten zusammengestellt, ausgebildet und gesteuert. In allen 16 NATO-Staaten (Island und Kanada können hierbei vernachlässigt werden) aber auch in neutralen Ländern wie Schweden, Finnland, Österreich und der Schweiz existierten diese Parallelstrukturen als geheime Streitkräfte ohne eine parlamentarische Kontrolle. Ihren Anfang nahmen diese Terrornetzwerke, als am 19. Dezember 1947 der Nationale Sicherheitsrat (National Security Council [NSC]) der Vereinigten Staaten mit der Direktive »NSC 4/A« beschloss, dass der Direktor der CIA damit beauftragt werde, »einen kommunistischen Wahlsieg in Italien zu verhindern« da dieser die Sicherheitsinteressen der USA gefährden würde. Hierfür wurde am 22. Dezember 1947 eine »Special Procedures Group« (SPG) beauftragt. Der rechte Diplomat George F. Kennan (damaliger Leiter des politischen Planungsstabes im Außenministerium) empfahl im Mai 1948 eine ständige Organisation zu schaffen, die sich zum einen jeder Mittel bedienen sollte, um Sozialist_innen und KommunistInnen zu bekämpfen. Zum anderen sollte jedoch jede Beteiligung der USA dementiert werden können um diplomatische Spannung mit dem jeweiligen Verbündeten oder

sschutz werden wohl überrascht gewesen sich herausstellte, daß iedere Familienvater weise Waffen, Spreng- nd Gift beschafft und d vergraben hatte. Er mlich diesen Behör- on seit Jahren als ak- d aggressiver Nazi be-

kes politische Karrie- nn beim „Bund Vater- ner Jugend" (BVJ), der rboten wurde. Er war Bundesgeschäftsführer efideologe gewesen. In Sprüchesammlung für ff nach Hitlerjugend- organisierten Schu- ger des „BVJ" schrieb Beispiel: „Ein Kerl, aß man ihn hängt, ein ner, der wie ein Jude

ch wurde Lembke in D aktiv — als Kandi- Wahlen und als Saal- r. Im Januar 1976 ist i, als der Neonazi-Füh-



»Dich kehren wir unter den Teppich« Heinz Lembke war ein Freund starker Sprüche und gefährlicher Waffen. Vor Gericht bedrohte er eine Zeugin, im Wald vergrub er Panzerfäuste für den Tag X

[1]



Bombenanschl Leute verhörte te er für sechs gehaft. Erst a 1981 kam er w

In den verg hatte Lembke ger aufgebaut eine sechsköpf gesammelt. Al haftet wurde, kurz darauf. verraten zu mü

Der Lemb nicht die einzig pe in der He Uwe Jürgens Arzt aus Ber 50 Kilometer neburg liegt, f re. Der 50jäh selbst als unp schen aus: „ zur Wahl, ich welche Partei te."

Die Leute i das zum Teil a den Nazis um ist eine Schan doch den Ruf

der SU zu vermeiden. In jedem Fall aber sollten einheimische antikommunistische Kräfte jeglicher Couleur unterstützt werden. Anfänglich war der Grundgedanke, dass im Falle einer sowjetischen Invasion in Westeuropa sogenannte »Stay-behind-Netzwerke« gebildet werden müssen. Diese sollten in den besetzten Staaten Widerstand leisten und innenpolitisch Stabilität sichern. Sie sollten hinter feindlichen Linien operieren, Sabotageakte ausführen (z.B. Brücken und Industrieanlagen sprengen), Widerstandsbewegungen aufbauen, abgeschossen Piloten sowie unverzichtbare Wissenschaftler, Politiker, Industrielle evakuieren aber auch die außer Landes geschafften Regierungen mit Nachrichten versorgen. Die Strategen in Washington und London sahen allerdings die eigentliche Bedrohung in den starken kommunistischen Parteien und linke Bewegungen in den Demokratien in Westeuropa, hauptsächlich in Italien und Griechenland. Diese geheimen Armeen sollten durch terroristische Operationen die Linke vor Wahlen diskreditieren und schwächen sowie Ängste in der Bevölkerung schüren. Die Bandbreite dieser so genannten »Strategie der Spannung« ging von Farbanschlägen und Sprühereien hin zu Bombenanschlägen (das bekannteste ist wohl das Bombenattentat auf den Hauptbahnhof von Bologna am 2. August 1980 mit 84 Toten und vielen Verletzten) oder gezielte Tötungen u.a. von Polizisten. Daneben wurden im Auftrag der Geheimdienste Staatsstreiche geplant und ausgeführt, oppositionelle Gruppen zerschlagen, Menschen gefoltert und Medien manipuliert. Jens Mecklenburg beschreibt diese so genannte »Strategie der Spannung« als «[...] ein Konzept, das darauf abzielt, die politische Linke und Rechte als zwei sich und die Gesellschaft zerstörende Extreme darzustellen, die ein Land in das Chaos stürzen wollen.« Der Staat wird als Ordnungs- sowie Sicherheitsgarant dem gegenüber gestellt. Die langfristige Stabilisierung wird also durch eine kurzweilige Destabilisierung angestrebt. Geleitet wurde das europäische Terrornetzwerk durch die Abteilung für verdeckte Kriegsführung der NATO, dem »Allied Clandestine Commitee« (ACC) auch »Allied Coordination Commitee« genannt und dem »Clandestine Planning Commitee« (CPC) des Supreme Headquarters Allied Powers Europe (Shape) mit Sitz in Brüssel. Von dort aus wurden die heimlich aus den jeweiligen Staatshaushalten entnommenen Budgets vergeben und der Aufbau der terroristischen Kampfgruppen koordiniert.

Dieser Aufbau wurde Anfangs unter der Leitung des amerikanischen CIA sowie dem britischen MI6 und SIS, nach dem Vorbild der britischen Special Operations Executive (SOE) die im 2. Weltkrieg mit Fallschirmen hinter den deutschen Linien abgesprungen waren, vollzogen. Die Netzwerke wurden aus strikt antikommunistischen Teilen der Gesellschaft rekrutiert – von moderat Konservativen bis hin zu Neonazis, ehemaligen Mitgliedern der Waffen-SS und Mussolini-Faschisten. Was den gesellschaftlichen Stand angeht, waren Mafiosi, Fabrikarbeiter, Verwaltungsangestellte, Polizisten und Politiker Teil dieser Einheiten. Die direkte Ausbildung geschah auf abgelegenen Anlagen durch Teile der amerikanischen Green Berets Special Forces und den britischen SAS-Spezialeinheiten. Hierbei galt es den strikten Antikommunisten den Umgang mit Waffen, Munition, Sprengstoff, Granaten und Hightech-Kommunikationsmittel zu vermitteln. Sie lernten Waffenverstecke in Wäldern und in unterirdischen Bunkern anzulegen und geräuschlos zu töten. In Italien wurden die dortigen so genannten »Gladiatoren« in einem geheimen Ausbildungslager auf der Insel Sardinien bei Kap Marrargiu ausgebildet wo extra ein kleiner Hafen angelegt, Unterwasseranlagen für die Ausbildung von Froschmännern und zwei kleine Start- und Landebahnen errichtet wurden. In dem Fall wurden die »Gladiatoren« in getarnten Flugzeugen mit schwarzen Fenstern hingebracht, damit sie nicht sehen konnten, wo ihre Ausbildung stattfand. Den jeweiligen Parlamenten blieben diese Aktivitäten, die Struktur, Aufgaben und Ziele vorenthalten, allerdings wussten teilweise Premierminister, Präsidenten, Innenminister und Verteidigungsminister von der Existenz dieser Untergrundarmeen. Nachdem der italienische Premierminister Guilio Andreotti 1990 seine Aussagen vor den italienischen Senatoren tätigte und damit diese Strukturen of- →

[1] Die bekannt gewordenen Kenntnisse über Nato-Geheimstrukturen in Deutschland führten zu keinem innenpolitischem Skandal. Der Neonazi Heinz Lembke nahm sich das Leben, bevor er zur Herkunft seines Waffenlagers aussagen konnte.

Faksimile aus dem stern vom 12. November 1981

→

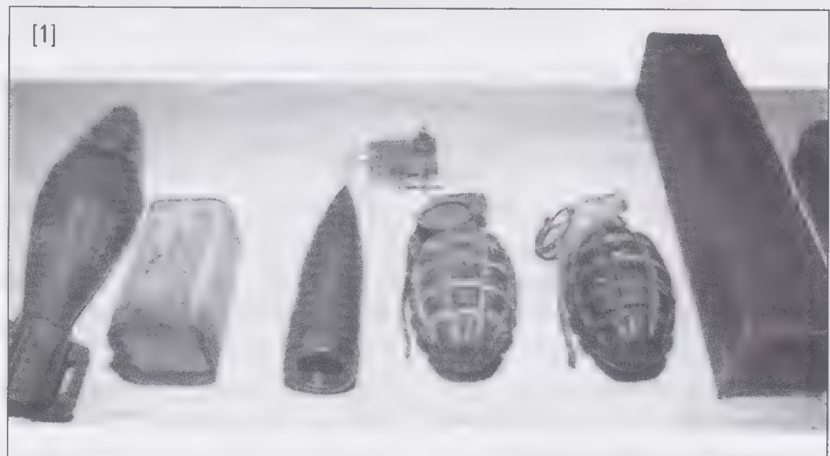
[1] Auch in anderen europäischen Staaten gerieten geheime Waffenlager aus CIA-Beständen ans Licht der Öffentlichkeit.

fen legte, berichteten mehrere Geheimdienstler, Strategen und Teile des Netzwerkes offen darüber. Im Zuge dessen wurde auch bekannt, dass ein letztes bestätigtes geheimes Treffen des ACC mit Repräsentanten der europäischen Geheimdienste am 24. Oktober 1990 in Brüssel stattfand. Am 22. November 1990 wurde der Gladio-Skandal auch vom Europäischen Parlament diskutiert. Nach der Debatte verurteilte selbiges die »heimliche Schaffung manipulierender und operativer Netzwerke« und fordert eine vollständige Untersuchung der Untergrundarmeen. Außerdem forderte sie die Mitgliedsstaaten auf, »alle geheimen militärischen und paramilitärischen Netzwerke abzubauen« sowie eine Transparenz auf allen Ebenen zu schaffen. Allerdings untersuchten lediglich Belgien, die Schweiz und Italien ihre geheimen Armeen mit Untersuchungskommissionen und veröffentlichten ihre Berichte. In den anderen westeuropäischen Staaten ist diese dunkle Geschichte des kalten Krieges bis heute nicht aufgearbeitet worden.

Das Netzwerk »Stay Behind« in der Bundesrepublik:

Im Frühjahr 1991 schrieb das AIB: »In der BRD war der eigentliche Skandal das Ausbleiben des Skandals [bezüglich der Nato-Geheimarmeen, d. Autor]. Während in Italien die Regierung in eine schwere Krise geriet, in vielen Ländern die vordersten Schlagzeilen der Presse sich des Themas annahmen und Untersuchungskommissionen eingesetzt wurden, blieb eine ähnliche Entwicklung in der BRD aus.« Das stillschweigende Einverständnis der demokratischen Parteien kann hierbei als exemplarisch angesehen werden. Lediglich eine Sitzung der für die Geheimdienste zuständigen Parlamentarischen-Kontroll-Kommission (PKK) fand, wie immer unter Ausschluss der Öffentlichkeit, statt. Weiter heißt es in dem damaligen AIB Artikel: »Eine Debatte im Bundestag, beantragt von Bündnis 90/Die Grünen, wurde mit den Stimmen von CDU, FDP und SPD abgelehnt. Die Presse wie auch die PKK wurde von dem, für die Geheimdienste zuständigen Koordinator im Kanzleramt, Lutz Stavenhagen, lediglich mit ein paar allgemeinen Ausführungen und wenigen [...] Details informiert.« Bekannt ist bislang folgendes: Die stay behinds sollten im Kriegsfall von einem Sender in Großbritannien geführt werden. Sie waren nach Zellenstruktur aufgebaut, d.h. Kleingruppen mit Zellenführern, die andere Gruppen nicht kannten. Der 47. Ausgabe des Magazins der Spiegel von 1990 ist zu entnehmen, dass der BND für Stay-Behind ein »Quellennetz« von 50 militärischen, 125 allgemeinen und 25 »Schleusungsquellen«, sowie 75 Stellen für die »Steuerungsorganisation« eingerichtet hatte. Als Vorläufer von Stay Behind ist der rechte »Bund deutscher Jugend« (BDJ) sowie seine Tarnstruktur »Technischer Dienst« (TD) zu nennen. In der Bundesrepublik waren die chaotischen Nachkiegsjahre optimal für den Aufbau antikommunistischer Gruppierungen wie dieser. Laut New York Times vom 10. Oktober 1952 wurden diese beiden Netzwerke vom CIA finanziert. In den beiden Organisationen sammelten sich ehemalige Wehrmachts- und SS-Angehörige, Neonazis und Konservative um sich für den »Fall X«, also eine Invasion der Warschauer-Pakt-Armeen, vorzubereiten. Sie legten z.B. so genannte schwarze Listen über bekannte Personen an um diese im »Fall X« zu eliminieren. Neben Mitgliedern der KPD fanden sich auf diesen Listen zahlreiche Sozialdemokraten, wie etwa Herbert Wehner, der Bremer Oberbürgermeister Wilhelm Kaisen, oder der damalige Innenminister Hessen Heinrich Zinnkann. Diese Listen wurden im Übrigen nach der offiziellen Auflösung des TD und dem Verbot des BDJ nicht etwa vernichtet, sondern, soweit noch greifbar, vom Verfassungsschutz übernommen. Desweiteren wur-

[1]



lest bis zum Auffliegen des NATO-Geheimdien-
Jahr 1990 einsatzbereit war. Eine interessante Mit
wußte *Burns* schließlich doch noch zu vermelden:

Karabiner, Maschinenpistolen, Handgranaten, Sprengstoff: Von der CIA in Österreich vergrabene Partisanenausrüstung


Symbol der Gladio: Kurzschwert, Fallschirm, Anker, Handgranate

den Depots mit Nachrichtentechnik, Sprengstoff, Funkgeräten und Waffen angelegt. Im Jahr 1952 wurden die Tätigkeiten des BDJ und des TD durch den ehemaligen SS-Angehörigen und Mitglied der beiden Organisationen, Hans Otto, durch seine Aussage im Frankfurter Polizeipräsidium aufgedeckt. Die polizeilichen Untersuchungen sowie die Abgabe an die Bundesanwaltschaft lösten damals einen ziemlichen Skandal aus. In der Nähe von Waldmichelbach (Odenwald /Hessen) wurde ein Ausbildungslager mit unterirdischer Schießanlage und Bunkern etc. entdeckt. Außerdem wurden bei Mitgliedern des Netzwerkes die Wohnungen und Grundstücke durchsucht und dabei neben Waffen und Sprengstoff auch verschiedene Unterlagen wie die oben bereits erwähnten »schwarzen Listen« beschlagnahmt. In Folge dessen gründete sich zwar eine deutsch-amerikanische Untersuchungskommission, allerdings löste diese sich schnell wieder auf und konnte keine relevanten Ergebnisse vorweisen. Durch diesen Flirt mit der Öffentlichkeit wurde »Stay Behind« allerdings nicht aufgelöst sondern bestand weiter. Neben dem BDJ und dem TD bestanden unabhängig davon auch Netzwerke wie Kiebitz 15, dass von den ehemaligen Wehrmachtsangehörigen Oberfeldwebel Heinrich Hoffman und Oberstleutnant Hans Rues geleitet wurden. Bekannt war das lediglich den Involvierten sowie den östlichen Geheimdiensten wie dem Ministerium für Staatssicherheit. Der ehemalige Mitarbeiter des BND, Norbert Juretzko, beschreibt es in seinem Buch »Bedingt dienstbereit« folgendermaßen: Die geheime Dienststelle am Bonner Platz in München »[...] wurde von der Gegenseite (das MfS, d. Autor) permanent observiert, die Mitarbeiter akribisch überwacht.« Juretzko selbst war Verbindungsführer des BND. Er warb »Quellen« an, bildete sie aus und führte sie. Bei der Selektion und dem Vorsortieren wurden Meldeämter, Passstellen aber auch lokale Behörden, Polizeistationen und Wehrkreisverwaltungen zur Hilfe gezogen. Aufmerksam auf die potenziellen »Gladiatoren« wurden die BNDler meist durch einen Tipp. Angeworben wurde die Quelle von dem AgentInnen, der sie später auch ausbildete und anleitete. War die so genannte »Klaransprache« erfolgreich, begann die Ausbildung. Modernste Funkgeräte wurden in die privaten Wohnungen und Häuser geschafft und Depots in der näheren Umgebung eingerichtet. In speziellen Fällen fanden auch gemeinsame Übungen mit Agenten aus Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Italien, Luxemburg, Norwegen und den USA statt.

Das Oktoberfestattentat:

Der Schweizer Historiker Daniele Ganser vermutet in seiner Dissertation, dass es bei dem Bombenanschlag auf das Oktoberfest 1980 in München Verbindungen zu Gladio-Mitgliedern gab. Von offizieller Seite wurde der Attentäter Gundolf Köhler zwar als Einzeltäter hingestellt, zahlreiche Indizien weisen jedoch auf die Beteiligung mehrerer Personen hin. So prahlte u.a. der Neonazi Stefan Wagner, Mitglied der rechtsextremen Wehrsportgruppe Hoffmann mit seiner Beteiligung an der Tat. Bei einem mysteriösen Amoklauf kurz darauf kam er allerdings zu Tode, so dass er für eine Vernehmung oder ähnliches nicht mehr zur Verfügung stand. Der Anführer selbst, Karl-Heinz Hoffmann, besaß laut AIB-Recherchen sehr enge Kontakte zu Gladio-Mitgliedern in Italien, u.a. zu dem hohen Mitglied der Geheimloge P2, Licio Gelli. Der Geheimdienstler Elio Ciolini geht sogar so weit zu behaupten, Hoffmann sei an der Planung des Attentats auf den Bahnhof von Bologna beteiligt gewesen. Im Zuge der Ermittlungen bezüglich des Attentats auf das Oktoberfest, stießen die Behörden auch auf ein Waffenlager des Forstmeisters Heinz Lembke, der ebenfalls enge Kontakte zur Wehrsportgruppe Hoffmann pflegte. Mit Blick auf das Ausmaß der Funde (laut Lembkes selbst erstellter Liste u.a. automatische Waffen, 13.520 Schuss Munition, 50 Panzerabwehrrohre, 156 kg Sprengstoff, 230 Sprengköpfe, 258 Handgranaten, chemische Kampfstoffe (u.a. Phosphor, Zyankali, Arsen und Strychnin) sowie Bundeswehrunterlagen über das Sprengen und Minenlegen sowie zur Panzerabwehr) erklärte der damalige Innenminister Egbert Möcklinghoff: »die Waffen können nicht aus Diebstählen bei der Bundeswehr stammen sondern müssen regelrecht angeliefert worden sein«. Die Herkunft der Waffen konnte jedenfalls, laut offiziellen Angaben, nicht festgestellt werden. Lembke nahm sich im Gefängnis nach einigen Tagen Haft das Leben und konnte so nichts mehr zu dem Fall beitragen. Kurz vorher soll er allerdings gegenüber einem Beamten angegeben haben, dass er die Herkunft der Waffen aufdecken werde. ■

Das rechte Weblog »PI News«

Unfassbar! Beim Weblog »Politically Incorrect« (PI) gibt man sich geschockt. »In der Nacht von Dienstag auf Mittwoch«, schreibt PI, »wurde auf die Geschäftsstelle der Fraktion Pro Köln ein neuer Anschlag mit Farbbomben verübt.« Mit Farbbeuteln? Nein, mit Farbbomben. Denn schließlich hat PI denselben Hauptfeind wie Pro Köln, nämlich den Islam, und daher muss, wer Pro Köln bekleckert, ein schlimmer Attentäter sein und wirft keine Beutel, sondern Bomben. Unfassbar.

Gut viereinhalb Jahre ist es her, dass der Sportlehrer Stefan Herre aus Bergisch Gladbach sein Weblog PI gegründet hat. Der Name sei ein Ausdruck seiner »totalen Aversion gegen die linksideologische ›Political Correctness‹, die seit einigen Jahren in Europa Einzug gehalten hat«, schreibt Herre – und greift damit ein oft gebrauchtes rechtes Schlagwort auf. Der CDU-nahe Webaktivist hat sich ganz dem Kampf gegen den Islam verschrieben, den er mit heftigsten Beleidigungen führt, und er ist, zumindest quantitativ, recht erfolgreich: Mehr als 30.000 Besucher zählt PI jeden Tag, und damit gehört es zu den meistfrequentierten politischen Weblogs der Bundesrepublik. Das Team, das die Website betreut, besteht mittlerweile aus fünf Personen, die angeblich ehrenamtlich tätig sind. Das Projekt, dem es gelingt, zahlreiche Leserinnen und Leser zum Informationen liefern und damit zu aktiver Mitarbeit zu bewegen, macht seit einiger Zeit auch in Printmedien und im Rundfunk Schlagzeilen – wegen seiner Rechtslastigkeit.

Nach außen bemüht sich PI um einen seriösen Touch. »Proamerikanisch« will das Weblog sein – eine völlig in die Irre führende Behauptung. PI steht der imperialen Politik Washingtons nahe, die sich gerade unter der jetzt abgewählten Regierung recht weit von einigen zutiefst demokratischen Idealen entfernt hat, die die politische Kultur in den Vereinigten Staaten prägen. Er habe sein Weblog im November 2004 gegründet, weil er »dem plumpen Bush-Bashing hierzulande entgegenwirken wollte«, berichtete Herre im Juli 2007 der »Jungen Freiheit« und bekannte: »Gäbe es die deutsche Variante der amerikanischen Republicans, wäre ich (einer Parteimitgliedschaft) nicht abgeneigt.« »Als Barack Hussein Obama die Präsidentschaftswahlen gewann«, heißt es dagegen auf dem Weblog, »haben sich nicht alle bei PI gefreut.« Da wankt die Haltung von Herre, die eben nicht schlicht proamerikanisch, sondern den US-Republikanern verpflichtet ist: Allein die Hoffnung, »auch ein linksgestrickter Präsident« könne die imperiale Politik Washingtons nicht brechen, hält ihn noch bei der Stange.

Mit der US-amerikanischen Rechten teilt PI die Sympathie für besonders reaktionäre Varianten des Christentums. Verlinkt hat das Weblog nicht nur die Zeitschrift »Christliches Medienmagazin pro«, die vom »Christlichen Medienverbund KEP« – ehemals »Konferenz Evangelikaler Publizisten« – veröffentlicht wird, sondern auch die Website der evangelikalen Organisation »Christian Solidarity International« (CSI), die sich für tatsächlich oder angeblich unterdrückte Christinnen und Christen in aller Welt einsetzt. Auch die katholische Kirche wird berücksichtigt – mit einem Link zum Aachener »MM Verlag«. Dort erscheint etwa ein »Handbuch Glaube und Leben« (Herausgeber: »Referat für Ehe und Familie der Erzdiözese Salzburg«), aber auch »Der ›Fall‹ Opus Dei«. Dabei handelt es sich um ein Buch von Vittorio Messori, das als Gefälligkeitsarbeit für Opus Dei gelten kann. Opus Dei-Gründer Josemaría Escrivá war immerhin ein Freund des spanischen Faschisten Francisco Franco, seine Organisation stellte dem Regime mehrere Minister.

Bei der Verteidigung des Christentums kennt PI offenbar keine Grenzen. Nicht nur den Papst, auch die Priesterbruderschaft St. Pius X. nimmt Stefan Herres Crew nach der Aufhebung der Exkommunikation eines ihrer Bischöfe, der die Shoah geleugnet hatte, in Schutz – trotz der stark antisemitischen Positionen, die die Pries-



Foto: Bjorn Kietzmann

terbruderschaft auch sonst vertritt. PI hat eigens einen Beitrag aus dem Weblog Catholic Church Conservation übersetzt, in dem Michel Friedman wegen seiner Kritik an der Priesterbruderschaft zurechtgewiesen wird. »Genauso wie die Deutschen die Juden unter dem Nationalsozialismus ohne Grund angriffen«, heißt es in dem Pamphlet, »haben Sie eine Gruppe tiefgläubiger Katholiken grundlos angegriffen und beschuldigt.«

PI – laut Eigeneinschätzung »proisraelisch« – transportiert nicht nur antisemitische Statements, sondern alle möglichen rechten Stereotypen. Von grassierender »Ausländerkriminalität« ist stets die Rede; PI will sie mit der Dokumentation möglichst jeder von Nichtdeutschen begangenen Straftat nachweisen. Anlässlich des Hamburger Ehrenmord-Prozesses hieß es im Februar 2009 auf der Website: »Man muss dem eingebürgerten Clan aus Afghanistan direkt dankbar sein. Selten werden einer breiten Öffentlichkeit so klar die Folgen einer verfehlten Einwanderungspolitik vor Augen geführt.« Inhaltlicher Schwerpunkt bei PI ist jedoch stets die antiislamische Agitation. »Die Ausbreitung des Islam bedeutet ..., dass unsere Nachkommen – und wahrscheinlich schon wir selbst – aufgrund der kulturellen Expansion und der demographischen Entwicklung in zwei, drei Jahrzehnten in einer weitgehend islamisch geprägten Gesellschaftsordnung leben müssen, die sich an der Scharia und dem Koran orientiert und nicht mehr am Grundgesetz und an den Menschenrechten«, behauptet das Weblog. Ähnliche Wahnfantasien tauchen immer wieder auf, gekoppelt mit Verschwörungstheorien. So soll Bischof Williamson mit seiner Leugnung der Shoah in die Falle eines Interviewers getappt sein – und der war, jedenfalls laut PI, ein Türke muslimischen Glaubens.

PI-Gründer Stefan Herre sucht sich ganz gezielt Bündnispartner für seine Agitation – in der äußersten Rechten. Kurz nach dem Start seiner Arbeit an dem Weblog fing er an, Leserbriefe an die »Junge Freiheit« zu schreiben, bis diese ihm schließlich einen Artikel sowie ein ganzseitiges Interview einräumte. Auf PI hat Herre Links zu weiteren Rechtsaußen-Publikationen angebracht: zur »Jungen Freiheit«, zu »Gegengift«, zur »Blauen Narzisse« und zu »Eigentümlich frei«. PI verteidigt den CDU-Politiker Hinrich Rohbohm, der für die »Junge Freiheit« arbeitet, und nennt die mehr als 6.000 Neonazis, die im Februar durch Dresden marschierten, wohlwollend »friedlich«. Besondere Aufmerksamkeit widmet das Weblog Pro Köln und Pro NRW.

Spätestens hier wird die Zuarbeit von PI für die extreme Rechte praktisch relevant. Das Weblog hat über die jüngsten Kundgebungen von Pro Köln kontinuierlich und mit Sympathie berichtet und ausdrücklich um Teilnahme an den Aktionen gegen den Moscheebau in Köln-Ehrenfeld geworben. »Linksfaschisten stören Pro Köln-Veranstaltung«, hieß es nach antifaschistischen Protesten gegen die antiislamische Agitation. Der Oberbürgermeister, der sich für den Moscheebau ausspricht, wird von PI »Türkenfritz Schramma« genannt. Das Weblog entwickelt sich damit schrittweise zu einem Agitationsportal für die Politik von Pro Köln – und verschafft Manfred Rouhs, Markus Beisicht, Judith Wolter und Konsorten ein Publikum, von dem diese bislang nur träumen konnten. ■

»Lebe deinen Albtraum«

oder: Die subjektive Geschichte des Tibor Sturm, die objektiver nicht sein könnte.



Angela Kamara/Brothers Keepers

Im Frühjahr 2008 wird Tibor Sturm, auch bekannt unter seinem Künstlernamen QuietStorm, zu sieben Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt. Im Kampf mit sechs Neonazis hatte er einen seiner Angreifer so unglücklich verletzt, dass dieser ins Koma fiel.

Es ist ein frostiger Wintermorgen, als Tibor Sturm am 30. Januar 2009 hinaus auf die Sebastianstraße tritt. In Ingolstadt weht ein unangenehmer Wind und Tibor beobachtet einen kurzen Moment lang, wie sein Atem zu kleinen Wölkchen kondensiert. Mit geschlossenen Augen holt er tief Luft, hält inne und genießt das wohlige Kribbeln, welches sich langsam in seinem Körper ausbreitet. Er will sie spüren, die neugewonnene Freiheit – diesen besonderen Augenblick festhalten, so lange es geht.

»Das kostbarste Gut eines Menschen ist die Zeit«, erklärt der 32-Jährige einige Wochen später im Gespräch. »Durch meine Zeit im Gefängnis habe ich ›wieder‹ gelernt, jeden Moment bewusst wahrzunehmen.« Dann schweigt er und ergänzt: »Sieben Monate Haft können eine verdammt lange Zeit sein. Vor allem, wenn man sich keiner wirklichen Schuld bewusst ist.«

Die Tat, aufgrund derer der fränkische Rapper verurteilt wurde, liegt rund vier Jahre zurück. An einem regnerischen Abend im Dezember 2005 ist er auf dem Nachhauseweg von einer Party in Nürnberg. Nahe der Steintribünen, an einem kleinen Pfad nicht weit ab dem Dutzendteich, pöbeln ihn sechs angetrunkene Männer an und brüsten sich mit rechten Parolen. Als der Satz »Haut den Nigger weg!« fällt, rennt Tibor instinktiv los, den schmalen spärlich beleuchteten Weg entlang, hinter sich den grölenden Mob. Schließlich bleibt er stehen, ringt nach Luft. Kurz darauf trifft ihn ein erster Fausthieb. Es folgt ein Gerangel und Tibor geht ein wenig abseits des Weges zu Boden. »Ich bin zur Seite getaumelt und fiel auf's Gras. Es war komplett dunkel«, erinnert er sich. »Ich hab' um mich getastet und während des Aufrichtens was zu greifen bekommen. Dann hab ich mit dem ganzen Schwung vom Aufstehen durchgezogen.« Dass er dabei einen seiner Kontrahenten trifft, registriert er nicht. »Ich hab' eine Art Vibration gespürt, der Ast, ich dachte, es sei ein Ast, ist zerbrochen.« Der Kampf geht weiter bis in der Ferne Sirenen zu hören sind und Scheinwerferlicht die Szenerie beleuchtet.

Wenig später erfährt Tibor, dass der vermeintliche Ast ein Holzpfahl war und die verspürte Vibration nicht das Brechen eben jenes Pfahles sondern des Kopfes eines seiner Angreifer. Dieser liegt nun mit Schädelbruch und Kleinhirnquetschung im Wachkoma. Er wird zwar überleben, muss jedoch das Sprechen und das Laufen neu erlernen. Tibor wird von der Polizei verhört.

In den folgenden Monaten wähnt Tibor sich in einem schlechten Film: die Anklage, die Gerichtsverhandlung, das Urteil. »Ich wurde wegen ›exzessi-

ver Selbstnotwehr‹ verurteilt«, erläutert der Vater zweier Kinder noch immer ungläubig. Zum Verhängnis wird ihm seine elfjährige Kampfsporterfahrung. Erschwerend hinzu kommen die »Nutzung eines Hilfsmittels« sowie seine Körperstatur von 1,96 Metern. Nach Meinung des Richters hätte er die Wirkung seiner Kräfte besser einschätzen müssen. Aber auch seine Missachtung des Gerichts wirkt sich nicht zum Vorteil aus. »Ich habe gelacht und Fragen nicht beantwortet«, gibt der Verurteilte zu. »Für mich war das alles ein Witz. Ich hab' gedacht, der Richter steht jeden Moment auf und sagt: Freispruch!«

Kurz vor Haftantritt im Juni 2008, trifft Tibor sich mit dem Regisseur Otu Tetteh, der ihn während seiner letzten Tage in Freiheit begleitet. Gemeinsam drehen sie die Kurzdokumentation »Lebe deinen Albtraum« (www.alptraum.be). Tetteh porträtiert einen jungen Mann, der sich an das Geschehene erinnert. Bewusst persönlich, subjektiv und fokussiert fängt er dabei eine ohnmächtige – gar einsame – Stimmung ein, die genau jene Unfassbarkeit zum Ausdruck bringen soll, die Tibor in jener Zeit fühlt. »Tibors Geschichte ist eine Tatsache«, erklärt der Filmemacher. »Letztlich spiegelt die Dokumentation nur einen kleinen Teil des riesigen Mosaiks namens Rechtsextremismus wider.« Es ist ein Film, der die Aufmerksamkeit auf eine »prekäre Gerichtsentscheidung« lenken soll, denn »offensichtlich schafft Recht alleine noch keine Gerechtigkeit«.

Von der Aufregung, die »Lebe deinen Albtraum« auslöst, bekommt Tibor zunächst nichts mit. Die ersten 18 Tage seiner Haft verbringt er, abgeschottet von der Außenwelt, in der JVA Eichstätt und erinnert sich: »23 Stunden auf sechs Quadratmetern, ein kleines vergittertes Fenster, das selbst für mich zu hoch lag, um rauszuschauen.« Schließlich wird er nach Ingolstadt verlegt, vom geschlossenen in den offenen Vollzug – mit Fernseher auf der Zelle und zweimal 48 Stunden Freigang im Monat.

Doch auch der offene Vollzug ist kein Zuckerschlecken. Einer der Häftlinge macht aus seiner nationalistischen Gesinnung keinen Hehl und stachelt neun weitere Mitinsassen gegen Tibor auf. »Ich hatte über drei Wochen meine persönliche ›No-Go-Area‹ im ersten Stock des Gebäudes.« Von den Beamten sei ohne Beweise für ›das Mobbing‹ keine Hilfe zu erwarten gewesen, erinnert er sich. Erst der Dienstleiter bereitet dem Treiben ein Ende.

Seinen ersten Hafturlaub nutzt der Rapper für einen Abstecher nach Isny im Allgäu, wo er bei einem Konzert spontan gemeinsam mit Künstlern des bekannten Musikkollektives Brothers Keepers auf der Bühne steht. Seit Ende 2007 ist er Mitglied des Vereins (www.brotherskeepers.org) und arbeitet in dessen Namen gegen Rechtsextremismus und Rassismus. Zum einen lässt genau diese Tatsache seine Verurteilung als doppelten Hohn erscheinen. Zum anderen bestärkt sie ihn jedoch auch in der Notwendigkeit aktiv zu sein und zu bleiben. Denn die Ausmaße des alltäglichen Rassismus bleiben Tibor auch während seiner Inhaftierung nicht verborgen.

So haben die Insassen im offenen Vollzug die Möglichkeit, außerhalb der Gefängnismauern Jobs zu erhalten. Als nach einem Gas-Wasser-Installateur für eine Baustelle gesucht wird, stehen zwei Männer zur Auswahl: ein gelernter Gas-Wasser-Installateur mit türkischer Herkunft und ein Bäcker »ohne Migrationshintergrund«. Mit der eindeutigen Begründung, Türken wolle man nicht haben, entscheidet sich das Bauunternehmen für den Bäcker.

»Was da zum Teil abläuft, ist wirklich unglaublich«, regt Tibor sich noch immer auf. Rassismus und Rechtsextremismus sei kein ostdeutsches Problem. »Über die »Bürgerinitiative Ausländerstopp« (BIA) zogen zum Beispiel nach der Kommunalwahl sowohl in Nürnberg als auch in München NPD-Funktionäre in den Stadtrat ein. Bei meinen Workshops an Schulen spreche ich das offen an.«

Unter dem Titel »Neue Qualität des Rechtsextremismus. Jugendliche im Visier totalitärer Bewegungen« geht Tibor seit seiner Freilassung für Workshops wieder an Schulen. Die Aufklärungsarbeit ist ihm wichtig, auch wenn er damit nicht ungefährlich lebt: »Soweit ich weiß, hat mich der Verfassungsschutz für den Raum Bayern in die Top 7 der am meisten durch Rechtsextremismus gefährdeten Personen eingestuft«, lautet sein kurzes Statement auf die Frage, ob er denn keine Angst habe.

Gemeinsam mit dem Filmemacher Otu Tetteh plant er zudem einen Spielfilm namens »NoGo«, in welchem – ähnlich Tibors Geschichte – ein afrodeutscher Jugendlicher plötzlich »vom Opfer zum Täter« wird. »Die vielen Rückmeldungen auf ›Lebe deinen Albtraum‹ haben mich bestärkt, das Projekt in Angriff zu nehmen. Ich hoffe, das die Finanzierung klappt«, erzählt Tetteh. Tibor ist da ganz zuversichtlich, er steckt voller Tatendrang. Das Manuskript zu seinem Buch »7 Monate für ein Leben – ein afrodeutscher Alptraum« ist geschrieben und wird derzeit überarbeitet.

Das deutsche Rechtssystem hingegen agiert nicht so schnell. Das Verfahren gegen Tibors Angreifer läuft, wobei erwähnt werden muss, dass alle Angeklagten in einem ersten Urteil freigesprochen wurden. Aufgrund von »Verfahrensfehlern« kam es jedoch zu einer Wiederaufnahme des Falles. »Das laufende Verfahren ist auch der Grund, warum es keine Akteneinsicht gibt und bisher nur meine Version der Geschichte bekannt ist«, erklärt Tibor.

Bleibt zu hoffen, dass der Blinde zum Sehenden wird – vor allem auf dem rechten Auge der Justiz. Das letzte Urteil zumindest ist noch nicht gefallen. ■

Kontakt
Brothers Keepers e. V.
Postfach 100 524
50445 Köln

verein@brotherskeepers.org

www.brotherskeepers.org

Unterstützung:
Brothers Keepers e. V.
Postbank Dortmund
Kto. 6367 05460
BLZ 440 100 46

Der ungleiche Kampf in Russland

Von einer breiten Bewegung gegen Neonazis wagen russische Antifaschisten noch nicht mal zu träumen.

Ulrich Heyden, Moskau

Der Autor lebt und arbeitet seit 1992 als Korrespondent in Moskau. Er arbeitet für die Sächsische Zeitung, den Rheinischen Merkur, den Freitag und andere deutschsprachige Medien.

Wenn Hugo Chavez oder Evo Morales während ihrer Moskau-Besuche abends mit einer Pelzmütze auf dem Kopf in der Stadt spazieren gegangen wären, hätten sie einiges riskiert. Vielleicht einen Schlag von Hinten mit einem Knüppel oder ein Messer in der Kehle. Der Kreml umwirbt zur Zeit die Staatsführer aus Lateinamerika aber Studenten aus Lateinamerika, China oder Afrika, die an der Universität für Völkerfreundschaft studieren und Gastarbeiter aus Zentralasien oder Unternehmer aus Armenien und Aserbaidschan leben in Moskau gefährlich, kurz Alle, die ein nichtslawisches Äußeres haben.

Das Analyse-Zentrum »Sova«, eine NGO mit Sitz in Moskau, dokumentiert rassistische Gewalt-Taten. Die stellvertretende Leiterin des Zentrums, Galina Koschewnikowa, stellte Anfang Februar auf einer Pressekonferenz in Moskau den »Sova«-Bericht für 2008 vor. Danach ist die Zahl der rassistischen Überfälle in Russland von 2007 auf 2008 zwar von 605 auf 525 Fälle zurückgegangen. Gleichzeitig aber stieg die Schwere der Verbrechen. So erhöhte sich die Zahl rassistisch motivierter Morde von 85 auf 97 Fälle.

Die Expertin wies zudem darauf hin, dass ein großer Teil der Gewalt-Delikte weder von den Opfern noch von der Polizei gemeldet wird. Der Grund: Die Einen haben Angst, die anderen wollen ihre Statistik niedrig halten.

»Keine Angst« titelte die Nowaja Gaseta nach dem Doppelmord an dem linken Anwalt Stanislaw Markelow und der Journalistin Anastasija Baburowa, der wahrscheinlich von Ultranationalisten oder Neonazis verübt wurde. Diese Kräfte fürchten sich nicht vor staatlicher Verfolgung. »Die Mörder haben keine Angst. Weil sie wissen, dass man sie nicht bestrafen wird. Aber auch die Opfer hatten keine Angst. Denn wenn du andere beschützt, hörst du auf, dich zu fürchten«, beschreibt die Kommentatorin der »Novaja Gaseta« die Situation in Russland. Aus den Zeilen spricht Verzweiflung.

Die linken und liberalen Journalisten, Menschenrechtler und Antifa-Aktivisten sind sehr aktiv. Sie veranstalten Pressekonferenzen, fordern auf Demonstrationen die Aufklärung des Moskauer Doppelmordes und schreiben Artikel. Doch die aktive Antifa-Arbeit beschränkt auf ein paar Hundert Menschen. Abseits stehen Russlands große linke Parteien, wie die KPRF und die Kreml-Partei »Gerechtes Russland« (GR), die auch in der Duma vertreten sind. Einzelne Abgeordnete, wie der stellvertretende GR-Vorsitzende Oleg Schein engagieren sich aktiv gegen Rechtsradikale, das war es dann aber auch schon. Schweigen auch unter Künstlern, Sportlern, Geistlichen und anderen Vertretern des öffentlichen Lebens.

Ein breites Bündnis gegen die Gewalt der Neonazis in Russland steht bei Menschenrechtlern, Liberalen und Linken bisher nicht wirklich zur Debatte, denn es fehlen die Zugpferde für solch ein Unternehmen. Wenn der Rock-Musiker Juri Schewtschuk (DDT) und der Film-Regisseur Aleksandr Sokurow – beide kommen aus St. Petersburg – die ausländerfeindliche Gewalt verurteilen, dann sind das Einzelstimmen die von den Medien übergangen werden. Die kleinen russischen Antifa-Gruppen sehen sich vor diesem Hintergrund als einzige Kraft die praktisch etwas gegen Skinheads unternimmt. Inzwischen bilden sich nach Sova-Angaben auch Gruppen junger Kaukasier, welche Neonazis überfallen. Dies könnte die Ausländerfeindlichkeit weiter anheizen, heißt es in dem Bericht warnend. Die Situation der russischen Antifaschisten ist wesentlich schwieriger als in Europa. Die wichtigste Aufgabe wäre es, der staatlich geduldeten Ausländerfeindlichkeit etwas entgegenzusetzen. Doch die Journalisten in den vom Staat kontrollierten Medien wagen es nicht oder sehen nicht die Notwendigkeit für Toleranz gegenüber Arbeitern und Studenten aus Asien, Afrika und Lateinamerika zu werben. Erschwerend kommt hinzu, dass die

Ausländer selbst politisch nicht organisiert sind und keine Sprecher haben, die in den staatlichen Medien wahrgenommen werden.

Die russische Intelligenz, die sich traditionell als Avantgarde der Gesellschaft sieht, vertritt entweder nationalistische Positionen oder hat nicht den Mut, sich mit der latenten Ausländerfeindlichkeit in der Bevölkerung auseinanderzusetzen. Dort wo sich die russische Intelligenz trifft, in Buchhandlungen, auf Kunst-Events und privaten Feiern sucht man vergeblich nach Usbeken, Aserbaidschanern und Moldawiern. Die findet man höchstens in der Küche von Restaurants oder Catering-Firmen. Es gibt also noch nicht einmal menschliche Berührungspunkte zwischen Russen und Menschen aus den armen Ländern am Rande Russlands. In Sowjetzeiten gab es noch viele gemischte Ehen zwischen Russen und Nicht-Russen. Doch heute sind solche Verbindungen nicht besonders gut angesehen. Vom Schweigen der Intelligenz profitiert die eng verwobene Szene von Ultranationalisten, Neonaziskinheads und Neonazis. Heute gibt es in Russland zahlreiche neonazistische Websites, es gibt Trainingslager außerhalb der Städte und es gibt ein Unterstützer-Umfeld, welches in die Moskauer Mittelschicht hineinreicht. Außerdem gibt es nach »Sova«-Angaben Kontakte zwischen Skinheads und der Armee. Einige Einberufungs-Ämter arbeiten nach Angaben der NGO mit Wehrsportlagern zusammen, die von Rechtsradikalen geführt werden. Mord-Drohungen gegen Anti-Faschisten und Menschenrechtler sind an der Tagesordnung. Die Drohungen reichen bis in die jüngste Zeit. Unmittelbar nachdem Galina Koschewnikowa auf einer Pressekonferenz in Moskau den Bericht über rechtsradikale Gewalttaten im Jahre 2008 vorgestellt hatte, erhielt sie über das Internet eine anonyme Mord-Drohung. Sie zeige »übermäßige Aktivität« hieß es in dem Droh-Brief.

Während sich Liberale, Menschenrechtler, Linke und Anarchisten mühsam auf erste gemeinsame Demonstrationen verständigen – Anlass war der Moskauer Doppelmord – versuchen die russischen Neonazis die sozialen Folgen der Finanzkrise für Massen-Aktionen zu nutzen. Wie der »Sova«-Bericht feststellt, versuchen die Rechtsradikalen gezielt Konflikte zwischen Russen und Gastarbeitern zu schüren. Als Vorbild dient den Zündlern die karelische Stadt Kondopoga, wo es im August 2006 – nach einer von Russen provozierten Schlägerei in einer Bar – zu einer Massenschlägerei zwischen Russen und Kaukasiern kam, bei der zwei Russen getötet wurden. Auf einer Kundgebung an der sich über 2.000 Menschen beteiligten wurde die Ausweisung aller Kaukasier und die Bildung einer Bürgerwehr gefordert. Die Tschetschenen, welche in Kondopoga traditionell stark als Händler vertreten sind, mussten die Stadt verlassen.

In den letzten Monaten durften selbsternannte Experten in den staatlich kontrollierten Medien vor Massen-Unruhen warnen, die angeblich kurz bevorstehen, angezettelt von arbeitslosen Gastarbeitern. Es gibt zwar hier und da Schlägereien zwischen Russen und ausländischen Arbeitern aber die gab es auch schon vor der Finanzkrise. Von Massen-Unruhen ist weit und breit nichts zu sehen.

Die ausländerfeindliche Stimmung wird von Kreml-nahen Jugendorganisationen wie »Die Lokalen« oder »Junge Garde« verstärkt. Sie demonstrierten bereits mit Parolen wie »Koffer, Bahnhof, nach Hause«, eine Aufforderung an alle Gastarbeiter aus Zentralasien und dem Kaukasus, Moskau möglichst schnell zu verlassen und die Arbeitsplätze für Russen frei zu machen. Doch selbst eingefleischte Nationalisten wissen im Grunde, dass sich für die 400 Euro-Knochenjobs auf dem Bau und in der Reinigungsbranche gar keine Russe findet, die Asiaten also unabkömmlich sind. Zehn Millionen Gastarbeiter leben zur Zeit in Russland, nur zwei Millionen von ihnen sind offiziell registriert.



[1] Neonazis beim »Russischen Marsch« in Moskau 2006

Immerhin: Die russische Justiz arbeitet seit etwas zwei Jahren wesentlich aktiver an der Verfolgung rechtsextremer Gewalttaten. Bis dahin wurden Überfälle von Neonazi- und Skinhead-Gruppen von der Polizei als »Rowdytum« heruntergespielt. Doch die Gewalttaten sind inzwischen so brutal, dass die Justizorgane sich offenbar zum Handeln gezwungen sehen. So gab es letztes Jahr gleich drei spektakuläre Mord-Prozesse gegen Skinhead-Banden, unter anderem gegen die »Ryno-Bande«, die bei ihren nächtlichen Streifzügen durch die Stadt 21 Ausländer umgebracht hatte.

Auf der Pressekonferenz in Moskau lobte Galina Koschewnikowa ausdrücklich das neue Verhalten der Justizorgane. Laut Sova-Bericht gab es im letzten Jahr wegen rassistischer Gewalt insgesamt 33 Urteile mit 114 Verurteilten. 33 Personen wurden zu Gefängnisstrafen von zehn Jahren verteilt, vier Personen bekamen lebenslange Haftstrafen. Außerdem gab es 49 Urteile wegen »ausländerfeindlicher Propaganda«, wobei 22 Gefängnis- und 25 Bewährungsstrafen verhängt wurden. Für Russland sind diese Zahlen ein Novum, denn bisher gab es kaum Urteile wegen rechtsradikaler Delikte. ■



[illegible] (Hrsg.):
Rechtspopulismus als »Bürgerbewegung«. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien.
VS Verlag für Sozialwissenschaften.
Wiesbaden. 292 S.
[illegible]

Rechtspopulismus als Bürgerbewegung

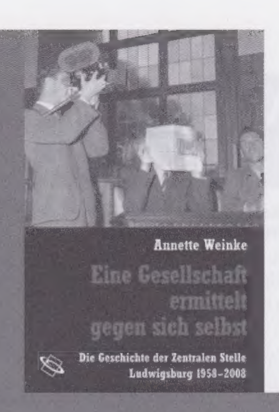
Ein paar Monate ist es her, dass ein breites antifaschistisches Bündnis den »Anti-Islamisierungskongress« der vermeintlichen Bürgerbewegung »Pro-Köln« in der Domstadt am [illegible] extremer aus dem In- und Ausland sollte den Startschuss zu einer neuen – nun auch über die Grenzen von Köln hinaus aktiven – Par- [illegible] rechtspopulistisch bezeichnet. Kampagnenhaftes Vorgehen gegen Moscheen, aber auch gegen »Ausländerkriminalität« und progressive kommunale Projekte in der Drogenprävention soll die Partei neuen Typs 2009 in den Landtag von NRW spülen. »Pro-Köln«/»Pro-NRW« bietet sich als Wahlalternative für den westdeutschen Spießer an, der sich von allem gestört fühlt, was aus der Gartenzwergidylle heraus fällt. »Pro-Köln« agiert, wenn es ihren Kadern gelingt, sich als betroffene Bürger in Szene zu setzen, streckenweise nicht unerfolgreich.

Nun liegt mit dem Sammelband »Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien«, erstellt von Alexander Häusler, die erste wissenschaftliche Analyse vor, die diese Organisierung rechts der CDU sowie die Beteiligung von Rechtspopulisten in kommunalen Konflikten um den Bau von Moscheen unter die Lupe nimmt. Die »Pro-Bewegung«, wie auch der Streit um Moscheeneubauten ist kein Kölner Spezifikum, weshalb eine Beschäftigung mit diesen [illegible] Rheinlandes erforderlich ist. Der Herausgeber der Veröffentlichung ist Sozialwissenschaftler [illegible] dorf. Häusler ist ausgewiesener Experte für »Pro Köln« und deren Ableger »Pro NRW« sowie für Rechtspopulismus im Allgemeinen. Er holte sich außerdem einen guten Mix an Au- [illegible] füllt seinen Anspruch der Interdisziplinarität hierbei mit Gewinn für den Leser. Neben Sozial- und Politikwissenschaftlern sowie Journalisten, die ihren Fokus auf die deutsche extreme Rechte gelegt haben, finden auch Autoren aus der Migrationsforschung und Integrationsarbeit Eingang in das 21 Aufsätze starke Buch. Eine Aufteilung wurde in vier [illegible] sten Block wird sich politikwissenschaftlich mit dem Begriff des Populismus und dem Politikstil des Rechtspopulismus kritisch auseinander gesetzt. Im zweiten Teil »Genese, Struktur und Methodik einer neuen rechtspopulistischen Partei« werden die Aktivitäten und das Personal der »Pro«-Vereinigungen bundesweit beleuchtet. In »Islam und Moscheebau im Kontext politischer Auseinandersetzungen« wird die gesellschaftspolitische Dimension des Streites um Integration und Umgang mit dem Islam zur Sprache gebracht. Besonders erwähnenswert ist hier der Essay des Frankfurter Erziehungswissenschaftlers Micha Brumlik, der sich scharf mit dem Kölner Publizisten und Holocaust-Überlebenden Ralph Giordano und dessen trauriger Rolle bei der argumentativen Munitionierung der Rechtspopulisten auseinandersetzt. Der letzte Block mit vier Aufsätzen soll Handlungsstrategien gegen die rechtspopulistische Gefahr aufzeigen. Gerade die Vielfalt des Buches macht es zu einem guten Werkzeug für alle, die nicht tatenlos daneben stehen wollen, wenn diese recht jungen Vereinigungen das gesellschaftliche Klima vergiften.

FK [illegible] ■

Deutschlands Nachtgesicht

In diesem Jahr feiert sich die Bundesrepublik als Erfolgsmodell. Grundgesetz und Wiedervereinigung gelten als Ecksteine der Berliner Republik.
Besonders stolz tragen Politik, Medien und manche Historiker die Behauptung vor sich her, die angeblich so vorbildliche Bewältigung der NS-Vergangenheit könne ein Demokratie-Exportgut des neuen Deutschland sein. Das Buch der Berliner Historikerin Anke Weinke hingegen zeigt dem Leser das Nachtgesicht bundesdeutscher Geschichte: der widersprüchliche Versuch der frühen Bundesrepublik, die juristische Schuldabwehr aufzugeben.
Zum 50. Jahrestag der Gründung der Ludwigsburger Zentralstelle für Kriegsverbrechen war die Presse voll des Lobes über dieses Beispiel gelungener juristischer Aufarbeitung von NS-Verbrechen in der alten Bundesrepublik. Es ist Joachim Perels (siehe auch Artikel auf Seite 40) zu danken, dass er in seinem Geburtstagstext auch jene Schleifen flocht, die keine hellen Farben tragen. Dass und in welchem Maße die Zentralstelle Gegenstand heftiger politischer Kontroversen war, als veritable Teile der politischen Klasse das Projekt einer koordinierten Verfolgung von NS-Tätern lieber heute als morgen beerdigt sehen wollten, all dies wurde indes geflissentlich verschwiegen.
Eben davon handelt die instruktiv zu lesende Monographie der Historikerin Annette Weinke, die bereits 2002 einen Band zum Vergleich der Verfolgung von NS-Taten in Ost und West vorlegte.
In ihrer Einleitung legt die Autorin die wechselvolle Geschichte der juristischen Aufarbeitung von NS-Verbrechen dar. Denn dass es keineswegs als ausgemacht galt, dass der in die Souveränität entlassene westdeutsche Staat die von den Alliierten betriebene Ahndung von NS-Verbrechen fortsetzen würde, wurde an Bemühungen namentlich der FDP- und CDU-Fraktionen im Bunde stehend mit der Bonner Ministerialbürokratie deutlich, die sich mühten, diese im Sande verlaufen zu lassen. Es ist der sogenannte Ulmer Einsatzgruppen-Prozess, der die Wende zum koordinierten Versuch der Bundesländer zu einer abgestimmten Vorgehensweise in Sachen NS-Verbrechen zu gelangen, bringt. Differenziert stellt die Autorin die schwierige Rolle des Ulmer Anklägers und späteren ersten Leiters der Ludwigsburger Stelle, Schüle dar. Dieser erwarb sich im Ulmer Verfahren bleibende Verdienste und trieb seine Arbeit in Ludwigsburg mit Akribie voran. Doch justizpolitisch agierte Schüle wenig strategisch. Das politisch gewollte Dilemma der bundesdeutschen Justiz, NS-Verbrechen mit dem Handwerkszeug des normalen Strafgesetzbuches anstelle eines auf die Dimension der NS-Verbrechen zugeschnittenen Rechts verfolgen zu müssen, erläutert die Autorin anschaulich anhand der Debatte, ob es sich bei den Tätern jenseits von Himmler und Heydrich um Mörder oder eben doch nur um Mordgehilfen gehandelt habe. Nachvollzogen werden in der Monographie auch jene großen politischen Debatten, die um Verjährungsfristen für NS-Taten kreisten.
Weinke macht in ihrem Buch deutlich, wie sich in der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach Eichmann- und Auschwitzprozess in den 1960er Jahren eine kritische Öffentlichkeit herausbildet, die das Schweigen und die Strategien der Schuldabwehr nicht mehr unwidersprochen lässt.
Interessant sind dabei vor allem zwei Aspekte. Hatten die beiden großen Kirchen bis weit in die 1950er Jahre hinein die Blickperspektive der Täter als sogenannte »Kriegsverurteilte« mit dem Ziel der Entlastung und Schuldabwehr eingenommen, so bildet sich zur Mitte der 1960er Jahre in der evangelischen Kirche eine Gruppe heraus, die eine deutlich kritischere Sicht auf die NS-Vergangenheit favorisiert (vgl. AIB #79).
Nur am Rande spielt schließlich jenes komplexe Interaktionsverhältnis der bundesdeutschen Politik und Justiz zu den Ostblockstaaten und insbesondere zur DDR eine Rolle. Denn die Einsicht der Ermittler, dass man ohne die Aktenbestände namentlich aus Polen und Tschechien wesentliche Aspekte des nationalsozialistischen Massenmordes nicht ergründen konnte, wurde durch den Kalten Krieg und die Kampagnen der Ostberliner SED-ZK-Propagandaabteilung unter Albert Norden verstellt. Doch Nordens im Tonfall unsägliche, manchmal jedoch treffsichere Anwürfe, setzten das Bonner Establishment nur dann unter Druck, wenn die Stimme der DDR-Propaganda im Chor jener ehemalig von Deutschland besetzten Staaten erklang, die mit Sorge auf den Gang der Dinge in der Bundesrepublik blickten.
In vorbildlicher Weise erarbeitet die Autorin hier Zeitgeschichte als Konfliktgeschichte. Der Band sei allen zur Lektüre empfohlen, die nach dem zu erwartenden Erscheinen von Jubelbiographien zur Geschichte der Bundesrepublik noch Fragen an die postnazistische Gesellschaft haben. ■



Annette Weinke:
Eine Gesellschaft ermittelt gegen sich selbst; Die Ludwigsburger Zentralstelle 1958–2008
Wissenschaftliche Buchgesellschaft 2008
224 S. ISBN-13: 9783534219506

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt



Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
21. Jahrgang
Nummer 82 | 1.2009

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo	15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je	3,10 Euro
→ ab 5 Exemplaren	20% Rabatt
→ ab 50 Exemplaren	25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

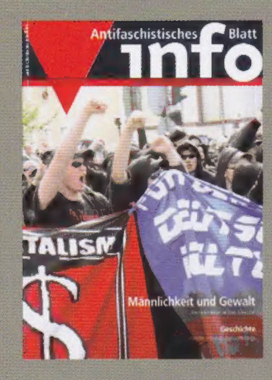
Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.



AIB 81
Pro und Contra – Die Bürgerbewegung PRO; Thor Steinar vor Gericht; Filme über Neonazis



AIB 80
Männlichkeit und Gewalt – Kernelemente rechter Identität; (R)echte Freunde des »Gottkönige« – Die Nazi-Kontakte des Dalai Lama

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

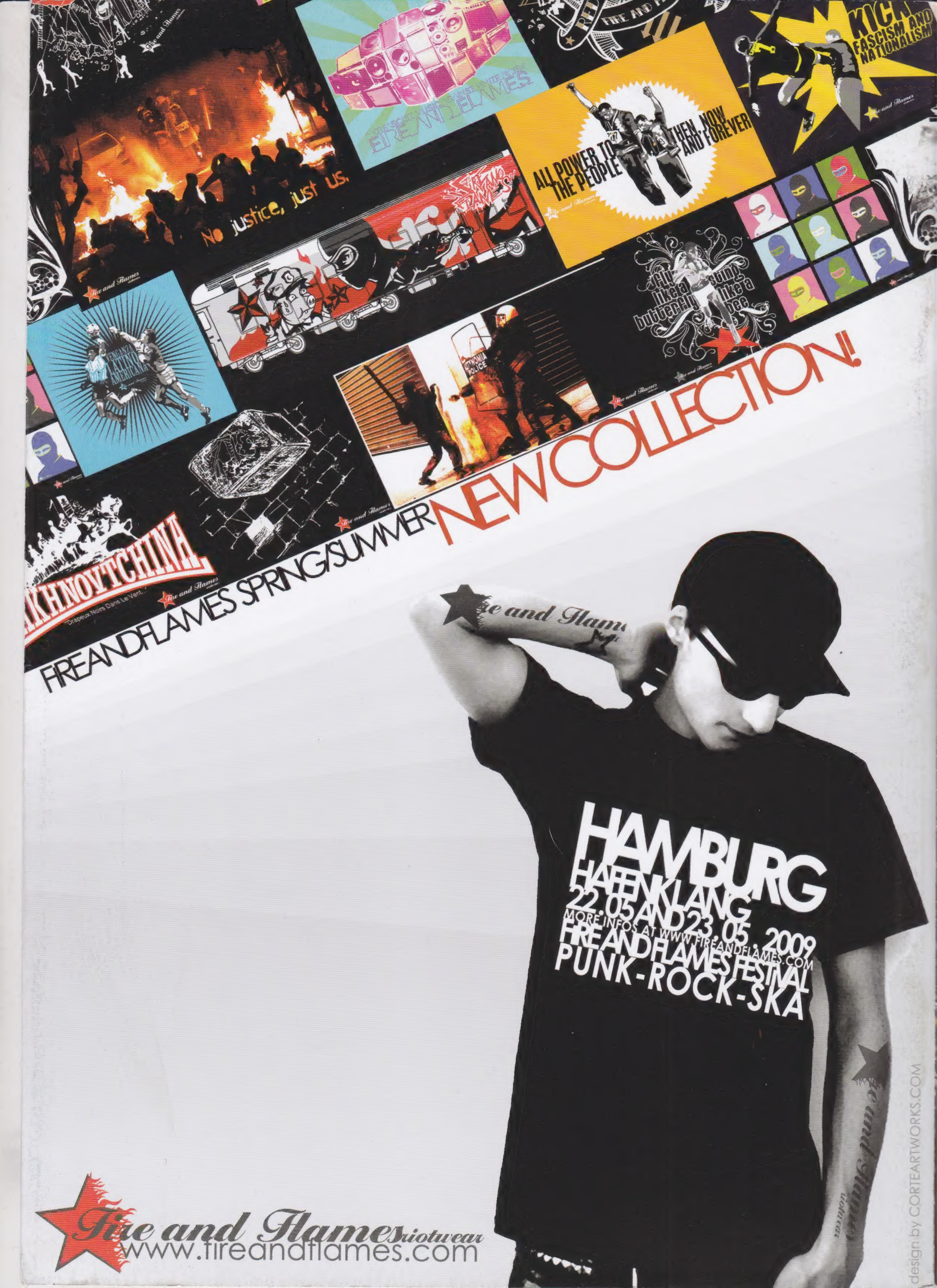
Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle   Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin


No justice, just us.
ALL POWER TO THE PEOPLE
THEN, NOW AND FOREVER
KICK FASCISM AND NATIONALISM
FIREANDFLAMES SPRING/SUMMER NEW COLLECTION!
HAMBURG
HAFENKLANG
22.05 AND 23.05.2009
MORE INFOS AT WWW.FIREANDFLAMES.COM
FIREANDFLAMES FESTIVAL
PUNK-ROCK-SKA
Fire and Flames riotwear
www.fireandflames.com
design by CORTEARTWORKS.COM